

Statistisches Monatsheft Thüringen

MAI 2024

- THÜRINGEN 2042: Ergebnisse der Vorausberechnung der Krankenhausfälle
- Redebeitrag Herr Huber: Statistik und Grundgesetz

IMPRESSUM

Herausgeber:

Thüringer Landesamt für Statistik
Europaplatz 3, 99091 Erfurt
Postfach 90 01 63, 99104 Erfurt
Telefon: +49 361 57 331-9642
Telefax: +49 361 57 331-9699
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de
Internet: www.statistik.thueringen.de

Schriftleitung:

Dr. Holger Poppenhäger

Auskunft erteilt:

Referat: Präsidialbereich – Grundsatzfragen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Forschungsdatenzentrum

Babette Lauenstein

Telefon: +49 361 57 331-9110
Telefax: +49 361 57 331-9697

E-Mail: Babette.Lauenstein@statistik.thueringen.de

Herausgegeben im Juli 2024

Satz und Druck:

Thüringer Landesamt für Statistik

Bestell-Nr.: 40301

ISSN 0948-5449

Heft-Nr.: 71/24

Jahrgang: 31

Preis: 5,00 Euro

Titelfoto: © ungnuyen0905 – pixabay.com

© Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt 2024
Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet

Zeichenerklärung:

- nichts vorhanden (genau Null)
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- ... Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- x Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- p vorläufige Zahl
- r berichtigte Zahl
- / Zahlenwert nicht sicher genug
- () Aussagewert eingeschränkt

Anmerkung: Abweichungen in den Summen, auch im Vergleich zu anderen Veröffentlichungen, erklären sich aus dem Runden von Einzelwerten.

MAI 2024

3 INHALT

5 AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

6 NEUES

- 6 Zum Muttertag: Knapp 13 Tausend lebendgeborene Kinder 2023 in Thüringen
- 6 Zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai: 2042 voraussichtlich 11 Prozent der Thüringer Bevölkerung pflegebedürftig
- 6 Zum Vatertag am 9. Mai 2024: Mehr Väter mit minderjährigen Kindern im Haushalt
- 6 Ausländerzentralregister: Zahl der ausländischen Personen in Thüringen 2023 um 9,1 Prozent gestiegen
- 6 Zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2024: Weniger Wochenend- und Schichtarbeit als vor 10 Jahren
- 7 1605 Einbürgerungen in Thüringen im Jahr 2023
- 7 3145 Ehescheidungen im Jahr 2023 in Thüringen
- 7 Agrarstrukturerhebung 2023: Beschäftigungsrückgang in der Thüringer Landwirtschaft
- 7 Agrarstrukturerhebung 2023: Betriebsstruktur in der Thüringer Landwirtschaft nahezu unverändert
- 7 Agrarstrukturerhebung 2023: Weiter steigende Pachtpreise, rückläufiger Pachtflächenanteil
- 7 Agrarstrukturerhebung 2023: 13 Prozent der Thüringer Landwirtschaftsbetriebe wirtschafteten nach den Kriterien des ökologischen Landbaus
- 8 Holz- und Schadholzeinschlag in Thüringens Wäldern erneut gestiegen
- 8 Energieaufkommen in Thüringen – Ergebnisse aus der Thüringer Energiebilanz 2021
- 8 Zahl der Studierenden mit Deutschlandstipendium an Thüringer Hochschulen steigt auf 781 im Jahr 2023
- 8 Rund 144000 Studierende im Wintersemester 2023/24 in Thüringen
- 8 Kaum Zuwachs im Thüringer Gesundheitspersonal 2022
- 8 Finanzen der Thüringer Kommunen 2023

8 23. April 2024 – Tag des Bieres

9 Inflationsrate in Thüringen im März 2,0 Prozent

9 Zum Männertag am 9. Mai 2024: Thüringer werden durchschnittlich mit 34,8 Jahren Vater

9 Das Thüringer Landesamt für Statistik präsentierte sich beim Europafest 2024 in Gera

9 Rückblick auf Symposium zum Bundesstatistikgesetz am 25. Januar 2024 in Erfurt

10 IM FOKUS

13 TROCKENE ZAHL

14 THÜRINGEN AKTUELL

28 SCHADENSUHR

30 AUFSATZ

Dr. S. Knabe & M. Mascher:

„THÜRINGEN 2042: Ergebnisse der Vorausberechnung der Krankenhausfälle“

39 HANDWERK

40 KARTE DES MONATS

41 TROCKENE ZAHL

42 GASTBEITRAG

Prof. Dr. Peter M. Huber, LMU München:

„Statistik und Grundgesetz“

54 THÜRINGEN 2042

56 GRAFIKEN

62 TROCKENE ZAHL

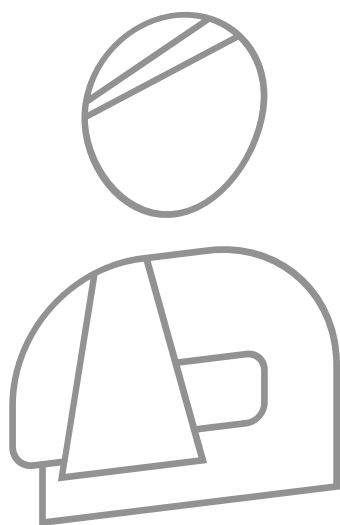
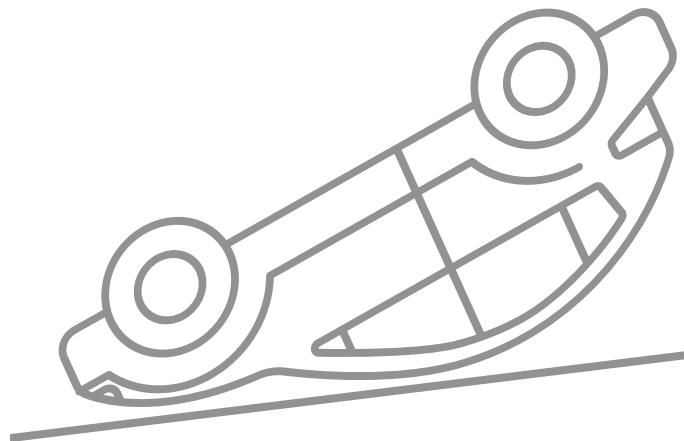
63 WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

66 ZAHLENSPIEGEL

AN EINEM TAG IN THÜRINGEN

VERKEHR

138
erfasste
Unfälle



20
Verunglückte

Pressemitteilungen aus der Statistik

Anbei finden Sie eine kleine Auswahl von Ausschnitten aus den Pressemitteilungen des Thüringer Landesamtes für Statistik.

Die vollständige Pressemitteilung ist in der Druckversion über den QR-Code oder in der papierlosen Version über den Link im QR-Code abrufbar.

096/2024

Zum Muttertag: Knapp 13 Tausend lebendgeborene Kinder 2023 in Thüringen

Jährlich am 2. Sonntag im Mai ist internationaler Muttertag, ein Tag, an dem Mütter und die Mutterschaft im Allgemeinen gefeiert werden. Anlässlich des diesjährigen Muttertages am 12. Mai wird mitgeteilt, dass im Jahr 2023 insgesamt 12.952 lebendgeborene Kinder in Thüringen das Licht der Welt erblickten. Die Anzahl der Lebendgeborenen sank gegenüber dem Vorjahr um 8,3 Prozent. Nach dem Jahr 1994 mit 12.721 Lebendgeborenen war dies die zweitniedrigste Anzahl an Lebendgeborenen seit der Wiedervereinigung.



092/2024

Zum Vatertag am 9. Mai 2024: Mehr Väter mit minderjährigen Kindern im Haushalt

In Deutschland ist es Tradition, am gesetzlichen Feiertag Christi Himmelfahrt auch die Väter bzw. Männer zu ehren. Nach vorläufigen Ergebnissen des Mikrozensus 2023 wird mitgeteilt, dass sich an diesem Tag 891 Tausend Thüringer Männer (ab 15 Jahren) feiern lassen können. Darunter waren 168 Tausend Väter mit minderjährigen Kindern¹⁾ im Haushalt und damit 18 Tausend bzw. 11,7 Prozent mehr als noch 10 Jahre zuvor.



095/2024

Zum Internationalen Tag der Pflege am 12. Mai: 2042 voraussichtlich 11 Prozent der Thüringer Bevölkerung pflegebedürftig

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt in Thüringen bis 2042 auf 211 Tausend Personen bzw. um 27,0 Prozent gegenüber 2021, als es noch 166 Tausend Pflegebedürftige gab. Damit werden nach der Vorausberechnung in 20 Jahren voraussichtlich 11 Prozent der Bevölkerung Thüringens pflegebedürftig sein – mehr als die Hälfte davon Frauen (60,1 Prozent). Diese und weitere Daten und Hintergrundinformationen können dem Aufsatz zur Pflegevorausberechnung 2042 im Statistischen Monatsheft März 2024 des Thüringer Landesamtes für Statistik entnommen werden.



085/2024

Ausländerzentralregister: Zahl der ausländischen Personen in Thüringen 2023 um 9,1 Prozent gestiegen

Nach einer Auswertung des Ausländerzentralregisters (AZR)²⁾ lebten am 31. Dezember 2023 in Thüringen 180.850 ausländische Personen. Das waren 15.010 Personen bzw. 9,1 Prozent mehr als am Ende des Jahres 2022. Im Vorjahr lag dieser Wert noch bei 31,3 Prozent (+39.570 Personen).



081/2024

Zum Tag der Arbeit am 1. Mai 2024: Weniger Wochenend- und Schichtarbeit als vor 10 Jahren

Anlässlich des Tags der Arbeit wird mitteilt, dass es in Thüringen nach vorläufigen Ergebnissen des Mikrozensus im Jahr 2023 rund 1019 Tausend Erwerbstätige gab. Jeder 5. von ihnen (21,1 Prozent) arbeitete sonn- und/oder feiertags. Das sind 6,5 Prozentpunkte weniger als 10 Jahre zuvor. Im Jahr 2013 arbeiteten 27,6 Prozent der 1071 Tausend Erwerbstätigen auch außerhalb der regulären Werktagen. Dabei war das Geschlechterverhältnis 2023 sehr ausgewogen, während im Jahr 2013 mehr männliche (29,0 Prozent) als weibliche (26,1 Prozent) Erwerbstätige sonn- und/oder feiertags



1) Als Kinder gelten im Mikrozensus Personen ohne Lebenspartner bzw. -partnerin und ohne eigene Kinder im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil in einer Familie zusammenleben. Dazu zählen – neben leiblichen Kindern – auch Stief-, Adoptiv- und Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht.

2) Das Ausländerzentralregister (AZR) wird vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt (Registerbehörde). Es unterstützt durch die Speicherung und Übermittlung der Daten von ausländischen Personen die mit der Durchführung ausländer- oder asylrechtlicher Vorschriften betrauten Behörden und andere öffentliche Stellen. Rechtsgrundlage der statistischen Auswertung des Registers ist § 23 des Gesetzes über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz).

arbeiteten.

079/2024

1605 Einbürgerungen in Thüringen im Jahr 2023

Im Verlauf des Jahres 2023 erlangten in Thüringen 1605 ausländische Personen (945 Männer und 660 Frauen) durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit. Dies ist der höchste Wert seit dem Jahr 2000. Gegenüber dem Vorjahr, in welchem 1360 Einbürgerungen registriert wurden, stellt dies eine Steigerung um 245 Einbürgerungen bzw. 18,3 Prozent dar. Der Anstieg bei den Einbürgerungen geht vor allem auf die weiter gestiegene Zahl von Einbürgerungen syrischer Staatsangehöriger zurück.



071/2024

3145 Ehescheidungen im Jahr 2023 in Thüringen

Im Jahr 2023 haben die Gerichte in Thüringen 3145 Ehen geschieden. Das waren 192 Scheidungen bzw. 5,8 Prozent weniger als im Jahr 2022 und 2413 Scheidungen bzw. 43,4 Prozent weniger als 2003 – dem Jahr mit den meisten Ehelösungen in Thüringen seit der Wiedervereinigung. Die Anzahl der geschiedenen Ehen in Relation zur Bevölkerung lag 2023 bei 1,5 Scheidungen je 1000 Einwohner³⁾ und damit 36,6 Prozent unter dem Wert des Jahres 2003 (2,3 Scheidungen je 1000 Einwohner).



086/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: Beschäftigungsrückgang in der Thüringer Landwirtschaft

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 waren in den 3590 landwirtschaftlichen Betrieben Thüringens 18200 Personen beschäftigt. 3800 Familienarbeitskräfte, 11400 ständige Arbeitskräfte und 3000 Personen waren mit einem auf weniger als 6 Monate befristeten Arbeitsvertrag zur Überwindung zeitweiliger Arbeitsspitzen als Saisonarbeitskräfte angestellt.



082/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: Betriebsstruktur in der Thüringer Landwirtschaft nahezu unverändert

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 gab es in Thüringen 3590 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 772300 Hektar. Gegenüber der Landwirtschaftszählung im Jahr 2020, in der 3708 Betriebe mit einer Fläche von 774830 Hektar festgestellt wurden, bedeutet dies einen Rückgang um 3 Prozent bei der Betriebszahl und um weniger als 1 Prozent bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Die durchschnittliche Betriebsgröße stieg innerhalb von 3 Jahren von 209 auf 215 Hektar.



078/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: Weiter steigende Pachtpreise, rückläufiger Pachtflächenanteil

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 gab es in Thüringen 3590 landwirtschaftliche Betriebe mit einer landwirtschaftlich genutzten Fläche von 772300 Hektar. 576400 Hektar bzw. 75 Prozent dieser Flächen waren Pachtland. Insgesamt bewirtschafteten 2630 bzw. knapp drei Viertel der landwirtschaftlichen Betriebe Thüringens fremden Grund und Boden, darunter 670 Betriebe bzw. knapp 19 Prozent ausschließlich gepachtete Flächen.



076/2024

Agrarstrukturerhebung 2023: 13 Prozent der Thüringer Landwirtschaftsbetriebe wirtschafteten nach den Kriterien des ökologischen Landbaus

Laut den Ergebnissen der Agrarstrukturerhebung 2023 bewirtschafteten 3590 Thüringer Betriebe eine landwirtschaftlich genutzte Fläche von 772300 Hektar. Es wirtschafteten 450 bzw. 13 Prozent dieser Betriebe nach den Kriterien des ökologischen Landbaus und unterlagen dem Kontrollverfahren entsprechend der Verordnung (EU) Nr. 2018/848 für die Bodenbewirtschaftung und Tierhaltung.



3) Berechnet mit der Stichtagsbevölkerung 30.06.2023 auf Basis des Zensus 2011

072/2024

Holz- und Schadholzeinschlag in Thüringens Wäldern erneut gestiegen

Im vergangenen Jahr wurden in Thüringen 6,8 Millionen Kubikmeter Holz eingeschlagen. Das war gegenüber dem Vorjahr knapp ein Drittel (+1,7 Millionen Kubikmeter bzw. +32 Prozent) mehr Holz. Das langjährige Mittel der Jahre 2017/2022 wurde um knapp zwei Drittel (+64 Prozent) übertroffen. Ein Großteil (86 Prozent) des gesamten Holzeinschlages resultierte aus der Bergung von geschädigtem Holz.



074/2024

Rund 144 000 Studierende im Wintersemester 2023/24 in Thüringen

Im Wintersemester 2023/24 waren nach vorläufigen Ergebnissen 144 391 Studierende (Vorjahr⁶⁾: 135 974 Studierende) an einer Hochschule in Thüringen eingeschrieben, darunter 60,4 Prozent Frauen. Damit stieg die Zahl der Studierenden weiter an (+6,2 Prozent), wobei der Anstieg erneut überwiegend auf den Zuwachs an Studierenden an der IU Internationale Hochschule in Erfurt zurückzuführen ist.



077/2024

Energieaufkommen in Thüringen – Ergebnisse aus der Thüringer Energiebilanz 2021

Die Thüringer Energiebilanz basiert auf Ergebnissen der amtlichen Statistik sowie Datenlieferungen von Verbänden und anderen Institutionen der Energiewirtschaft. Darin werden das Aufkommen, die Umwandlung und der Verbrauch von Energieträgern im Land nachgewiesen. Der Primärenergieverbrauch⁴⁾ belief sich 2021 nach endgültigen Angaben auf ein Volumen von 235 Tausend Terajoule. Gegenüber dem Vorjahr 2020 entsprach dies einer Erhöhung um 2,9 Prozent. Für Deutschland wurde ein Zuwachs des Primärenergieverbrauchs von 4,7 Prozent für 2021 berechnet⁵⁾.



084/2024

Kaum Zuwachs im Thüringer Gesundheitspersonal 2022

Zum Jahresende 2022 waren im Gesundheitswesen Thüringens 148 400 Beschäftigte tätig. Damit stieg die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr unwesentlich (+0,1 Prozent). Auch das Gesundheitswesen in Deutschland verzeichnete eine im Vergleich zu den Vorjahren geringe Zunahme von 0,6 Prozent auf 6 048 000 Beschäftigte. Der Anteil weiblicher Beschäftigter im Gesundheitswesen Thüringens wie auch in Deutschland ist dagegen leicht rückläufig (Thüringen: -0,4 Prozent; Deutschland: -0,2 Prozent).



087/2024

Zahl der Studierenden mit Deutschlandstipendium an Thüringer Hochschulen steigt auf 781 im Jahr 2023

Im Jahr 2023 erhielten 781 Studierende in Thüringen ein Deutschlandstipendium nach dem Stipendienprogramm-Gesetz. Die Zahl der Stipendiatinnen und Stipendiaten stieg im Vergleich zum Jahr 2022 um 92 Studierende bzw. 13,4 Prozent. Damit verzeichneten die beteiligten Thüringer Hochschulen zum 4. Mal in Folge einen neuen Höchstwert. Mit 529 geförderten Studentinnen lag der Frauenanteil bei 67,7 Prozent (Vorjahr: 64,0 Prozent).



093/2024

Finanzen der Thüringer Kommunen 2023

Die Thüringer Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften und Landkreise hatten bis zum 31.12.2023 Ausgaben in Höhe von 7,38 Milliarden Euro. Das waren 599,9 Millionen Euro bzw. 8,8 Prozent mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum.



075/2024

23. April 2024 – Tag des Bieres

Um den Bierdurst im Freistaat sowie in anderen deutschen Regionen und im Ausland zu stillen, wurden im Jahr 2023 in Thüringen 44 von deutschlandweit 1 492 Braustätten betrieben. Das waren 3 Braustätten mehr als im Jahr zuvor. Im Jahr 2023 wurden im Freistaat insgesamt 2,2 Millionen Hektoliter Bier⁷⁾ abgesetzt, und zwar fast ausschließlich im Inland (99,3 Prozent).



4) Der Primärenergieverbrauch berechnet sich aus der Gewinnung von Energieträgern, den Bezügen/Lieferungen und den Bestandsveränderungen. Er umfasst die für die Umwandlung und den Endverbrauch im Land benötigte Energie sowie den nichtenergetischen Verbrauch.

5) Quelle: AGEB e. V., November 2023“

6) endgültige Ergebnisse

7) Die Daten wurden auf der Grundlage der nach Feststellung des Hauptzollamtes Stuttgart vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Daten ermittelt.

067/2024

Inflationsrate in Thüringen im März 2,0 Prozent

Die Verbraucherpreise erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,0 Prozent. Im Vergleich zum Monat Februar stiegen die Preise um durchschnittlich 0,4 Prozent. Der Verbraucherpreisindex erreichte einen Indexstand von 119,6 (Basis 2020=100). Die Jahresteuerrate sank von 2,5 Prozent im Februar auf 2,0 Prozent im März. Damit setzte sich der Trend einer abflauenden Teuerung aus dem Jahr 2023 weiter fort.



090/2024

Zum Männertag am 9. Mai 2024: Thüringer werden durchschnittlich mit 34,8 Jahren Vater

Traditionell wird an Christi Himmelfahrt jedes Jahr ebenfalls der Vatertag begangen. Vor allem in den neuen Bundesländern feiert man an diesem Tag außerdem den „Männertag“. Anlässlich dieses Feiertags möchte das Thüringer Landesamt für Statistik erneut auf seine im März erschienene Veröffentlichung des Faltblattes „Thüringen Falter – Frauen und Männer“ hinweisen. In dieser Veröffentlichung werden Frauen und Männer in verschiedenen Lebensbereichen statistisch verglichen und geschlechtsspezifische Besonderheiten aufgedeckt.



088/2024

Das Thüringer Landesamt für Statistik präsentierte sich beim Europafest 2024 in Gera

Das 15. Hofwiesenparkfest, das Blumen- und Parkfest, fand vom 26. bis 28. April 2024 mit viel Musik, Tanz, Sport und Aktionen für die ganze Familie in Gera statt. Teil des Hofwiesenparkfestes war in diesem Jahr das Thüringer Europafest, um auf die Bedeutung der Europäischen Union aufmerksam zu machen. Auch das Thüringer Landesamt für Statistik war an 2 Tagen mit einem Informationsstand in Gera vertreten. Es gab interessante Gespräche mit Besucherinnen und Besuchern zu aktuellen europäischen Themen und zu unseren Aufgaben als Landesbehörde.



080/2024

Rückblick auf Symposium zum Bundesstatistikgesetz am 25. Januar 2024 in Erfurt

Das Thüringer Landesamt für Statistik war zu Beginn dieses Jahres Gastgeber einer besonderen Veranstaltung: Am 25. Januar 2024 fand in Kooperation mit dem Bayerischen Landesamt für Statistik zum ersten Mal ein Symposium zum Bundesstatistikgesetz statt. Dafür waren Vertreterinnen und Vertreter der Statistischen Ämter des Bundes und Länder, verschiedener Bundes- und Landesministerien und -behörden, wissenschaftlicher Einrichtungen und anderer Institutionen sowie Expertinnen und Experten in den Thüringer Landtag eingeladen.



Weitere Pressemitteilungen
finden Sie unter dem Link
[https://statistik.thueringen.de/
presse](https://statistik.thueringen.de/presse)

IM FOKUS

Kyffhäuserkreis



472
Lebendgeborene
3,3% von Thüringen

KREIS
STADT 
Sondershausen



73 690
Personen
3,5% von Thüringen



1 391
Gestorbene
4,2% von Thüringen

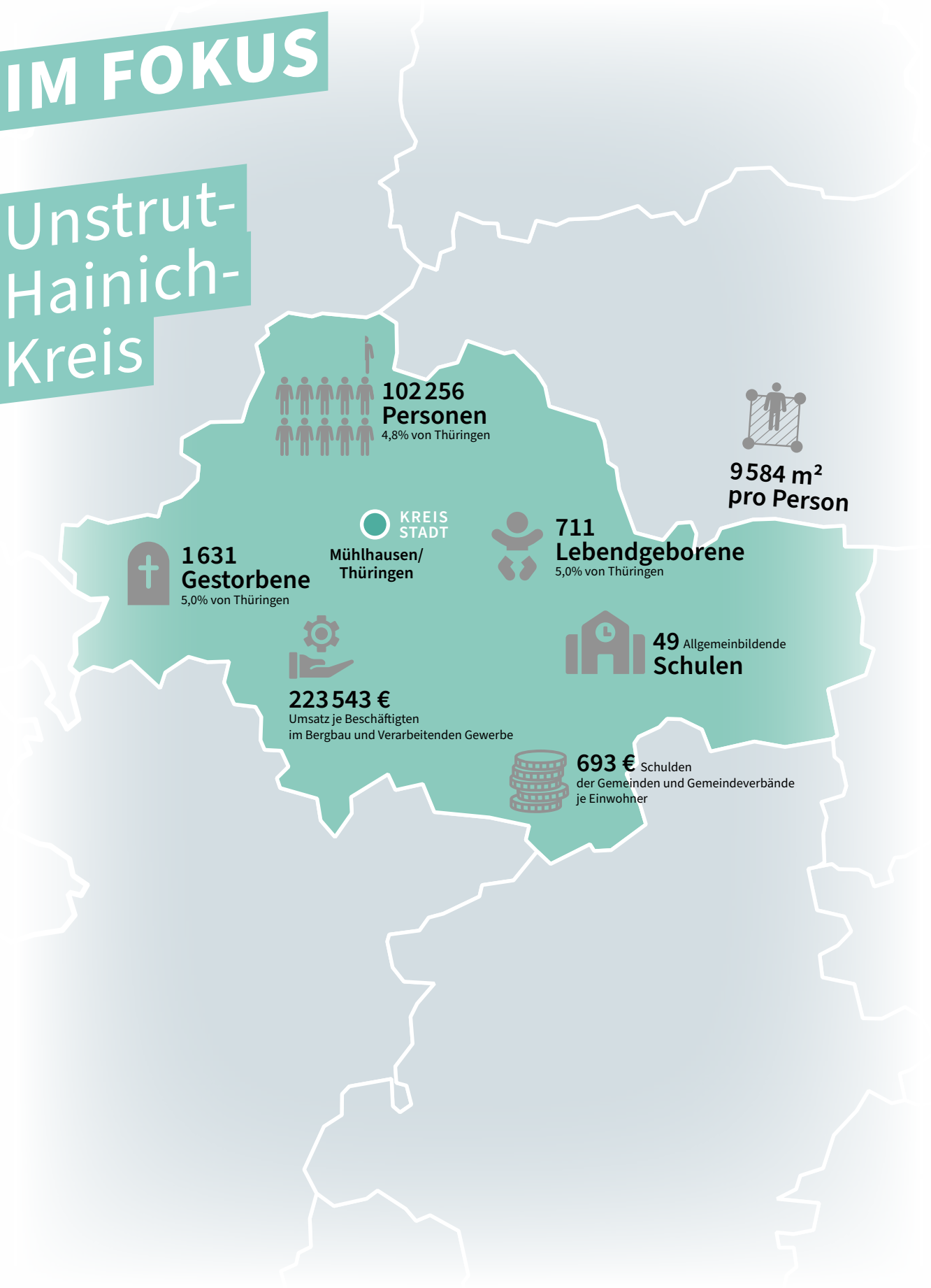
Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022.



Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022.

IM FOKUS

Unstrut-Hainich-Kreis



Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2022.

TROCKENE ZAHL

32

**WISSENSCHAFTLERINNEN
UND WISSENSCHAFTLER**

HABEN IM JAHR 2023 IHRE HABILITATION
IN THÜRINGEN ERFOLGREICH ABGESCHLOSSEN.

(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES 1 592 HABILITATIONEN)



Sylvia Schlapp

Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit,
Forschungsdatenzentrum



Robert Kaufmann

Präsidialbereich:
Grundsatzfragen, Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit,
Forschungsdatenzentrum

Thüringen aktuell

Die wirtschaftliche Entwicklung in den Thüringer Betrieben des Bereiches Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe verlief im Februar 2024 durchaus positiv. Der Umsatz, die Zahl der Beschäftigten und die Produktivität lagen über den Werten vom Januar 2024. Auch die Auftragseingänge stiegen an (bei 1 Arbeitstag weniger). Im Vergleich zum Februar letzten Jahres blieb die Zahl der Beschäftigten fast konstant und der Auftragseingang verzeichnete einen erheblichen Zuwachs (bei 1 Arbeitstag mehr). Dagegen gingen der Umsatz und die Produktivität zurück.

Im Bauhauptgewerbe lagen der Umsatz, die Beschäftigten und die Produktivität unter dem Vorjahresniveau. Die Auftragseingänge stiegen dagegen an. Gegenüber dem Vormonat blieb die Beschäftigtenzahl nahezu unverändert. Der Umsatz und die Produktivität stiegen an, ebenso wie der Auftragseingang.

Die Zahl der Arbeitslosen blieb im Februar 2024 nahezu auf dem Niveau des Vormonats, stieg jedoch gegenüber dem Vorjahresmonat. Die Arbeitslosenquote lag im Februar 2024 gleichauf mit dem Wert des Vormonats und leicht über dem Niveau des Vorjahresmonats.

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

Im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe erzielten die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten im Februar 2024 mit 2.990 Millionen Euro einen um 3,4 Prozent höheren Umsatz als im Januar 2024 (Deutschland: +6,8 Prozent).

Thüringer Industriebetriebe erwirtschafteten im Februar 2024 ein Umsatzplus

Dabei stieg auch in fast allen Hauptgruppen der Umsatz an. Der höchste absolute Umsatzzuwachs wurde bei den Vorleistungsgüterproduzenten errechnet (+94,8 Millionen Euro bzw. +7,0 Prozent). Mit großem Abstand folgten die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten (+17,5 Millionen Euro bzw. +11,4 Prozent) und der Verbrauchsgüterproduzenten (+9,5 Millionen Euro bzw. +2,1 Prozent). Die Investitionsgüterproduzenten verzeichneten ein Umsatzminus von 23,6 Millionen Euro bzw. 2,5 Prozent.

Abbildung 1: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen

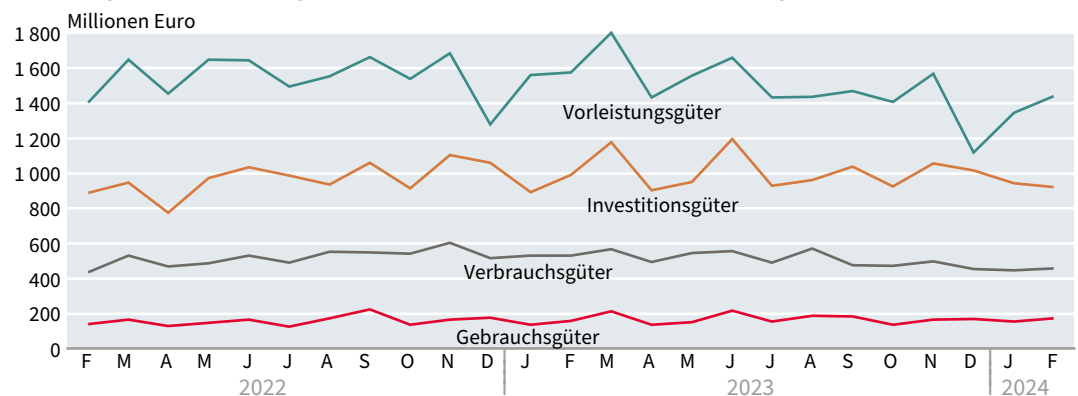
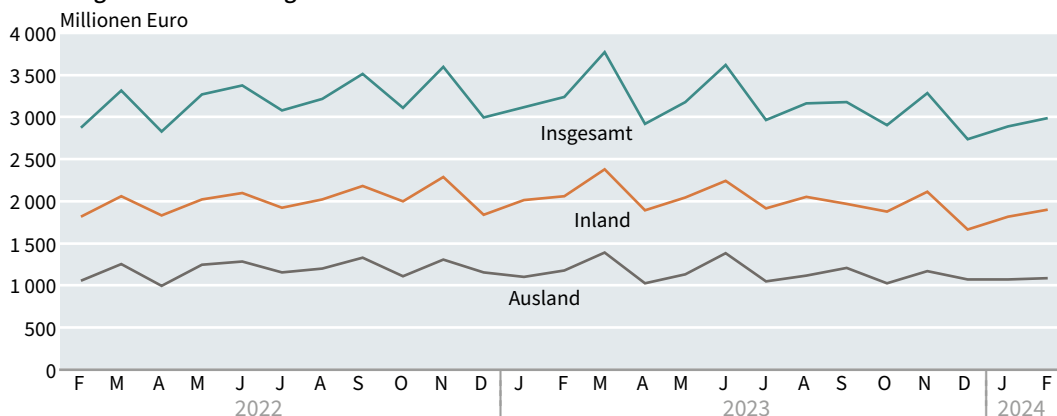


Abbildung 2: Umsatz im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Im Vergleich zum Vorjahresmonat sank der Umsatz jedoch um 7,7 Prozent (Deutschland: -1,7 Prozent). Auch hier spiegelt sich das Gesamtergebnis in fast allen Hauptgruppen wider. Die Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten trägt mit einem Umsatzminus von 114,1 Millionen Euro bzw. 7,3 Prozent am stärksten zum Umsatzrückgang bei. Bei den Verbrauchsgüterproduzenten betrug der Rückgang 74,5 Millionen Euro, gefolgt von den Investitionsgüterproduzenten (-73,6 Millionen Euro). Die Gebrauchsgüterproduzenten verzeichneten einen Zuwachs von 11,4 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahresmonat (+7,1 Prozent).

Inlandsumsatz gegenüber Vormonat gestiegen

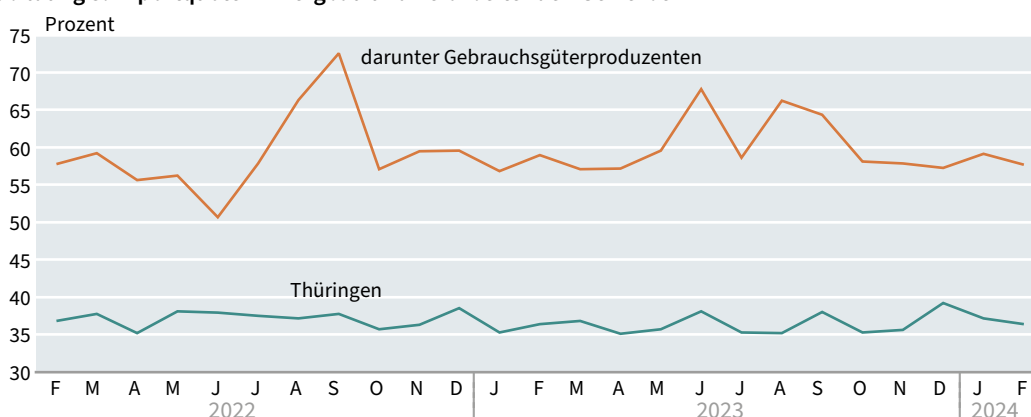
Der Inlandsumsatz betrug im Februar dieses Jahres 1902 Millionen Euro und damit 84,3 Millionen Euro bzw. 4,6 Prozent mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum Februar 2023 wurde ein Rückgang errechnet (-158,8 Millionen Euro bzw. -7,7 Prozent).

Der Auslandsumsatz erreichte im Februar 2024 einen Wert von 1088 Millionen Euro und lag damit zwar leicht über dem Niveau des Vormonats (+1,3 Prozent) aber deutlich unter dem des Vorjahresmonats (-7,8 Prozent).

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz (Exportquote) blieb mit 36,4 Prozent unter dem Vormonatsniveau (-0,8 Prozentpunkte) und war nahezu exakt auf dem Niveau vom Februar 2023. Die höchste Exportquote erreichte im Februar 2024 die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten mit 57,7 Prozent, gefolgt von der Gruppe der Investitionsgüterproduzenten mit 37,8 Prozent.

Bei der Betrachtung der Monate Januar bis Februar 2024 wurde im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe ein Umsatzminus von 7,5 Prozent bzw. 476,3 Millionen Euro erwirtschaftet (bei 1 Arbeitstag mehr). Der Inlandsumsatz sank dabei überdurchschnittlich um 8,8 Prozent und der Auslandsumsatz um 5,1 Prozent.

Abbildung 3: Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Bis Ende Februar 2024 wurden in 3 Hauptgruppen niedrigere Umsätze errechnet. Der größte absolute Rückgang wurde in der Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten mit einem Minus von 314,7 Millionen Euro ermittelt.

Anstieg der Exportquote in 3 Hauptgruppen

Der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz stieg von 35,9 Prozent in den ersten 2 Monaten des Jahres 2023 auf 36,8 Prozent in den ersten 2 Monaten dieses Jahres. In 3 Hauptgruppen lag die Exportquote über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten hatte mit 58,4 Prozent die höchste Exportquote und stieg um 0,4 Prozentpunkte. Die Hauptgruppe mit der niedrigsten Exportquote, die Verbrauchsgüterproduzenten (28,0 Prozent), lag um 5,6 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Leichter Anstieg der Beschäftigtenzahl gegenüber Vormonat

Die Zahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe hat sich im Februar 2024 gegenüber dem Vormonat um 0,5 Prozent bzw. 695 Personen erhöht. Mit 143937 Personen war die Anzahl der Beschäftigten annähernd unverändert zum Vorjahresmonat (-28 Personen).

In 2 Hauptgruppen stieg die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahresmonat an, bei den Investitionsgüterproduzenten um +535 Personen und bei den Gebrauchsgüterproduzenten um +409 Personen.

Bei den Vorleistungsgüterproduzenten sank die Anzahl um 842 Personen und bei den Verbrauchsgüterproduzenten um 130 Personen.

Die Hauptgruppe der Vorleistungsgüterproduzenten hatte mit 68453 Beschäftigten nach wie vor den höchsten Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe (47,6 Prozent).

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl lag in den ersten 2 Monaten des Jahres 2024 mit +56 Beschäftigten etwa auf dem Vorjahresniveau. Das positive Ergebnis wurde maßgeblich von den Hauptgruppen der Investitionsgüterproduzenten (+632 Personen) und Gebrauchsgüterproduzenten (+421 Personen) getragen.

Produktivität höher als im Januar 2024

Der Umsatz je Beschäftigten betrug im Monat Februar dieses Jahres 20773 Euro (Vormonat: 20188 Euro) und war damit um 2,9 Prozent höher als im Januar 2024. Die höchste Produktivität erreichte mit 23656 Euro Umsatz je Beschäftigten die Gruppe der Gebrauchsgüterproduzenten, gefolgt von den Vorleistungsgüterproduzenten (21042 Euro) und den Investitionsgüterproduzenten (20530 Euro).

Im Vergleich zum Februar 2023 sank die Umsatzproduktivität deutlich (-7,7 Prozent). Besonders bei den Verbrauchsgüterproduzenten lag das Produktivitätsniveau deutlich unter dem Vorjahresergebnis (-13,5 Prozent).

Abbildung 4: Veränderung der Beschäftigtenzahl im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat

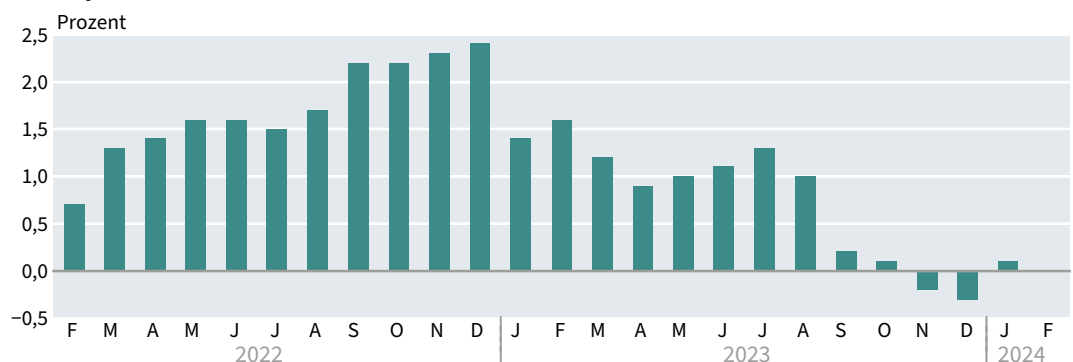
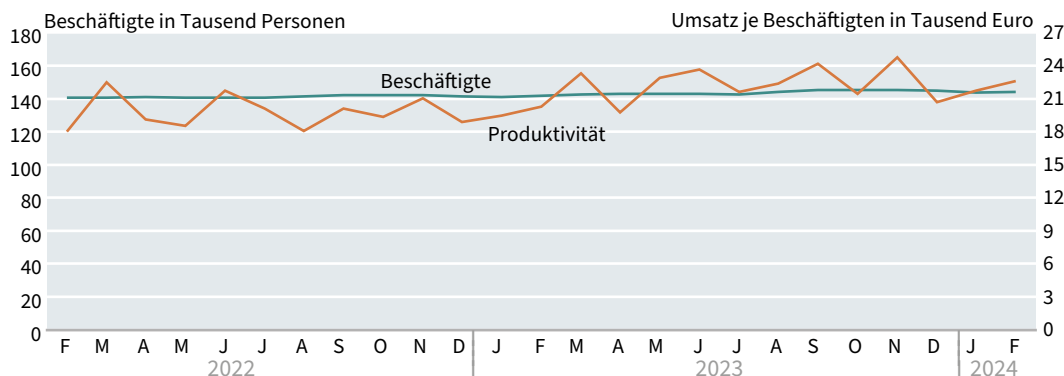


Abbildung 5: Beschäftigte und Produktivität im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe



Im Zeitraum Januar bis Februar 2024 wurde ein Produktivitätsrückgang um 7,5 Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum ermittelt. Die Produktivität sank bis Ende Februar 2024 in 3 Hauptgruppen, am stärksten bei den Verbrauchsgüterproduzenten (-14,2 Prozent). Lediglich die Gebrauchsgüterproduzenten verzeichneten hier einen Anstieg von 3,5 Prozent.

Die geleisteten Arbeitsstunden waren im Februar 2024 mit 19195 Tausend Stunden um 1,8 Prozent niedriger als im Januar 2024, überstiegen aber das Niveau des Vorjahresmonats (+2,0 Prozent). Die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit je Beschäftigten und Arbeitstag betrug 6,3 Stunden (Februar 2023: 6,6 Stunden; Januar 2024: 6,2 Stunden).

Vormonat um 12,6 Prozent auf einen Indexstand von 132,8 und lag damit ebenfalls über dem Niveau des Vorjahresmonats (+32,4 Prozent). Die Auftragseingänge gegenüber Februar 2023 stiegen aus dem Inland (+39,7 Prozent) und aus dem Ausland (+20,7 Prozent).

Mit einem Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) von durchschnittlich 125,4 in den ersten 2 Monaten des Jahres 2024 stieg die Nachfrage gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um +10,7 Prozent an. Das Plus an Auftragseingängen resultierte daraus, dass sowohl die Auftragseingänge aus dem Inland (+9,2 Prozent) als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland (+13,3 Prozent) angestiegen sind.

Steigende Auftragseingänge im Februar 2024

Der Volumenindex des Auftragseingangs (Basis: 2015 = 100) in den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes stieg im Februar 2024 im Vergleich zum

Die Auftragseingänge stiegen in diesem Zeitraum in fast allen Hauptgruppen und lagen zwischen plus 17,3 Prozent bei den Verbrauchsgüterproduzenten und plus 34,1 Prozent bei den Gebrauchsgüterproduzenten. Die Nachfrage sank lediglich bei den Vorleistungsgüterproduzenten um 1,3 Prozent.

Abbildung 6: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe

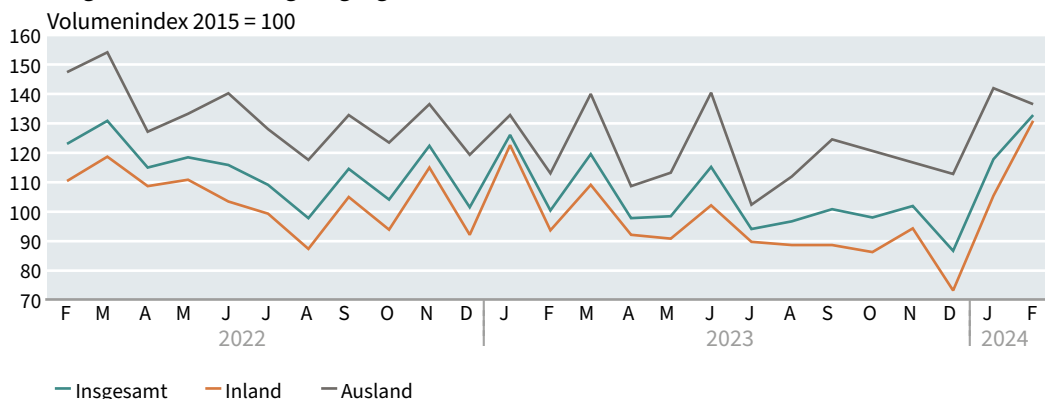
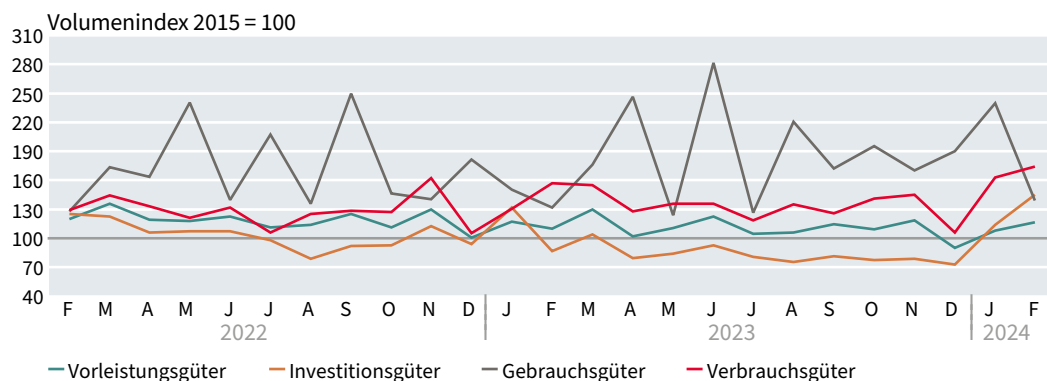


Abbildung 7: Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe nach Hauptgruppen



Bauhauptgewerbe

Die Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten des Bauhauptgewerbes erreichten im Februar 2024 einen Umsatz von rund 133 Millionen Euro. Im Vergleich zum Januar 2024 wurde ein Zuwachs von 53,2 Millionen Euro bzw. 66,7 Prozent errechnet. Im Vergleich zum Vorjahresmonat wurde ein um 3,2 Prozent niedrigeres Umsatzvolumen erwirtschaftet (-4,3 Millionen Euro).

Umsatz im Bauhauptgewerbe gegenüber Vormonat gestiegen

Der baugewerbliche Umsatz lag bei 132 Millionen Euro und stieg gegenüber dem Vormonat um 66,6 Prozent an. Dabei wurde in allen 3 Bausparten ein Umsatzzuwachs errechnet. Den höchsten relativen Umsatzzuwachs erwirtschaftete der Wohnungsbau (+113,6 Prozent), gefolgt vom öffentlichen und Straßenbau (+93,2 Prozent). Der gewerbliche Bau verzeichnete einen Zuwachs von 31,3 Prozent.

In der Summe der ersten 2 Monate 2024 lag der Gesamtumsatz im Bauhauptgewerbe um 7,3 Prozent

unter dem Niveau des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Beim baugewerblichen Umsatz verbuchten alle 3 Hauptgruppen einen Rückgang. Der Wohnungsbau notierte einen Umsatzrückgang in Höhe von 17,1 Prozent, der gewerbliche Bau in Höhe von 8,2 Prozent und der öffentliche und Straßenbau in Höhe von 3,8 Prozent.

Beschäftigtenzahl im Jahresverlauf nahezu konstant

Die Zahl der Beschäftigten blieb im Bauhauptgewerbe im Februar 2024 fast konstant. Mit insgesamt 13983 Beschäftigten waren in den Betrieben von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 44 Personen weniger tätig als im Vormonat. Im Vergleich zum Februar 2023 ist die Beschäftigtenzahl um 1,1 Prozent bzw. 159 Personen gesunken.

Die durchschnittliche Beschäftigtenzahl der Monate Januar bis Februar 2024 war mit 14005 Personen etwas niedriger als im vergleichbaren Zeitraum 2023 (-1,0 Prozent bzw. -136 Personen).

Abbildung 8: Veränderung der Beschäftigtenzahlen im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahresmonat

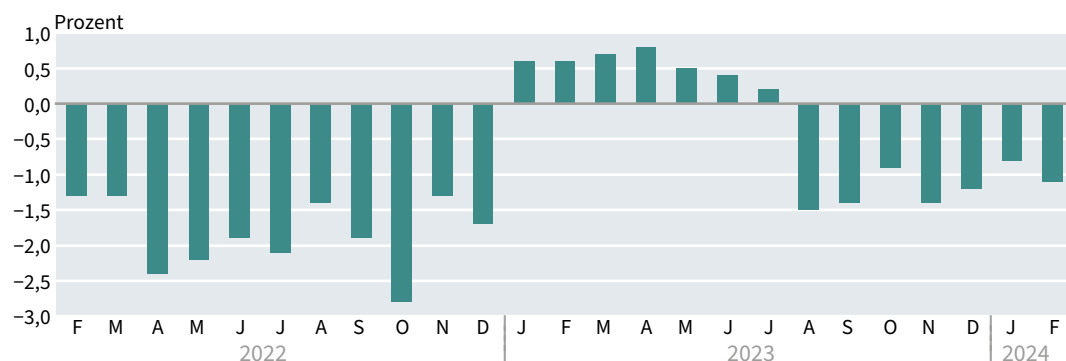
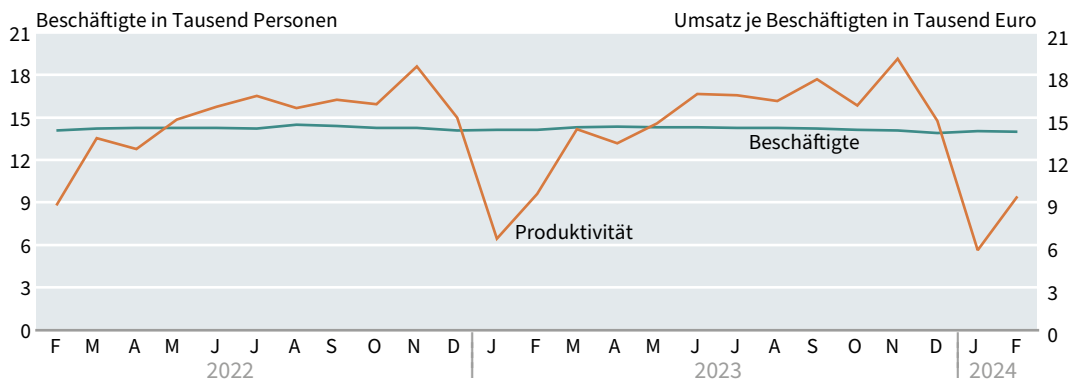


Abbildung 9: Beschäftigte und Produktivität im Bauhauptgewerbe



Gestiegenes Produktivitätsniveau gegenüber Januar 2024

Da der baugewerbliche Umsatz gegenüber dem Vormonat anstieg und die Beschäftigtenzahl fast konstant blieb, stieg auch die Produktivität (baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten) an. Mit 9407 Euro wurden 67,1 Prozent mehr Umsatz je Beschäftigten erzielt als noch einen Monat zuvor. Gegenüber dem Vorjahresmonat ging dagegen das Produktivitätsniveau zurück (-2,1 Prozent).

In den ersten 2 Monaten des Jahres 2024 lag die Produktivität im Bauhauptgewerbe mit einem Wert von durchschnittlich 15032 Euro jedoch um 6,3 Prozent unter dem vergleichbaren Wert des Vorjahres.

Anstieg der Arbeitsstunden im Vormonatsvergleich

Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden erhöhte sich im Februar 2024 im Vergleich zum Vormonat

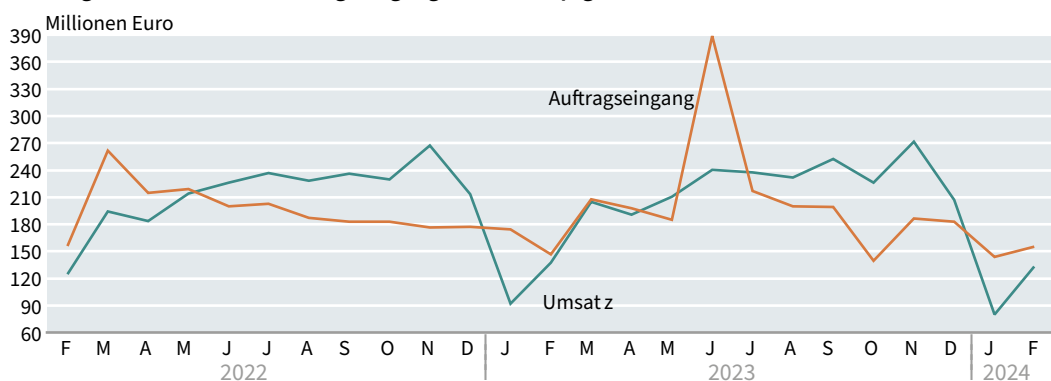
um 55,3 Prozent auf 1106 Tausend Stunden und lag auch über dem vergleichbaren Vorjahreswert (+7,4 Prozent). Dieser Zuwachs spiegelt sich sowohl in der Bausparte öffentlicher und Straßenbau (+12,4 Prozent) als auch im gewerblichen Bau (+6,9 Prozent) wider.

Im Zeitraum Januar bis Februar 2024 waren die geleisteten Arbeitsstunden insgesamt um 3,1 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Dabei stieg das Arbeitsvolumen nur im öffentlichen und Straßenbau an (+3,3 Prozent).

Bessere Auftragslage gegenüber Vormonat

Mit den gestiegenen Umsatzzahlen gegenüber dem Vormonat erhöhte sich auch die Auftragslage im Bauhauptgewerbe. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Auftragseingang um 8,3 Prozent bzw. 11,9 Millionen Euro auf 156 Millionen Euro. Im Vergleich zum Februar 2023 waren die Auftragseingänge um 5,9 Prozent bzw. 8,7 Millionen Euro höher. Diese positive Entwicklung ist allerdings nur auf den öffentlichen und Straßenbau (+24,3 Prozent) zurückzuführen. Die

Abbildung 10: Umsatz und Auftragseingang im Bauhauptgewerbe



Nachfrage im gewerblichen Bau verringerte sich um 18,7 Prozent und im Wohnungsbau um 4,9 Prozent.

Das Volumen der Auftragseingänge betrug in den ersten beiden Monaten dieses Jahres 299 Millionen Euro; 21,9 Millionen Euro bzw. 6,8 Prozent weniger als im Vorjahr. Hier wurden ebenfalls von 2 Bausparten weniger Aufträge gegenüber dem Vorjahreszeitraum gemeldet. Der gewerbliche Bau verzeichnete einen Nachfragerückgang von 23,7 Prozent und der Wohnungsbau von 21,6 Prozent. Der öffentliche und Straßenbau Bau verbuchte dagegen auch kumulativ mehr Auftragseingänge (+9,2 Prozent).

Baugenehmigungen

In den ersten 2 Monaten 2024 wurde mit 461 Anträgen der Bau von 474 Wohnungen genehmigt. Damit wurde die Zahl der genehmigten Wohnungen bis Ende Februar 2024 um 22,9 Prozent bzw. 141 Wohnungen gegenüber dem Vorjahreszeitraum unterschritten.

Durch bauliche Veränderungen an bestehenden Gebäuden, z. B. durch Umbau-, Ausbau-, Erweiterungs- oder Wiederherstellungsmaßnahmen, werden 150 Wohnungen entstehen.

Rückgang in allen Gebäudetypen

Im Wohnungsneubau hatten die Bauherren mit 324 Wohnungen mehr als ein Viertel Wohnungen weniger geplant als in den ersten 2 Monaten 2023 (-26,8 Prozent bzw. -118 Wohnungen). Dabei entwickelten sich alle 3 Gebäudetypen rückläufig.

89 Anträge für den Bau von Einfamilienhäusern bedeuten einen Rückgang um 43,3 Prozent bzw. 68 Wohnungen. 24 Wohnungen wurden in Zweifamilienhäusern beantragt, ein Rückgang von 14,3 Prozent bzw. 4 Wohnungen gegenüber der Zeitspanne des Vorjahres. Zur Schaffung neuen Wohnraums in Mehrfamilienhäusern wurde für 209 Wohnungen eine Genehmigung beantragt, darunter 52 in Wohnheimen. Es wurden damit 46 Wohnungen weniger genehmigt, ein Rückgang um 18,0 Prozent.

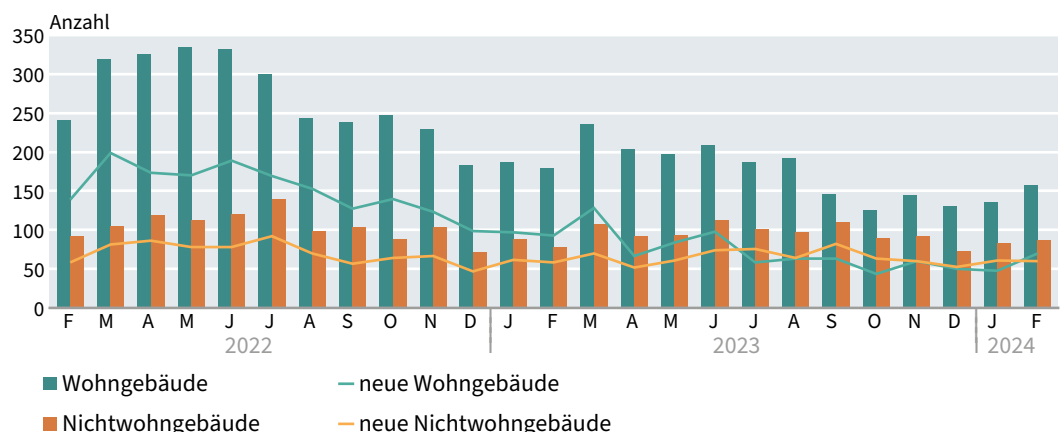
Zum Zeitpunkt der Genehmigung neuer Wohngebäude sind insgesamt 66,6 Millionen Euro Baukosten veranschlagt worden. Die Kosten je Quadratmeter Wohnfläche lagen insgesamt bei 2204 Euro, dabei in neuen Einfamilienhäusern bei 2103 Euro, in neuen Zweifamilienhäusern bei 2793 Euro und in Mehrfamilienhäusern (ohne Wohnheime) bei 2328 Euro.

Zahl der Nichtwohngebäude gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegen

In den ersten 2 Monaten 2024 wurden von den Thüringer Bauaufsichtsbehörden 168 Nichtwohngebäude genehmigt. Damit stieg die Zahl der Genehmigungen für Nichtwohngebäude geringfügig gegenüber dem Vorjahreszeitraum (+2 Bauvorhaben).

Von den bis Ende Februar 2024 genehmigten Bauvorhaben im Nichtwohnbau werden 121 Gebäude neu entstehen (+1 Bauvorhaben). Die geplanten Neubauinvestitionen beim Bau von Nichtwohngebäuden in Höhe von 84,5 Millionen Euro lagen um 28,1 Prozent bzw. 33,0 Millionen Euro unter dem Niveau des Vorjahreszeitraums.

Abbildung 11: Baugenehmigungen für Gebäude



Beherbergungswesen

Die Thüringer Beherbergungsstätten mit 10 und mehr Gästebetten einschließlich Campingplätze verzeichneten im Februar 2024 keine nennenswerten Zuwächse im Gäste- und Übernachtungsaufkommen. Etwa 216 Tausend Gäste wurden gemeldet, die rund 594 Tausend Übernachtungen buchten.

Februar 2024: Gäste und Übernachtungszahlen stagnieren

Damit lagen die Gäste- und Übernachtungszahlen auf Vorjahresniveau. Im Vergleich zu Februar 2023 blieben die Ankünfte mit einem Plus von 0,4 Prozent nahezu gleich. Die Übernachtungen sanken dabei um 3,0 Prozent.

Die Verweildauer pro Gast lag mit durchschnittlich 2,8 Tagen leicht unter dem im Februar 2023 gemessenen Niveau (2,9 Tage).

202 988 Gäste (94,2 Prozent) kamen aus Deutschland und 12 474 Gäste hatten ihren Wohnsitz im Ausland. Auch hier konnten keine bemerkenswerten Veränderungen zum Vorjahresmonat festgestellt werden.

In Deutschland betrug die Zahl der Gästeankünfte im Februar dieses Jahres 11,1 Millionen. Das waren 8,6 Prozent mehr als noch vor einem Jahr. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 6,8 Prozent auf 28,2 Millionen. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer pro Gast lag mit 2,5 Tagen unter dem Thüringenwert.

In den ersten beiden Monaten des Jahres 2024 empfingen die Thüringer Beherbergungsbetriebe mit 10 und mehr Gästebetten (einschließlich Campingplätze) 411 317 Gäste. Die Anzahl der Übernachtungen erreichte einen Wert von 1 121 831. Das waren +3,7 Prozent mehr Gäste als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen stieg leicht um 0,4 Prozent. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste betrug 2,7 Tage.

Auch deutschlandweit stiegen in den ersten 2 Monaten sowohl die Zahl der Gäste (+7,7 Prozent) als auch die der Übernachtungen (+5,9 Prozent) an. 9,4 Millionen Übernachtungen entfielen auf ausländische Gäste (+7,7 Prozent) und 43,8 Millionen auf inländische Gäste (+5,5 Prozent).

Unterschiedliche Entwicklung in den Tourismusregionen

In den 11 Thüringer Reisegebieten stellt sich die Veränderung zum Vorjahr unterschiedlich dar. In 3 Reisegebieten wurde ein Rückgang bei den Übernachtungen verzeichnet; darunter im Altenburger Land in Höhe von -7,7 Prozent. In den restlichen Reisegebieten haben sich die Übernachtungen gesteigert. Der größte prozentuale Anstieg wurde im Reisegebiet Weimar mit +16,4 Prozent errechnet.

Das größte Thüringer Reisegebiet, der Thüringer Wald, vermeldete in den ersten 2 Monaten 2024 rund 133 Tausend Ankünfte und mehr als 445 Tausend Übernachtungen. Gegenüber dem Vorjahresmonat gingen die Ankünfte um 1,5 Prozent zurück und die Übernachtungen um 5,7 Prozent.

Abbildung 12: Übernachtungen in den Thüringer Beherbergungsbetrieben 2019 bis 2024

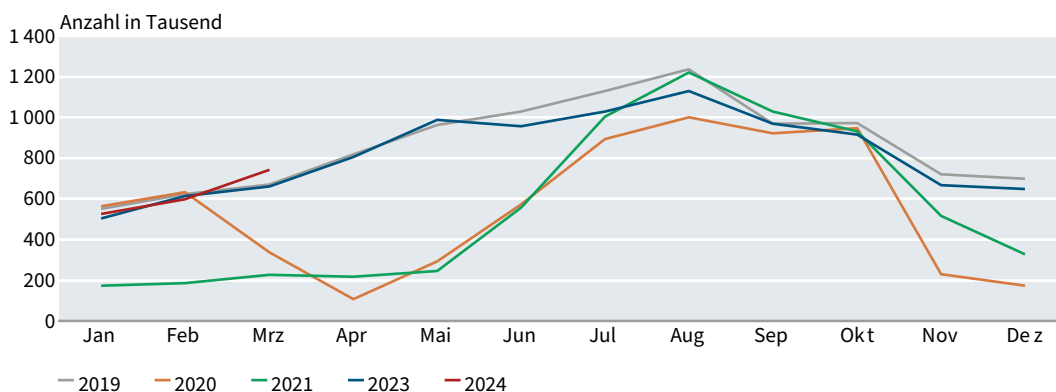


Abbildung 13: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschließlich Campingplätze) Januar bis Februar 2024 nach Reisegebieten

| Reisegebiet | Ankünfte | | Übernachtungen | | Durchschnittliche Aufenthaltsdauer |
|---------------------------------|----------------|---|------------------|---|------------------------------------|
| | insgesamt | Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum | insgesamt | Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum | |
| | Anzahl | Prozent | Anzahl | Prozent | Tage |
| Altenburger Land | 5 341 | 3,9 | 10 819 | -7,7 | 2,0 |
| Eichsfeld | 16 821 | -1,9 | 50 320 | -1,6 | 3,0 |
| Erfurt | 68 767 | 12,0 | 120 888 | 8,4 | 1,8 |
| Saaleland | 36 505 | 3,9 | 91 962 | 3,4 | 2,5 |
| Südharz-Kyffhäuser | 15 287 | -0,1 | 49 319 | 3,2 | 3,2 |
| Thüringer Rhön | 10 366 | -1,2 | 57 884 | 6,0 | 5,6 |
| Thüringer Vogtland | 18 808 | 5,9 | 32 878 | 5,5 | 1,7 |
| Thüringer Wald | 133 115 | -1,5 | 447 298 | -5,7 | 3,4 |
| Weimar | 40 578 | 14,0 | 75 098 | 16,4 | 1,9 |
| Weimarer Land | 16 366 | 7,9 | 63 338 | 0,8 | 3,9 |
| Welterberegion Wartburg-Hainich | 49 363 | 2,3 | 122 027 | 2,6 | 2,5 |
| Thüringen | 411 317 | 3,7 | 1 121 831 | 0,4 | 2,7 |
| davon | | | | | |
| Bundesrepublik Deutschland | 386 606 | 3,6 | 1 060 209 | 0,5 | 2,7 |
| anderer Wohnsitz | 24 711 | 6,0 | 61 622 | -1,6 | 2,5 |

Verbraucherpreisindex

Im Februar 2024 stiegen die Verbraucherpreise an. Der Verbraucherpreisindex erhöhte sich gegenüber dem Vormonat Januar 2024 um 0,5 Prozent und erreichte einen Indexstand von 119,1 Prozent (Basis: 2020 = 100).

Jahresteuerrate leicht gesunken

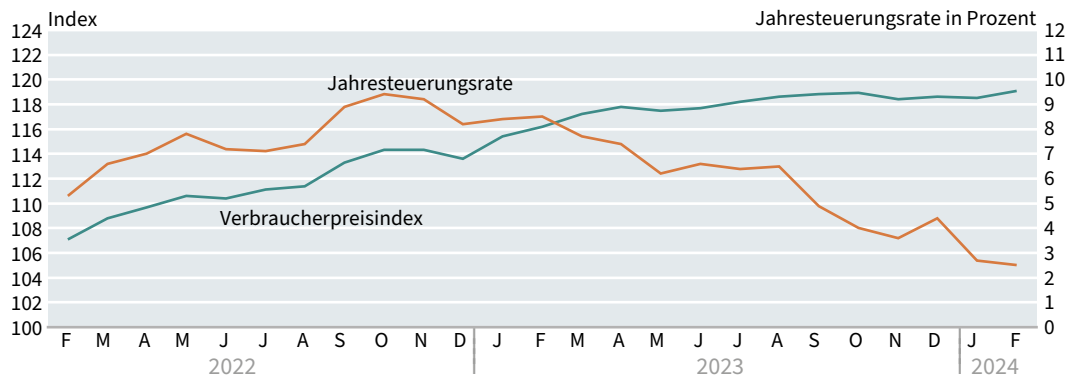
Die Jahresteuerrate sank geringfügig von 2,7 Prozent im Januar 2024 auf 2,5 Prozent im Februar. Somit setzte sich der Trend einer abflauenden Teuerung aus dem Jahr 2023 weiter fort.

Erneut sanken die Energiepreise (Haushaltsenergie und Kraftstoffe) um 1,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dabei war die stärkste Senkung zum Vorjahresmonat genau wie im Monat Januar bei Heizöl, einschließlich Betriebskosten (-8,5 Prozent) zu

beobachten. Fernwärmepreise verringerten sich leicht um 0,3 Prozent. Die Teuerung für Gaspreise einschließlich Betriebskosten betrug im Jahresvergleich 1,7 Prozent zum Vorjahresmonat. Die Steigerung fiel damit allerdings etwas moderater aus. Die Preise für feste Brennstoffe sanken unwesentlich im Vergleich zum Vorjahresmonat. Die Kraftstoffpreise (Kraft- und Schmierstoffe für Fahrzeuge) wurden im Februar im Vergleich zum Vorjahr ebenso etwas billiger. Im Vergleich zum Vorjahr bezahlte der Verbraucher durchschnittlich 2,1 Prozent weniger für eine Tankfüllung.

Preiserhöhungen wurden bei den Preisen für alkoholische Getränke und Tabakwaren (+6,4 Prozent) gesehen. Die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke erhöhten sich um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hier waren Mineralwasser, Limonaden und Säfte (+12,4 Prozent), Zucker, Marmelade, Honig und andere Süßwaren mit einem Plus von 12,2 Prozent sowie Obst (+5,2 Prozent) betroffen. Für Gemüse gingen die Preise um 11,6 Prozent zurück.

Abbildung 14: Verbraucherpreisindex (Basis 2020 = 100) und Jahresteuerungsrate



Steigende Preise gegenüber dem Vormonat

Zum Vormonat Januar erhöhten sich die Verbraucherpreise um durchschnittlich 0,5 Prozent. Außer für die Bereiche Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke sowie den Leistungen für Post und Telekommunikation gab es zum Vormonat Januar durchweg Preiserhöhungen. Mit Blick auf die Saison stiegen die Preise in den verschiedenen Lebensbereichen an. So wechselt z. B. im Bekleidungs- und Schuhbereich allmählich das Sortiment. Hier wurden Preiserhöhungen von durchschnittlich 1,6 Prozent im Vergleich zum Monat Januar festgestellt. Im Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur gab es einen Preisanstieg von 1,5 Prozent. Dieser ist auf gestiegene Preise für Pauschalreisen zurückzuführen (+9,0 Prozent). Gaststätten- und Hotelbesuche wurden um durchschnittlich 1,0 Prozent teurer.

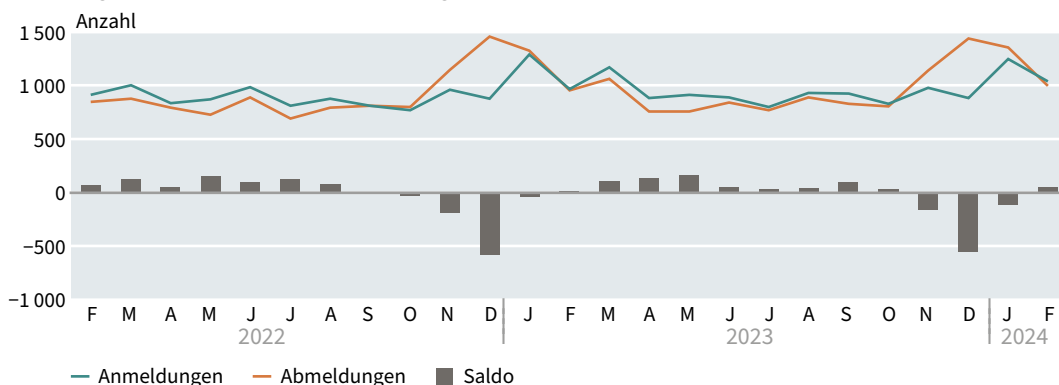
Gewerbeanzeigen

Im Zeitraum Januar bis Februar 2024 wurden 2287 Gewerbeanmeldungen und 2351 Gewerbeabmeldungen registriert. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stiegen die Gewerbeanmeldungen um 28 Anzeigen bzw. 1,2 Prozent an und die Gewerbeabmeldungen um 72 Anzeigen bzw. 3,2 Prozent.

Auf 100 Anmeldungen kamen 103 Abmeldungen

Auf 100 Gewerbeanmeldungen entfielen damit 103 Gewerbeabmeldungen. Im gleichen Vorjahreszeitraum lag diese Relation bei 101 Abmeldungen je 100 Anmeldungen. Im Wirtschaftsbereich Verarbeitendes Gewerbe lag das Verhältnis mit 91 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen unter dem Durchschnitt und im Baugewerbe mit 147 Gewerbeabmeldungen je 100 -anmeldungen deutlich darüber.

Abbildung 15: Gewerbean- und -abmeldungen



Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit den meisten Gewerbean- und -abmeldungen

Die meisten Bewegungen bei den An- und Abmeldungen verzeichnete der Bereich Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen. Mit 24,9 Prozent aller Gewerbeanmeldungen wurden hier 570 Gewerbe angemeldet und mit 27,7 Prozent aller Gewerbeabmeldungen 652 Gewerbe abgemeldet. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum stiegen die Anmeldungen in diesem Wirtschaftsbereich um 2,7 Prozent und die Abmeldungen um 11,3 Prozent.

Insolvenzen

Die Amtsgerichte in Thüringen entschieden in den ersten 2 Monaten 2024 über 337 Insolvenzverfahren. Im Vergleich zu den ersten 2 Monaten 2023 verringerte sich die Zahl der Insolvenzen um –37 Anträge bzw. –9,9 Prozent.

Zahl der Unternehmensinsolvenzen gestiegen

Von den Insolvenzen waren insgesamt 53 Unternehmen und 284 übrige Schuldner (natürliche Per-

sonen als Gesellschafter u. Ä., ehemals selbständig Tätige, private Verbraucher und Nachlässe) betroffen. Während bei den betroffenen Unternehmen die Zahl der Insolvenzen gegenüber Januar bis Februar 2023 anstieg (+9 Anträge), sank sie bei den übrigen Schuldnern (–46 Anträge).

302 Verfahren bzw. 89,6 Prozent (Vorjahr: 93,0 Prozent) aller Insolvenzanträge wurden eröffnet, 32 Verfahren wurden mangels Masse abgewiesen und 3 Verfahren endeten mit der Annahme eines Schuldenbereinigungsplanes.

Die voraussichtlichen Gläubigerforderungen beziffernten die Gerichte auf rund 39,0 Millionen Euro. Pro Verfahren standen Forderungen von durchschnittlich 115,7 Tausend Euro aus (Vorjahr: 96,7 Tausend Euro).

Im Baugewerbe deutlicher Anstieg der Unternehmensinsolvenzen

Der wirtschaftliche Schwerpunkt der Unternehmensinsolvenzen lag mit 15 Verfahren im Bereich Baugewerbe, gefolgt vom Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen mit 7 Verfahren. Die Anzahl der Unternehmensinsolvenzen stieg im Bereich Baugewerbe um 8 Anträge an.

Unter den 284 übrigen Schuldnern waren in den ersten 2 Monaten dieses Jahres 196 private Verbraucher, die das Insolvenzrecht in Anspruch genommen

Abbildung 16: Insolvenzen nach Art des Schuldners

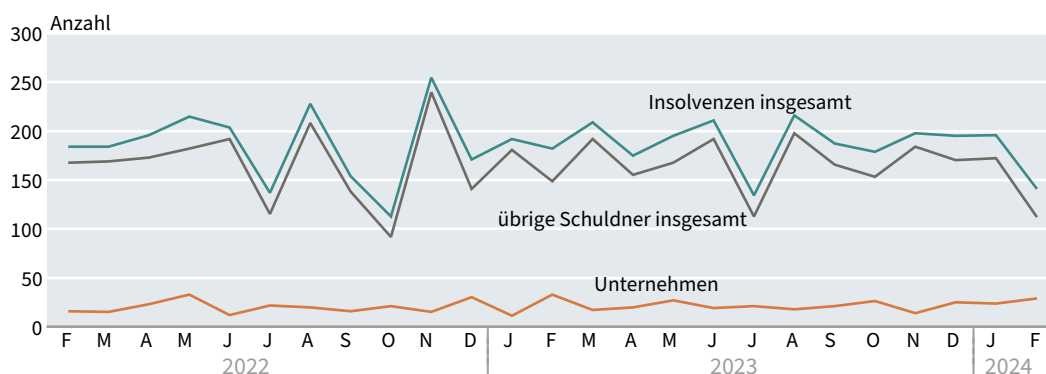
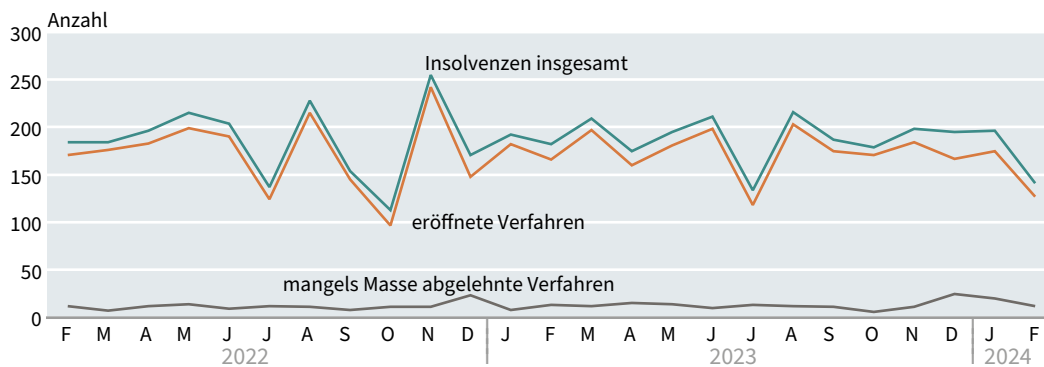


Abbildung 17: Insolvenzverfahren



haben. Das waren 49 Verfahren bzw. 20,0 Prozent weniger als in den ersten 2 Monaten 2023. +9,0 Prozent).

Arbeitsmarkt¹⁾

Die Zahl der Arbeitslosen stieg im Februar 2024 erneut leicht an. Mit 71 697 registrierten Arbeitslosen wurde die Arbeitslosenzahl vom Januar 2024 um 0,6 Prozent bzw. 443 Personen überschritten. Dabei erfolgte der Zuwachs ausschließlich bei den Männern (+1,4 Prozent bzw. +566 Personen). Bei den Frauen sank die Zahl der Arbeitslosen um 0,4 Prozent bzw. 123 Personen.

Arbeitslosenzahl weiterhin höher als im Vorjahr

Auch gegenüber dem Vorjahr stieg die Zahl der Arbeitslosen an. Hier wurden 4 770 Arbeitslose mehr registriert als im Februar 2023 (+7,1 Prozent). Dabei war der relative Zuwachs bei den männlichen Arbeitslosen deutlich stärker als bei den weiblichen Arbeitslosen (Frauen: +4,7 Prozent, Männer:

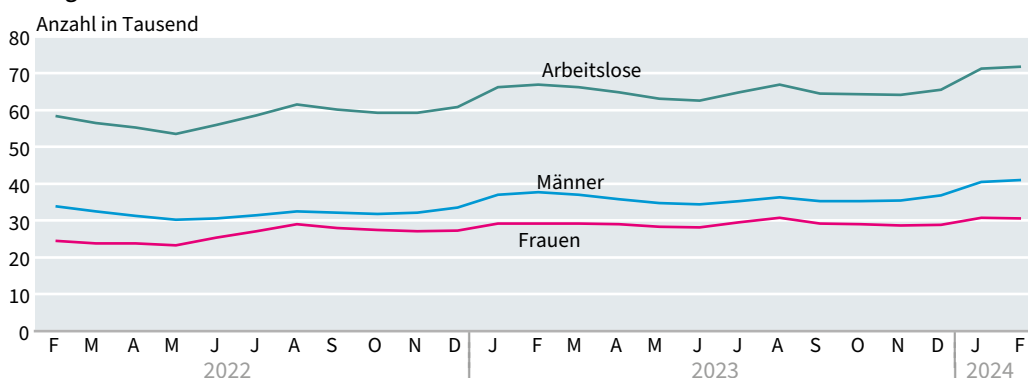
Der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen insgesamt ging im Februar dieses Jahres mit 42,7 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert leicht zurück (Februar 2023: 43,7 Prozent).

Arbeitslosenquote gegenüber Vormonat konstant

Die Arbeitslosenquote blieb im Februar 2024 (bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) mit 6,5 Prozent auf Vormonatsniveau und lag um 0,4 Prozentpunkte über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Bei den Frauen betrug die Arbeitslosenquote 6,0 Prozent (Vormonat: 6,0 Prozent; Vorjahresmonat: 5,7 Prozent) und bei den Männern 7,1 Prozent (Vormonat: 7,0 Prozent; Vorjahresmonat: 6,5 Prozent).

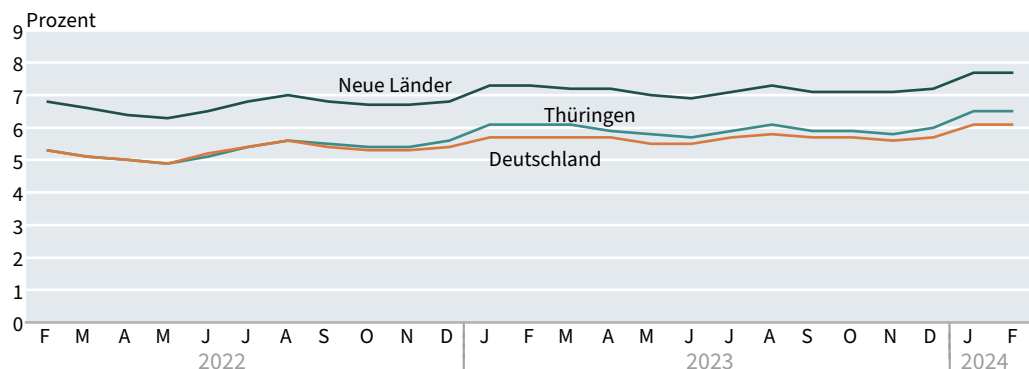
Auch auf Bundesebene lag die Zahl der Arbeitslosen im Februar 2024 deutlich über dem Niveau des Vorjahresmonats. Rund 2,8 Millionen Arbeitslose wurden im Berichtsmonat registriert und damit 7,4 Prozent mehr als im Februar 2023 (Vormonat: +0,3 Prozent). Die

Abbildung 18: Arbeitsmarkt



1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Abbildung 19: Arbeitslosenquote in Thüringen, Ostdeutschland und Deutschland



Arbeitslosenquote lag deutschlandweit bei 6,1 Prozent und damit unter dem Niveau von Thüringen. Gegenüber dem Vormonat blieb sie gleich und im Vergleich zum Februar 2023 stieg die Quote um 0,4 Prozentpunkte.

Im Vergleich der Bundesländer hat sich die Arbeitslosenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat in den neuen Bundesländern etwas günstiger entwickelt (+6,6 Prozent) als in den alten Bundesländern (+7,6 Prozent). Thüringen liegt mit einem Plus von 7,1 Prozent unter dem Deutschlandwert. Den geringsten Zuwachs verzeichnete Sachsen-Anhalt mit plus 2,2 Prozent und an letzter Stelle aller Bundesländer findet sich Hamburg wieder (+11,7 Prozent).

Die Arbeitslosenquote lag in den neuen Bundesländern bei 7,7 Prozent und stieg gegenüber Februar 2023 um 0,4 Prozentpunkte an. In den alten Bundesländern wurde eine Arbeitslosenquote von 5,7 Prozent ermittelt, ein Anstieg von 0,3 Prozentpunkten.

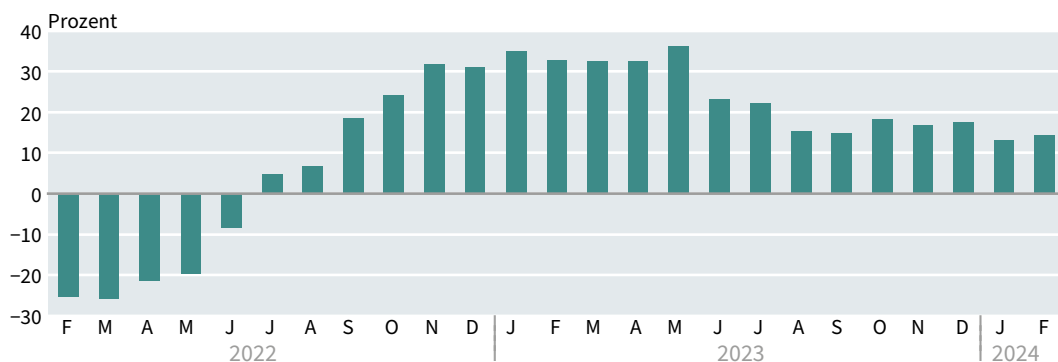
Zahl der arbeitslosen

Jugendlichen weiter gestiegen

Die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren hat sich in Thüringen im Februar 2024 gegenüber dem Vormonat weiter erhöht (+5,4 Prozent bzw. +358 Personen) und lag mit 6973 Jugendlichen deutlich über dem entsprechenden Vorjahreswert (+14,5 Prozent bzw. +882 Personen). Die Arbeitslosenquote betrug in dieser Gruppe 7,1 Prozent (Vormonat: 6,7 Prozent; Vorjahresmonat: 6,6 Prozent).

Deutschlandweit ist ein ähnliches Bild bei der Entwicklung der Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren festzustellen. Auch hier wurden im Februar 2024 mehr arbeitslose Jugendliche registriert als im Januar 2024. Mit 249 122 registrierten arbeitslosen Jugendlichen lag der Wert über dem Vormonat (+10 449 Personen bzw. +4,4 Prozent). Im Vergleich zum Februar 2023 waren es sogar 11,2 Prozent mehr (Thüringen: +14,5 Prozent). Die Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 25 Jahren

Abbildung 20: Veränderung der arbeitslosen Jugendlichen unter 25 Jahren gegenüber dem Vorjahresmonat



(bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen) betrug im Februar dieses Jahres deutschlandweit 5,2 Prozent und lag damit um 1,9 Prozentpunkte unter dem Thüringenwert.

Bestand an offenen Arbeitsstellen gegenüber Vorjahr verringert

Der Bestand an offenen Arbeitsstellen stieg in Thüringen im Februar 2024 gegenüber dem Vormonat weiter an (+3,8 Prozent bzw. +563 Stellen), lag je-

doch mit 15323 Arbeitsstellen deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonates (-10,9 Prozent bzw. -1867 Stellen).

Der Zugang an offenen Arbeitsstellen war mit 3532 Stellen um mehr als ein Drittel höher als im Vormonat (+34,2 Prozent), lag jedoch unter dem Wert vom Februar 2023 (-8,4 Prozent).

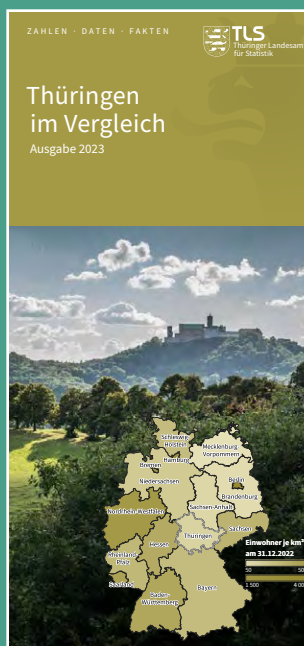
NEUAUFLAGE FALTBLATT THÜRINGEN IM VERGLEICH

Die neueste Auflage des Faltblattes Thüringen im Vergleich – Ausgabe 2023 ist erschienen.

Hier finden Sie Daten für Thüringen im Vergleich zu Deutschland und den anderen Bundesländern zu verschiedenen Bereichen wie beispielsweise Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Landwirtschaft, Bautätigkeit, Beherbergung, Verkehr und Bildung.

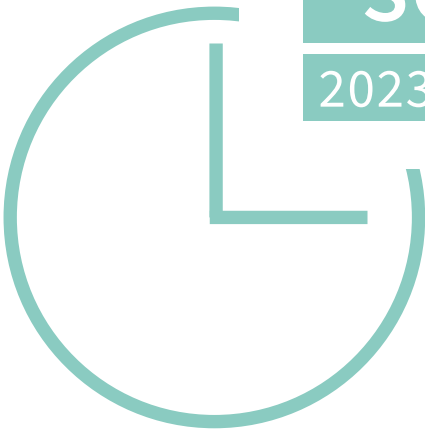
Die Veröffentlichung kann als PDF-Datei kostenlos unter www.statistik.thueringen.de heruntergeladen werden. Bestellen können Sie die Printausgabe (Bestellnummer: 80101) ebenfalls kostenlos beim

Thüringer Landesamt für Statistik
Postfach 90 01 63
99104 Erfurt
Telefon: +49 361 57 331-9642
Fax: +49 361 57 331-9699
E-Mail: auskunft@statistik.thueringen.de



"SCHADENSUHR"

2023 im Freistaat Thüringen



| | | |
|------|--------------------|--|
| alle | 10 Minuten | nahm die Polizei einen Verkehrsunfall auf |
| alle | 42 Minuten | beging ein Verkehrsteilnehmer Fahrerflucht |
| alle | 73 Minuten | verunglückte ein Verkehrsteilnehmer |
| alle | 121 Minuten | verunglückte ein Verkehrsteilnehmer innerorts |
| alle | 4 Stunden | verunglückte ein Verkehrsteilnehmer außerorts (ohne Autobahn) |
| alle | 7 Stunden | verunglückte ein Radfahrer |
| alle | 7 Stunden | verunglückte ein Senior im Alter ab 65 Jahre |
| alle | 9 Stunden | verunglückte ein Jugendlicher im Alter von 18 bis unter 25 Jahre |
| alle | 13 Stunden | verunglückte ein Verkehrsteilnehmer auf der Autobahn |
| alle | 17 Stunden | verunglückte ein Kind im Alter bis unter 15 Jahre |
| alle | 20 Stunden | verunglückte ein Verkehrsteilnehmer bei einem Alkoholunfall |
| alle | 90 Stunden | wurde ein Mensch im Straßenverkehr getötet |

Unfallsituation in Thüringen 2023

Die Statistik der Straßenverkehrsunfälle erfasst und dokumentiert Sachverhalte über Unfälle und Beteiligte auf öffentlichen Wegen und Plätzen, bei denen Personen verletzt oder getötet oder Sachschäden verursacht worden sind. Die Daten dienen unter anderem als Grundlage für die Unfallforschung und die Arbeit der Polizei bezüglich der Erhöhung der Verkehrssicherheit.

Im Thüringer Landesamt für Statistik wird seit Anfang der 1990er Jahre, wie in allen Bundesländern, auch die Bundesstatistik der Verkehrsunfälle für den Freistaat durchgeführt.

UNFÄLLE UND VERUNGLÜCKTE

Im Jahr 2023 wurden in Thüringen 50477 Straßenverkehrsunfälle durch die Polizei registriert. Damit stieg die Zahl der Verkehrsunfälle im Vergleich zum Vorjahr um 1153 Unfälle bzw. 2,3 Prozent an. Die Anzahl der Unfälle mit Personenschaden lag mit 5589 fast auf Vorjahresniveau (2022: 5573 Unfälle mit Personenschaden). Der Anteil von Verkehrsunfällen mit Personenschaden an allen Straßenverkehrsunfällen betrug 11,1 Prozent.

Die Anzahl der Schwerverletzten ging 2023 um 3,7 Prozent zurück, dagegen stieg die der Leichtverletzten um 1,5 Prozent an. Tödlich verletzt wurden 97 Personen. Dies entspricht einem Zuwachs um 12 Personen im Vergleich zum Vorjahr (+14,1 Prozent). Besonders schwerwiegend war hierbei ein Unfall mit 7 getöteten Personen im April 2023.

Da das Verkehrsgeschehen jedoch, genauso wie andere Bereiche des Lebens, durch die Corona-Pandemie beeinflusst wurde, sind die Zahlen nur schwer mit denen von 2020 und 2021 zu vergleichen. Betrachtet man das Vor-Corona-Jahr 2019 mit 55790 Unfällen, so gab es bei der Anzahl der Verkehrsunfälle im Jahr 2023 einen Rückgang um 9,5 Prozent.

FEHLVERHALTEN BEI UNFÄLLEN MIT PERSONENSCHADEN

Die Hauptunfallursachen beim Fehlverhalten der Fahrzeugführer haben sich in den letzten Jahren kaum verändert. Unfallursache Nummer 1 bleibt weiterhin „nicht angepasste Geschwindigkeit“. Sie stellte 21,0 Prozent der Unfallursachen von Fahrzeugführern dar. Danach folgten Fehler beim Abbiegen, Wenden oder Rückwärtsfahren (12,2 Prozent) und beim Abstand (12,0 Prozent).

ALKOHOL

Im Jahr 2023 wurden durch die Polizei 889 Verkehrsunfälle unter Alkoholeinwirkung (im Vergleich zu 2022: +17 bzw. +1,9 Prozent) registriert. Bei 351 (39,5 Prozent) dieser Straßenverkehrsunfälle unter Alkoholeinwirkung gab es einen Personenschaden. Von den 353 alkoholisierten Beteiligten bei Unfällen mit Personenschaden waren mit 78 Personen (22,1 Prozent) die meisten aus der Gruppe der 35- bis 45-Jährigen, dicht gefolgt von der Gruppe der 25- bis 35-Jährigen mit 77 Personen (21,8 Prozent).

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN

Alle wichtigen Zahlen auf einen Blick finden Sie in der Ausgabe 2024 des Faltblattes „**Straßenverkehrsunfälle in Thüringen**“. Das Faltblatt beinhaltet Tabellen und Grafiken unter anderem zur Anzahl von Verkehrsunfällen und dabei Verunglückten, zu Fehlverhalten und Alkoholeinwirkung sowie zu Alter und Geschlecht der Beteiligten. Die Daten beziehen sich im Wesentlichen auf das Jahr 2023. Das Faltblatt steht Ihnen in unserem Webshop kostenlos zum Download und in Papierform zur Verfügung.



[Link zum Faltblatt](#)



[Link zu den SQL-Tabellen](#)



Detailliertere Informationen finden Sie auf unserer [Internetseite](#) und im [Jahresbericht der Straßenverkehrsunfälle in Thüringen](#). Der Jahresbericht steht Ihnen ebenfalls in unserem Webshop kostenlos zum Download und in Papierform zur Verfügung.



Dr. Susanne Knabe
Referat Bevölkerungs- und
Haushaltsstatistiken

THÜRINGEN 2042: Ergebnisse der Vorausberechnung der Krankenhausfälle



Marina Mascher
Referat Bevölkerungs- und
Haushaltsstatistiken

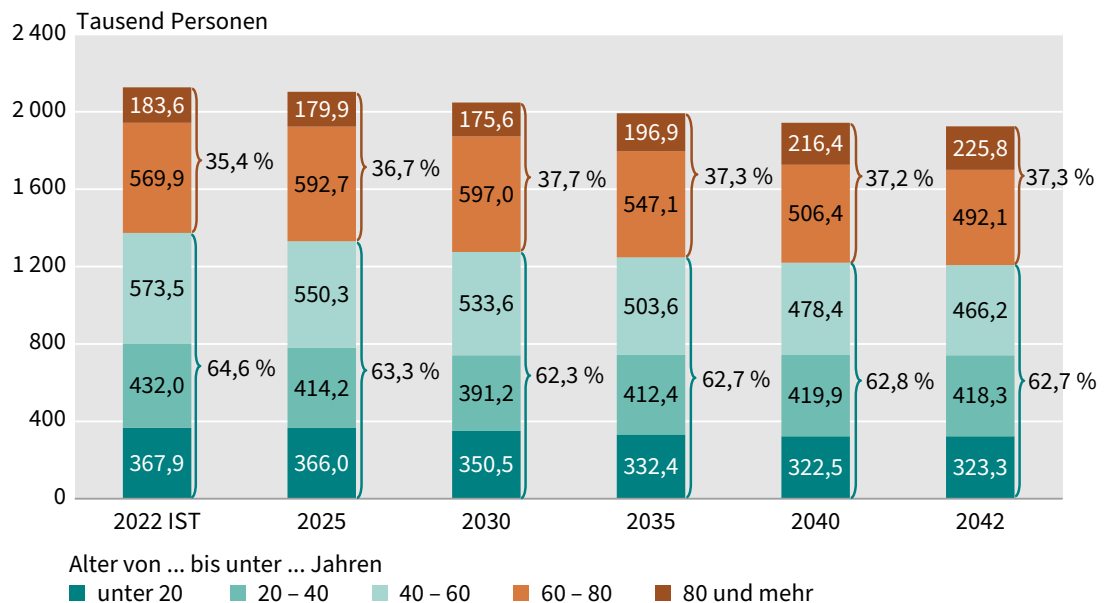
Die Alterung der Bevölkerung und der Rückgang der Einwohnerzahl sind 2 Kernprozesse des demografischen Wandels in Thüringen. Beide Prozesse haben unmittelbare Auswirkungen auf viele Bereiche des Gesundheitswesens, die in hohem Maße „demografieabhängig“ sind.

Der folgende Aufsatz beschäftigt sich im Rahmen des Projektes „THÜRINGEN 2042“ mit der voraussichtlichen Entwicklung der Zahl der in Krankenhäusern behandelten Patienten (Krankenhausfälle). Da diese unter anderem von der Zahl der älteren Menschen im Freistaat abhängt, wird zunächst die Entwicklung der Bevölkerung nach ausgewählten Altersgruppen betrachtet. Anschließend werden die aktuelle Situation und die zukünftige Entwicklung der Zahl der Krankenhausfälle anschaulich dargestellt.

1. Zukünftige Entwicklung der Bevölkerung in Thüringen

Die Bevölkerung Thüringens wird nach den Ergebnissen der 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung (3. rBv) bis zum Jahr 2042 nicht nur in ihrer Anzahl stark zurückgehen (-9,5 Prozent ausgehend von 2022), sondern auch immer älter werden. Das Durchschnittsalter wird von aktuell 47,5 Jahren (2022) auf voraussichtlich 48,5 Jahre bis 2042 ansteigen. Im Jahr 2022 waren mehr als ein Drittel (35,4 Prozent) der Thüringer Bevölkerung 60 Jahre und älter. Dieser Anteil wird bis 2042 voraussichtlich um 1,9 Prozentpunkte auf 37,3 Prozent steigen (Abbildung 1). Relevant ist diese Zahl, da allein im Jahr 2022 etwas mehr als 60 Prozent der Krankenhausfälle auf diese Altersgruppe zurückzuführen waren.

Abbildung 1: Bevölkerung 2022 bis 2042 nach ausgewählten Altersgruppen



Die Zahl der Hochbetagten nimmt stark zu

Die Zahl der Personen fast aller in Abbildung 1 betrachteten Altersgruppen wird bis zum Jahr 2042 mehr oder weniger stark zurückgehen. Ausgehend vom Jahr 2022 ist eine Abnahme der Zahl der unter 20-Jährigen um 12,1 Prozent zu erwarten. Die Einwohnerzahl der 20- bis unter 40-Jährigen wird sich voraussichtlich um 3,2 Prozent und die der 40- bis unter 60-Jährigen um 18,7 Prozent verringern. Nach einem zwischenzeitlichen Anstieg bis 2028 wird die Zahl der 60- bis unter 80-Jährigen wieder sinken und somit im gesamten Vorausberechnungszeitraum um 13,6 Prozent zurückgehen. Lediglich die Zahl der Hochbetagten ab 80 Jahren wird, nach einem zwischenzeitlichen Rückgang, bis zum Ende des Vorausberechnungszeitraumes deutlich um 23,0 Prozent ansteigen. Dies wird unmittelbare Auswirkungen auf die zukünftige Zahl der Krankenhausbehandlungen haben.

2. Zahl der Krankenhausbehandlungen 2022 in Thüringen

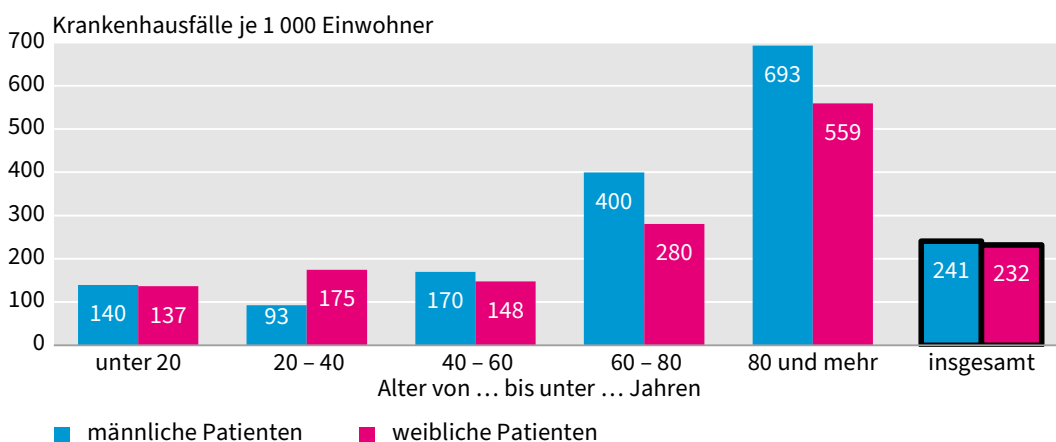
Als Krankenhausfälle werden aus Thüringer Krankenhäusern entlassene vollstationäre Patienten¹⁾ bezeichnet, für die ein Pflegesatz nach der Bundespflegesatzverordnung (BpFV) abgerechnet wird. Hierunter zählen auch Sterbefälle und sogenannte Stundenfälle. Stundenfälle sind Krankenhausfälle, bei denen die Aufenthaltsdauer weniger als 24 Stunden beträgt (inkl. Verlegungen).

Teilstationäre oder ambulante Behandlungen sind in der Zählung der Krankenhausfälle nicht enthalten. Als teilstationär gilt ein Krankenhausaufenthalt, wenn ein Patient regelmäßig mit derselben Erkrankung Krankenhausleistungen in Anspruch nimmt, ohne dass seine Anwesenheit ununterbrochen erforderlich ist. Je nach Erkrankung befindet sich der Patient tagsüber oder nachts in seinem normalen Umfeld. Bei einer ambulanten Behandlung sind keine stationären Leistungen enthalten.

2022 wurden 502,7 Tausend Patienten aus Thüringer Krankenhäusern entlassen

Im Jahr 2022 wurden 502,7 Tausend vollstationäre Patienten aus insgesamt 49 Thüringer Krankenhäusern entlassen. Darunter waren 1,7 Prozent bzw. 8,3 Tausend Stundenfälle, welche am Aufnahmetag wieder aus dem Krankenhaus entlassen bzw. in ein anderes Krankenhaus verlegt wurden. Verstorben sind 13,6 Tausend Patienten bzw. 2,7 Prozent der Krankenhausfälle. Die Zählung der Krankenhausfälle erfolgt nach dem Behandlungsortprinzip, d. h. bei den entlassenen Patienten handelt es sich nicht ausschließlich um Thüringer Einwohner. So wohnten 43,5 Tausend Patienten bzw. 8,7 Prozent der 2022 in Thüringer Krankenhäusern versorgten Patienten nicht in Thüringen. Demgegenüber wurden 51,5 Tausend Thüringer in anderen Bundesländern vollstationär behandelt. Das sind 10,2 Prozent aller vollstationären Thüringer Krankenhausfälle. Patienten in Thüringer Krankenhäusern ohne Wohnsitz in Thüringen entsprachen somit ungefähr dem Anteil der Thüringer, welche in einem Krankenhaus außerhalb des Freistaates behandelt wurden.

Abbildung 2: Alters- und geschlechtsspezifische Krankenhausfallquote in Thüringen 2022



1) Unter der sprachlich maskulinen Form der Patienten sind stets alle Geschlechter zu verstehen (männlich, weiblich, divers).

Mehr männliche als weibliche Patienten

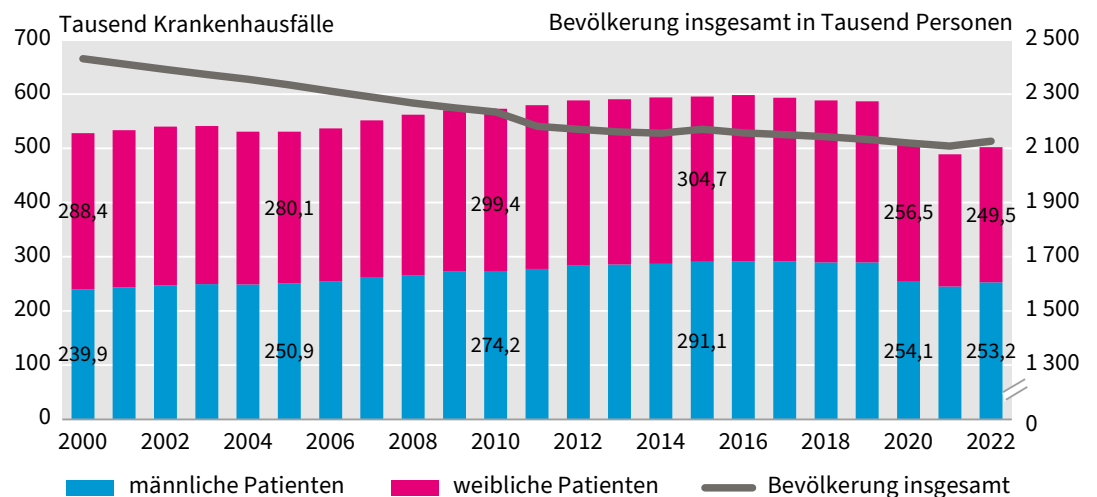
Mit 253,2 Tausend Krankenhausfällen wurden 2022 in Thüringen etwas mehr Männer als Frauen (249,5 Tausend Fälle bzw. 49,6 Prozent) behandelt. Die Krankenhausfallquote der weiblichen Patienten lag bei 232 weiblichen Behandlungsfällen je 1000 Thüringer Frauen, während dieser Wert bei den Thüringer Männern bei 241 lag. Werden einzelne Altersgruppen betrachtet, wird deutlich, dass – gemessen an der jeweiligen Bevölkerung – ausschließlich Frauen von 20 bis unter 40 Jahren eine höhere Quote aufwiesen als die gleichaltrigen Männer (Abbildung 2). Dies ist der Tatsache geschuldet, dass Frauen in diesem Alter aufgrund von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett häufiger ein Krankenhaus aufsuchen. Ohne die Berücksichtigung dieses Diagnosekapitels läge die Quote der 20- bis unter 40-jährigen Frauen bei 83 Behandlungsfällen je 1000 Frauen und damit ebenfalls unter der Quote der Männer. Insgesamt betrachtet läge die weibliche Krankenhausfallquote dann bei 215 Fällen je 1000 Frauen.

In Abbildung 2 ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen Alter und Krankenhausaufenthalt zu erkennen. Ältere Menschen sind zudem oft von mehreren Krankheiten betroffen, was eine höhere Behandlungshäufigkeit nach sich ziehen kann. Im Vergleich mit der jeweiligen Bevölkerung zeigt sich, dass die Anzahl der Krankenhausfälle je 1000 Einwohner (Krankenhausfallquote) mit zunehmendem Alter steigt.

2022 war über die Hälfte der Krankenhauspatienten 60 Jahre und älter

Trotz der höheren Fallquoten der Hochbetagten ab 80 Jahren hatten den größten Anteil an Krankenhausaufenthalten Patienten im Alter von 60 bis unter 80 Jahren mit 38,2 Prozent. Weniger als ein Viertel (21,4 Prozent) der Patienten war unter 40 Jahre alt, 18,1 Prozent waren 40 bis unter 60 Jahre alt und 22,3 Prozent waren 80 Jahre und älter (siehe auch Abbildung 5). Mehr als die Hälfte (60,4 Prozent) der Krankenhauspatienten war 2022 demnach bereits 60 Jahre und älter. Der Zusammenhang zwischen Alter eines Patienten und Behandlungshäufigkeit erklärt auch, weshalb die Zahl der Krankenhausfälle in Thüringen trotz stetig sinkender Einwohnerzahl zwischen 2005 und 2016 kontinuierlich von 531,0 Tausend auf 598,4 Tausend Behandlungen gestiegen ist. Seit 2017 war erstmals seit über 10 Jahren ein Rückgang in den Fallzahlen zu beobachten (Abbildung 3). Im Jahr 2020 kam es aufgrund der Corona-Pandemie zu einem starken Rückgang der Krankenhausfälle (-76,2 Tausend Fälle bzw. -13,0 Prozent), da nicht dringend erforderliche Behandlungen ausgesetzt wurden, um Klinikkapazitäten freizuhalten. Auch im zweiten Pandemie-Jahr 2021 sank die Zahl der Krankenhausfälle nochmals deutlich um 21,3 Tausend bzw. 4,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr, da „planbare“ Behandlungen weiterhin aufgrund des Freihaltens von Bettenkapazitäten und verschärften Hygienekonzepten verschoben wurden. Darüber hinaus versuchten wahrscheinlich viele Menschen, nicht zwingend notwendige Kranken-

Abbildung 3: Krankenhausfälle nach Geschlecht und Bevölkerung in Thüringen 2000 bis 2022



hausaufenthalte zu vermeiden. Zwar stieg 2022 die Zahl der Krankhausfälle wieder an (+13,3 Tausend bzw. +2,7 Prozent), dennoch liegt sie deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau von 2019.

Herz-Kreislauf-Erkrankungen waren 2022 die häufigste Diagnose

Die 5 häufigsten Diagnosen, aufgrund derer Patienten im Krankenhaus vollstationär behandelt wurden, waren 2022 Herz-Kreislauf-Erkrankungen (15,4 Prozent), Neubildungen (11,8 Prozent) - sowohl gutartige als auch bösartige Tumore (Krebserkrankungen) -, Krankheiten des Verdauungssystems (10,4 Prozent), Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen (10,3 Prozent) sowie Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des

Bindegewebes (7,7 Prozent). Bei den angegebenen Diagnosen handelt es sich immer um die Hauptdiagnose, die für die Veranlassung des stationären Aufenthaltes des Patienten verantwortlich ist. In der Vorausberechnung wird auch berücksichtigt, dass bestimmte Krankheiten zum Teil sehr unterschiedliche Altersgruppen betreffen können. Während das Durchschnittsalter aller behandelten Patienten 2022 bei 59,5 Jahren lag (und damit 12 Jahre über dem Durchschnitt der Thüringer Bevölkerung insgesamt), waren Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen durchschnittlich 72,5 Jahre alt. Die Patienten des Diagnosekapitels Psychische und Verhaltensstörungen waren mit einem Durchschnittsalter von 46,5 Jahre hingegen meist deutlich jünger. Die Häufigkeit der zusammengefassten Diagnosearten (Diagnosekapitel) nach Geschlecht und das Durchschnittsalter der Patienten zeigt Abbildung 4.

Abbildung 4: Aus Thüringer Krankenhäusern entlassene vollstationäre Patienten¹⁾ 2022 nach Geschlecht und zusammengefassten Diagnosearten (Diagnosekapitel)

| Zusammengefasste Diagnosearten nach ICD-10 ²⁾ | | Männliche Patienten | | Weibliche Patienten | | Zusammen | | Durchschnittsalter in Jahren |
|--|--|---------------------|-------------------|---------------------|-------------------|----------------|-------------------|------------------------------|
| Schlüsselnummer | Diagnosekapitel | Anzahl in 1000 | Anteil in Prozent | Anzahl in 1000 | Anteil in Prozent | Anzahl in 1000 | Anteil in Prozent | |
| I00 - I99 | Herz-Kreislauf-Erkrankungen | 42,8 | 16,9 | 34,7 | 13,9 | 77,5 | 15,4 | 72,5 |
| C00 - D48 | Neubildungen (Tumore) | 33,8 | 13,3 | 25,8 | 10,3 | 59,6 | 11,8 | 66,3 |
| K00 - K99 | Krankheiten des Verdauungssystems | 27,9 | 11,0 | 24,2 | 9,7 | 52,1 | 10,4 | 61,0 |
| S00 - T98 | Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen | 24,8 | 9,8 | 26,9 | 10,8 | 51,8 | 10,3 | 60,9 |
| M00 - M90 | Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes | 17,7 | 7,0 | 21,0 | 8,4 | 38,8 | 7,7 | 63,4 |
| J00 - J99 | Krankheiten des Atmungssystems | 19,4 | 7,7 | 14,3 | 5,7 | 33,7 | 6,7 | 57,1 |
| N00 - N99 | Krankheiten des Urogenitalsystems | 14,8 | 5,9 | 14,0 | 5,6 | 28,9 | 5,7 | 62,8 |
| F00 - F99 | Psychische und Verhaltensstörungen | 15,5 | 6,1 | 13,1 | 5,3 | 28,7 | 5,7 | 46,5 |
| R00 - R99 | Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderweitig nicht klassifiziert sind | 10,3 | 4,1 | 10,9 | 4,4 | 21,2 | 4,2 | 56,9 |
| G00 - G99 | Krankheiten des Nervensystems | 10,0 | 4,0 | 9,9 | 4,0 | 19,9 | 4,0 | 60,2 |
| O00 - O99 | Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett | 0,0 | 0,0 | 18,6 | 7,5 | 18,6 | 3,7 | 30,8 |
| A00 - B99 | Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten | 7,6 | 3,0 | 7,4 | 3,0 | 15,0 | 3,0 | 52,1 |
| E00 - E90 | Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten | 6,9 | 2,7 | 7,8 | 3,1 | 14,6 | 2,9 | 67,3 |
| Z00 - Z99 | Faktoren, die den Gesundheitszustand beeinflussen und zur Inanspruchnahme des Gesundheitswesens führen | 6,5 | 2,6 | 6,0 | 2,4 | 12,5 | 2,5 | 14,0 |
| H00 - H59 | Krankheiten des Auges und der Augenanhangsgebilde | 4,6 | 1,8 | 5,3 | 2,1 | 9,9 | 2,0 | 69,4 |
| L00 - L99 | Krankheiten der Haut und der Unterhaut | 4,1 | 1,6 | 3,6 | 1,4 | 7,7 | 1,5 | 50,9 |
| D50 - D90 | Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems | 1,8 | 0,7 | 2,0 | 0,8 | 3,8 | 0,8 | 67,9 |
| P00 - P96 | Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben | 1,9 | 0,7 | 1,5 | 0,6 | 3,3 | 0,7 | 2,5 |
| H60 - H95 | Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes | 1,5 | 0,6 | 1,7 | 0,7 | 3,2 | 0,6 | 54,5 |
| Q00 - Q99 | Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien | 1,1 | 0,4 | 0,7 | 0,3 | 1,8 | 0,4 | 23,1 |
| | Insgesamt | 253,2 | 100 | 249,5 | 100 | 502,7 | 100 | 59,5 |

1) einschließlich Stunden- und Sterbefälle

2) ICD-10: International Statistical Classification of Diseases and Related Health Problems, 10. Revision (Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme)

Die vorangegangenen Ausführungen verdeutlichen, dass die Zahl der Krankenhausfälle und das Auftreten bestimmter Diagnosearten sowohl vom Geschlecht als auch vom Alter der Personen beeinflusst wird. So treten beispielsweise bei Frauen häufiger Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems und des Bindegewebes auf, während Männer häufiger von Herz-Kreislauf- und Tumorerkrankungen (Neubildungen) sowie Krankheiten des Atmungssystems betroffen sind. Dementsprechend wird die Zahl der zukünftigen Krankenhausfälle direkt von der zukünftigen Alters- und Geschlechtsstruktur bestimmt.

3. Entwicklung der Zahl der Krankenhausbehandlungen in Thüringen bis 2042

3.1 Methodik des Status-Quo-Szenarios

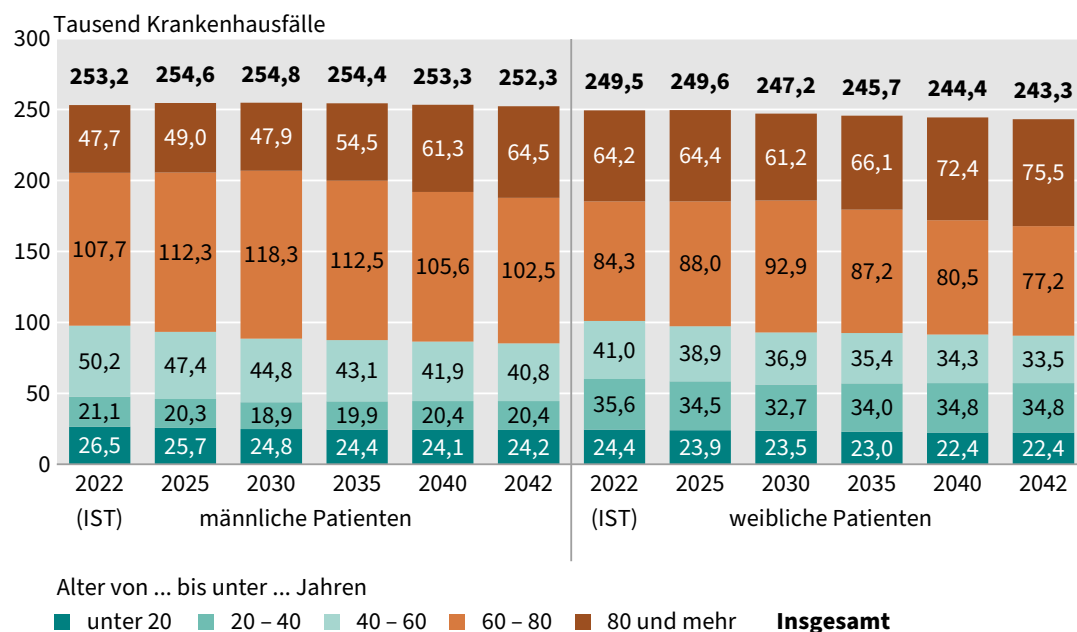
Die im vorherigen Abschnitt beschriebenen Differenzierungen müssen bei der Vorausberechnung der zukünftig zu erwartenden Krankenhausfälle berücksichtigt werden. Dies geschieht durch die Berechnung geschlechtsspezifischer Diagnosefallquoten nach 5er-Altersgruppen für das Referenzjahr 2022. Diese Quoten spiegeln das Verhältnis von Diagnosefällen zur Anzahl der Personen der entsprechenden Altersgruppe nach Geschlecht wider. Da die Vorjahre 2020 und 2021, wie bereits in

Kapitel 2 beschrieben, von den Auswirkungen der Corona-Pandemie beeinflusst waren, bleiben sie bei der Ermittlung der Quoten unberücksichtigt. Zwar liegen auch die Fallzahlen für das Jahr 2022 noch deutlich unter dem Vor-Corona-Niveau des Jahres 2019, es ist aktuell jedoch nicht absehbar, wie sich die Fallzahlen angesichts des zunehmenden Trends zu ambulanten Behandlungen und der geplanten Krankenhausreform weiter entwickeln werden. Die so ermittelten Diagnosefallquoten für das Jahr 2022 wurden entsprechend eines Status-Quo-Szenarios konstant gehalten und auf die Bevölkerungsstruktur des Vorausberechnungszeitraums übertragen. Faktoren wie der technische Fortschritt sowie Veränderungen der Sterbewahrscheinlichkeit nach einzelnen Diagnosearten bleiben unberücksichtigt. Zudem wird eine konstante Nachfrage nach medizinischer Versorgung im Krankenhaus unterstellt. Die zukünftige Veränderung der Zahl der Krankenhausfälle lässt sich damit ausschließlich auf die in der 3. rBv abgebildete demografische Entwicklung zurückführen.

3.2 Alters- und geschlechtsspezifische Entwicklung der Krankenhausfälle

Gegenüber 2022 ist mit einem Rückgang der Zahl der Krankenhausfälle bis 2042 insgesamt um 1,4 Prozent bzw. um 7,1 Tausend auf 495,6 Tausend Fälle zu rechnen. Im Durchschnitt sind das jährlich rund 0,4 Tausend Krankenhausfälle weniger. Dabei wird sich die Zahl der männlichen Patienten bis 2042

Abbildung 5: Krankenhausfälle in Thüringen 2022 bis 2042 nach Geschlecht und Altersgruppen



kaum verändern. Hier ist ein Rückgang um 0,3 Prozent zu erwarten (Abbildung 5). Innerhalb dieses Zeitraumes ist allerdings kein linearer Verlauf zu erkennen. Bis zum Jahr 2030 wird sich diese Zahl voraussichtlich um 0,7 Prozent erhöhen, um ab dem Jahr 2031 kontinuierlich auf 252,3 Tausend Patienten zu sinken. Die Zahl weiblicher Behandlungsfälle wird sich hingegen bereits ab dem Jahr 2024 verringern, was von 2022 bis 2042 einem Gesamtrückgang um 2,5 Prozent entspricht. Abbildung 5 veranschaulicht die erwarteten Veränderungen im Zeitverlauf und verdeutlicht darüber hinaus, wie unterschiedlich sich die Zahl der Krankenhausfälle bei den verschiedenen Altersgruppen beider Geschlechter entwickeln wird.

Starke Zunahme der Krankenhausfälle bei den ab 80-Jährigen

Entsprechend der in Abschnitt 1 beschriebenen Veränderung der Altersstruktur der Bevölkerung wird sich auch die Zahl der Krankenhausfälle verändern. Bis 2042 wird die Zahl hochbetagter Patienten ab 80 Jahren gegenüber 2022 um 25,0 Prozent steigen. Abbildung 6 verdeutlicht, dass dabei der für die Hochbetagten vorausgerechnete relative

Zuwachs bei den Männern etwa doppelt so hoch (+35,0 Prozent) wie bei den Frauen (+17,6 Prozent) sein wird. In den anderen Altersgruppen wird bis 2042 gegenüber 2022 ein Rückgang der Patientenzahlen erwartet. Am stärksten fällt er voraussichtlich bei den 40- bis unter 60-Jährigen (-18,6 Prozent) aus. Auch die Zahl der zu behandelnden Kinder und Jugendlichen unter 20 Jahren (-8,6 Prozent) und der 20- bis unter 40-Jährigen (-2,8 Prozent) sowie der 60- bis unter 80-Jährigen (-6,4 Prozent) wird aufgrund der negativen Bevölkerungsentwicklung dieser Altersgruppen zurückgehen.

3.3 Zukünftige Entwicklung der häufigsten Diagnosearten

Die Vorausberechnung der Krankenhausfälle wurde auf Basis der alters- und geschlechtsspezifischen Diagnosefallquoten für die in Abbildung 4 aufgeführten 20 Diagnosekapitel vorgenommen. Für diese Krankheitsbilder lassen sich demnach auch Aussagen zur zukünftigen Entwicklung treffen. Betrachtet man die 5 häufigsten Diagnosearten, werden jeweils unterschiedliche Entwicklungen deutlich (Abbildungen 7 und 8). Diese Entwicklungen hängen davon ab, wie stark die einzelnen Krankheitsbilder eher Hochbetagte ab 80 Jahren oder jüngere Altersgruppen betreffen.

Abbildung 6: Veränderung der Krankenhausfälle in Thüringen 2042 gegenüber 2022 nach Altersgruppen und Geschlecht

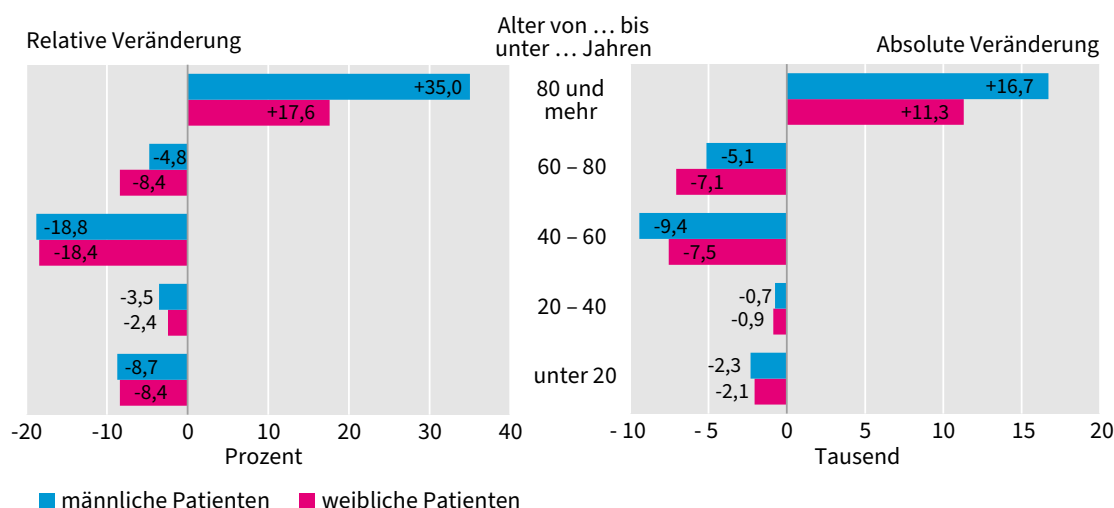
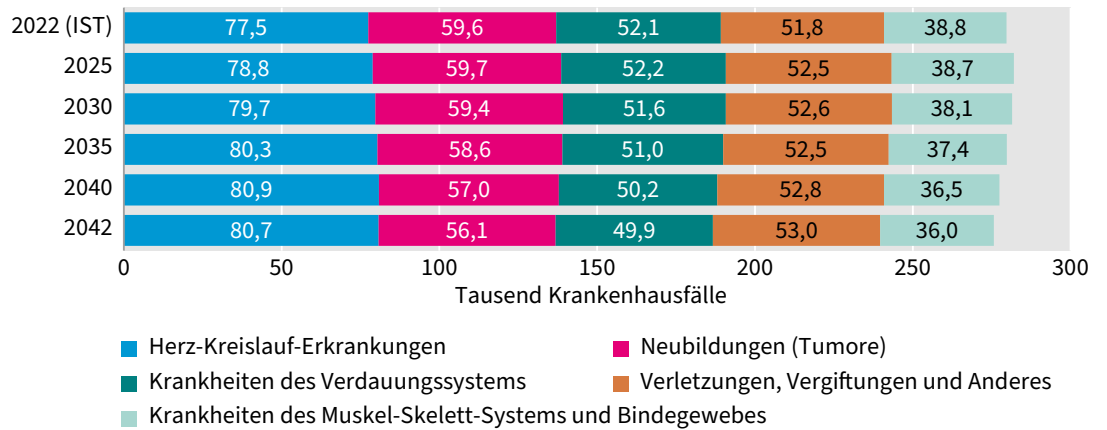


Abbildung 7: Krankenhausfälle in Thüringen 2022 bis 2042 nach ausgewählten zusammengefassten Diagnosearten



Zunahme bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie Verletzungen und Vergiftungen

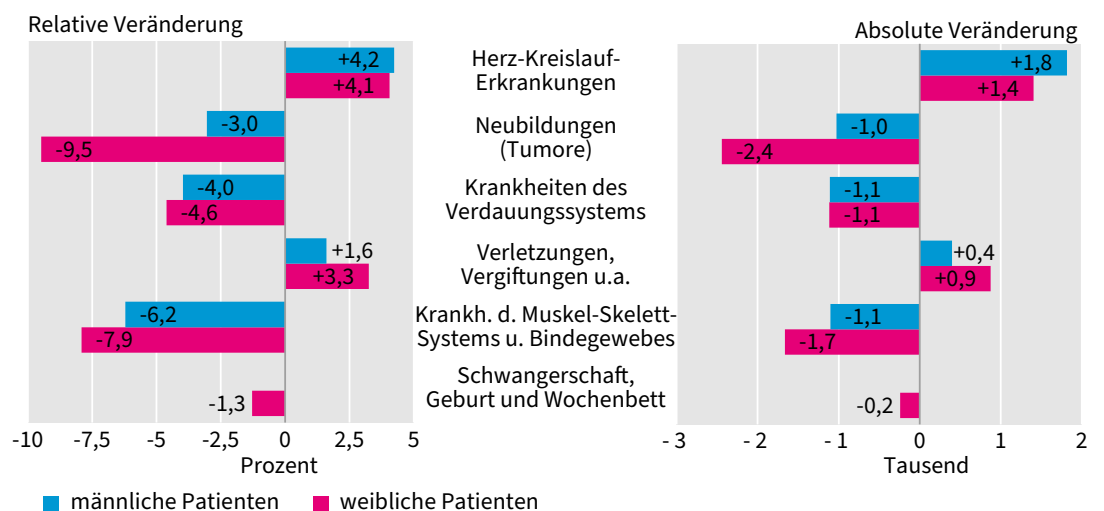
Während bei den Herz-Kreislauf-Erkrankungen sowie bei Verletzungen und Vergiftungen mit einer Steigerung der stationären Behandlungsfälle bis 2042 zu rechnen ist, werden sich die Zahlen der 3 anderen häufigsten Diagnosekapitel voraussichtlich reduzieren. Der Rückgang bei den stationären Tumorbehandlungen (Neubildungen) ist auf eine starke Abnahme der Behandlungsfälle bei den Frauen zurückzuführen. Die Fälle bei den Männern werden hingegen nur leicht zurückgehen. Bei Krankenhausaufenthalten aufgrund von Verletzungen und Ver-

giftungen ist eine entgegengesetzte Entwicklung festzustellen. Hier wird die Zunahme weiblicher Behandlungsfälle voraussichtlich größer sein als die der Männer. Bei den anderen Diagnosekapiteln weisen beide Geschlechter voraussichtlich eine ähnliche Entwicklung auf.

Krankhausfälle aufgrund von Schwangerschaft und Geburt gehen leicht zurück

Die sechsthäufigste Ursache weiblicher Krankenhausaufenthalte bildet die Diagnose Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett. Deren Zahl wird voraussichtlich von 18,6 Tausend auf 17,7 Tausend

Abbildung 8: Veränderung der Krankenhausfälle in Thüringen 2042 gegenüber 2022 nach ausgewählten zusammengefassten Diagnosearten und Geschlecht



Fälle bis zum Jahr 2030 sinken und dann wieder auf 18,4 Tausend bis 2042 steigen. Ursache hierfür ist die Annahme wieder steigender Geburtenraten. Insgesamt werden die Fallzahlen dieses Diagnosekapitels gegenüber 2022 damit leicht um rund 200 Behandlungen bzw. 1,3 Prozent zurückgehen (Abbildung 8).

4. Zusammenfassung

Die Zahl der Krankenhausfälle wird sich bis zum Jahr 2042 voraussichtlich von 502,7 Tausend (2022) auf 495,6 Tausend Fälle reduzieren (Abbildung 9). Ursache hierfür ist der generelle Einwohnerrückgang in Thüringen, der trotz Alterung der Bevölkerung mittelfristig zu weniger stationären Krankenhausbehandlungen führen wird.

Anteil weiblicher Patienten leicht rückläufig

Im Vorausberechnungszeitraum wird die Zahl der weiblichen Krankenhausfälle etwas stärker sinken (-2,5 Prozent) als die der Männer (-0,3 Prozent), sodass der Anteil der Frauen an allen Behandelten leicht von 49,6 Prozent (2022) auf 49,1 Prozent (2042) zurückgehen wird. Ohne das Diagnosekapitel „Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett“ würde der Frauenanteil 2022 bei 47,7 Prozent liegen und sich bis 2042 auf 47,1 Prozent reduzieren. Dennoch werden Frauen voraussichtlich auch zukünftig etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung stellen (Rückgang auf 50,1 Prozent 2042 im Vergleich zu 50,5 Prozent 2022).

Zunahme älterer und Rückgang jüngerer Patienten

Die Alterung der Bevölkerung wird einen Anstieg des Anteils älterer Patienten ab 60 Jahren unter allen Krankenhausfällen verursachen. Dieser wird voraussichtlich um 4,1 Prozentpunkte auf 64,5 Prozent aller Behandlungsfälle ansteigen. Ursächlich hierfür sind die ab 80-Jährigen, deren Anteil an allen stationären Krankenhausbehandlungen um 6,0 Prozentpunkte auf vorausberechnete 28,2 Prozent steigen wird. Dadurch wird es unter anderem zu einer weiteren Zunahme von Patienten mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen kommen, da diese aktuell zu über 80-Prozent 60 Jahre und älter sind (Abbildung 10). Daneben wird der Einwohnerrückgang der jungen Menschen zu weniger Diagnosefällen führen, die vorwiegend Jüngere betreffen, wie Krankenhausaufenthalte aufgrund von Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett.

Bei der Interpretation der vorgestellten Ergebnisse muss berücksichtigt werden, dass das Status-Quo-Szenario lediglich die Auswirkungen der vorausberechneten Bevölkerungsentwicklung auf die Zahl der stationären Krankenhausbehandlungen beschreibt, wenn die alters- und geschlechtsspezifischen Diagnosefallquoten in Zukunft so bleiben würden wie im Jahr 2022. Die Zahlen geben jedoch keine Auskunft über die generelle Zahl der Erkrankungen. Der aktuelle Trend zu mehr ambulanten Behandlungen ohne Krankenhausaufenthalt sowie Reformen im Bereich der Krankenhausfinanzierung können zu veränderten Diagnosefallquoten und damit anderen Entwicklungen im Bereich der stationären Behandlungen führen.

Abbildung 9: Entwicklung der Krankenhausfälle in Thüringen 2000 bis 2042

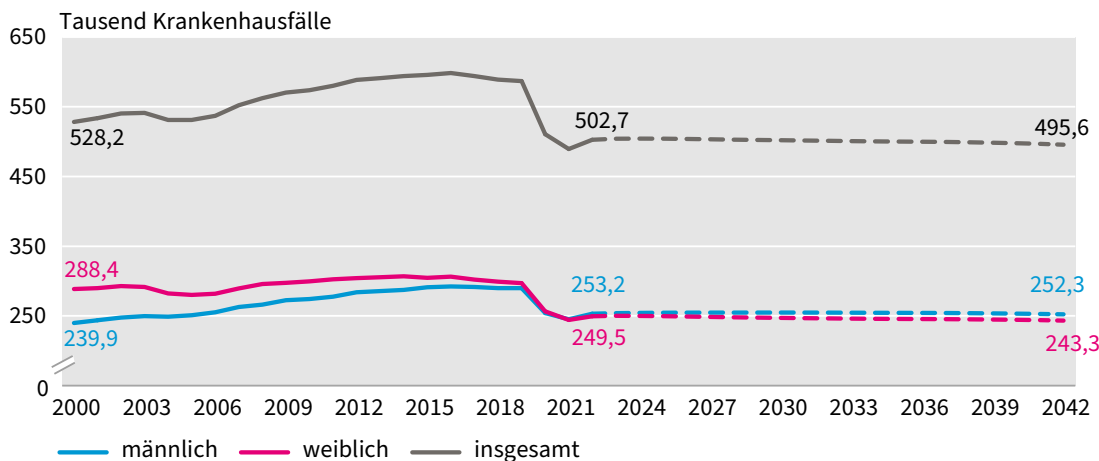
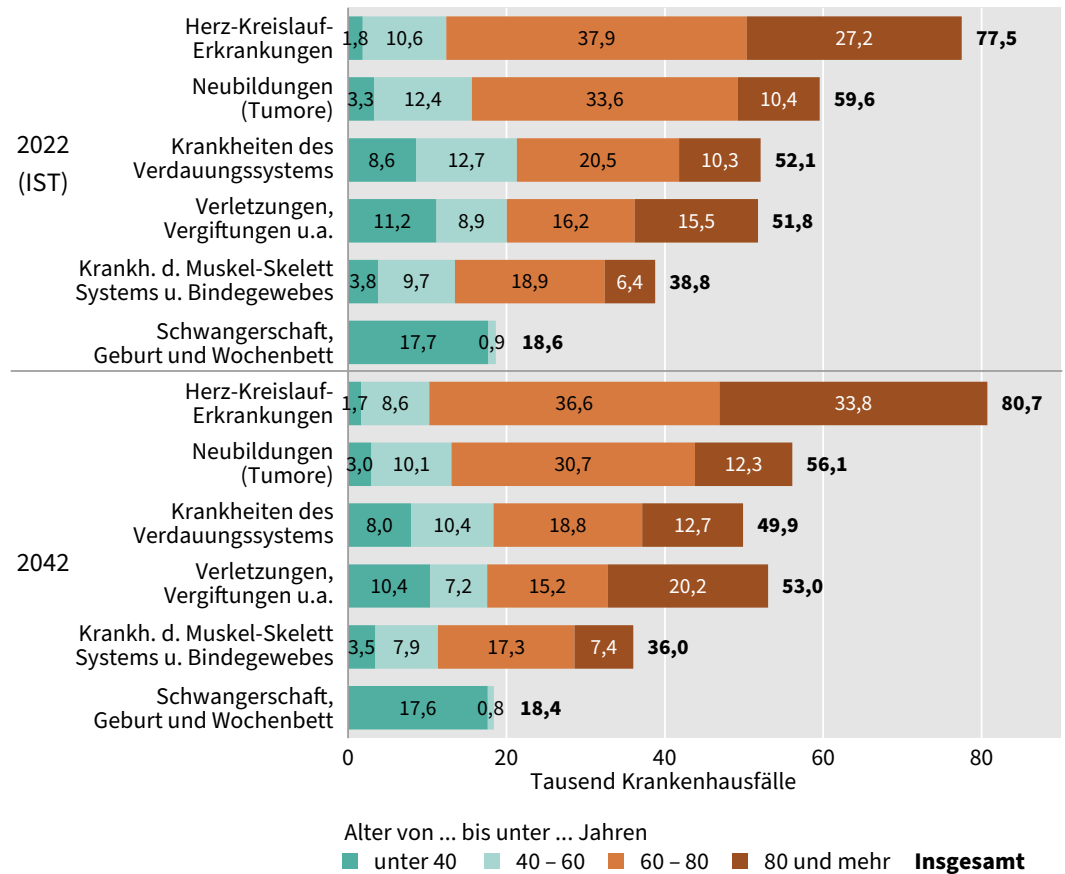


Abbildung 10: Krankenhausfälle in Thüringen 2022 und 2042 nach ausgewählten zusammengefassten Diagnosearten und Altersgruppen



lungen führen. So hat zum Beispiel die Zahl der Krebserkrankungen in den letzten Jahrzehnten unter anderem aufgrund der Alterung der Bevölkerung zugenommen. Da jedoch zunehmend mehr Behandlungen ambulant durchgeführt werden, sank die Zahl der stationären Krankenhausfälle dieser Diagnoseart.

Die Vorausberechnung der Krankenhausfälle stellt nur eine der Anschlussrechnungen zur 3. regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2042 für Thüringen dar. Auch zu anderen, in hohem Maße „demografieabhängigen“ Kennziffern wie zum

Beispiel zur Zahl der Erwerbspersonen, der Kinder in Kindertagesbetreuung, den Haushalten oder zur Zahl der Pflegebedürftigen wurden entsprechende Anschlussrechnungen vorgenommen. Deren Ergebnisse und weitere Informationen sind im Internetportal „THÜRINGEN 2042“ unter der Adresse www.statistik.thueringen.de/th_2042/ verfügbar.

HANDWERK FOTOGRAFEN*



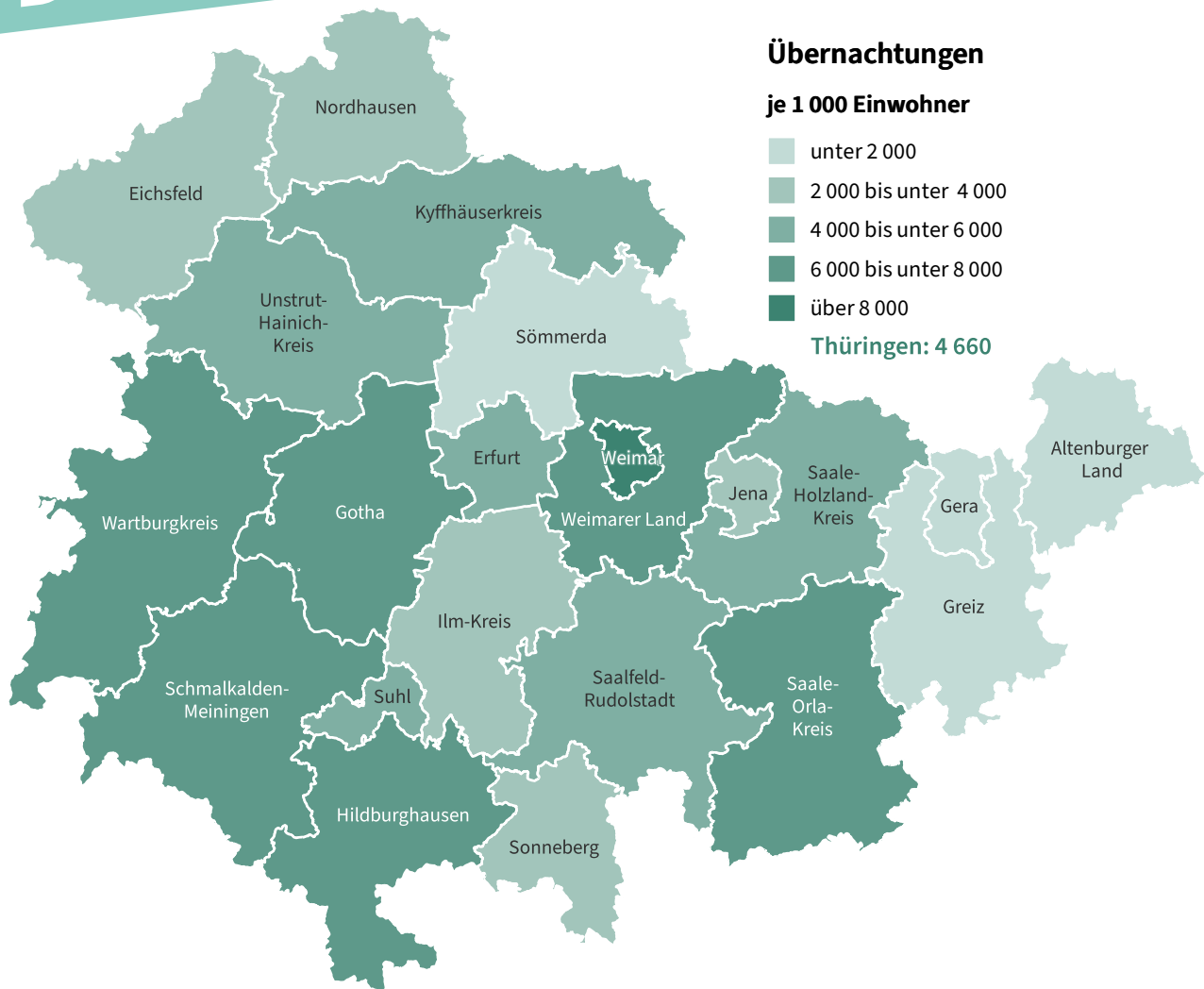
107
HANDWERKS-
UNTERNEHMEN

157
TÄTIGE PERSONEN

42 943
EURO UMSATZ JE
TÄTIGE PERSON

* Bezeichnung des Gewerbezeigs
Quelle: Handwerkszählung 2021

KARTE DES MONATS



Tourismusintensität in den Thüringer Kreisen 2023

Im Jahr 2023 wurden in den Thüringer Beherbergungsbetrieben mit 10 und mehr Betten (einschließlich Campingplätze) insgesamt 9,9 Millionen Übernachtungen gezählt und damit 8,8 Prozent mehr als im Vorjahr. Die Verweildauer lag dabei pro Gast im Jahr 2023 mit durchschnittlich 2,6 Tagen geringfügig unter dem Niveau des Jahres 2022 (2,7 Tage).

Die Beherbergungsbetriebe in Thüringen haben sich im Jahr 2023 zwar spürbar von den Coronabedingten Verlusten erholen können, die Ergebnisse vor der Pandemie konnten jedoch noch nicht wieder erreicht werden. So lag die Zahl der Übernachtungen in Thüringen im Jahr 2023 noch mit minus 4,4 Prozent unter den im Jahr 2019 erreichten Werten.

Die Tourismusintensität, d. h. die Zahl der Übernachtungen im Verhältnis zur Bevölkerungszahl, betrug in Thüringen 4660 Übernachtungen je 1000 Einwohner. Die stärkste Tourismusintensität verzeichneten dabei die kreisfreie Stadt Weimar mit 11199 Übernachtungen je 1000 Einwohner und der Wartburgkreis mit 7465 Übernachtungen je 1000 Einwohner. Die geringsten Werte wurden hingegen vom Landkreis Sömmerda mit 1089 Übernachtungen je 1000 Einwohner und der kreisfreien Stadt Gera mit 1495 Übernachtungen je 1000 Einwohner gemeldet.

TROCKENE ZAHL

1528

TONNEN SPARGEL

WURDEN AUF 258 HEKTAR IM FREILAND IM JAHR
2023 IN THÜRINGEN GEERNTET.

(DAS WAREN 121 TONNEN BZW. 7,3 PROZENT WENIGER ALS 2022.)



**Prof. Dr.
Peter M. Huber,
LMU München**

Bundesverfassungsrichter a.D.,
Thüringer Innenminister a.D.

Statistik und Grundgesetz

Anlässlich der Herausgabe der neuen Kommentierung des Bundesstatistikgesetzes, fand am 25. Januar 2024 ein Symposium zu Thema „Zukunft der amtlichen Statistik – Perspektiven des Bundesstatistikgesetzes“ statt. Die Veranstaltung widmete sich dem breiten Spektrum rechtlicher Rahmenbedingungen für amtliche statistische Daten, den Herausforderungen der amtlichen Statistik, Zukunftsperspektiven und auch den Gestaltungsmöglichkeiten. Zunächst wurde die Thematik durch Vorträge von Prof. Dr. Peter Michael Huber und Prof. Dr. Jürgen Kühling näher erörtert. Die anschließende Podiumsdiskussion beleuchtete den Sachverhalt aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln.

Der folgende Artikel bildet den Redebeitrag von Herrn Prof. Dr. Peter Michael Huber – Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Staatsphilosophie an der Universität München und ehemaliger Richter am Bundesverfassungsgericht – ab. In dieser Fachexpertise erörtert Herr Prof. Dr. Huber das Urteil des BVerfG vom 19.9.2018 zum Zensus 2011, welches er am Bundesverfassungsgericht begleitet hat. Er geht explizit auf die Verknüpfungen zum Grundgesetz ein und führt den interessierten Leser, anhand der einschlägigen Literatur, durch den gesamten Prozess.

Inhaltsverzeichnis

- I. Kompetenzordnung
- II. Materielle Vorgaben des Grundgesetzes
 1. Verpflichtung zu realitätsgerechten Einwohnerermittlung
 - a) Die Einwohnerzahl im Grundgesetz
 - b) Realitätsgerechte Ermittlungspflicht
 - c) Gestaltungsspielraum und Prognose
 2. Wesentlichkeitsdoktrin und Art. 80 GG
 - a) Grundlagen der Wesentlichkeitsdoktrin
 - b) Verhältnis von Art. 20 Abs. 1 bis 3 und Art. 80 Abs. 1 GG
 3. Föderative und interkommunale Gleichbehandlung
 - a) Föderative Gleichbehandlung
 - b) Interkommunale Gleichbehandlung
 4. Rechtsschutzmöglichkeiten
 - a) Föderatives Rechtsschutzgebot
 - b) Subjektive Rechtstellungsgarantie
 5. Recht auf informationelle Selbstbestimmung
 - a) Recht auf informationelle Selbstbestimmung als grundrechtliche Folie
 - b) Schranken
 - c) Organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen
 - d) Besondere Anforderungen an die Statistik
 - e) Verhältnismäßigkeit
- III. Bewertung und Ausblick

Die Statistik stand einige Male im Kern von Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts: im Beschluss zum Mikrozensus vom 16. Juli 1969,¹⁾ in der einstweiligen Anordnung über die Aussetzung der Volkszählung 1983 vom 13. April 1983²⁾ und natürlich in dem mittlerweile schon rechtshistorischen Volkszählungsurteil vom 15. Dezember 1983. Zu Recht wurde kurz vor Weihnachten allenthalben daran erinnert, dass mit ihm das „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“ aus der Taufe gehoben wurde.³⁾ Gegenstand der genannten Entscheidungen waren durchwegs die Zumutungen der Statistik für Bürgerinnen und Bürger, Gewerbetreibende etc., ihre Grundrechtsrelevanz und ihre Verhältnismäßigkeit. Die dazu erschienenen verfassungs- und unionsrechtlichen Anmerkungen und Kommentierungen füllen Bibliotheken.

Das Urteil des Zweiten Senats zum Zensus 2011 vom 19. September 2018, in dem ich als Berichterstatter fungieren durfte, gehört hingegen eher zu den „hidden champions“.⁴⁾ Das mediale Echo auf die Entscheidung war gering, die fachliche Rezeption durch die Staatsrechtslehre ist überschaubar. Das mag am Gegenstand liegen, den geringen politischen Auseinandersetzungen oder auch an der weitgehend geräuschlos durchgeführten Durchführung des Zensus 2011. Gegen ihn ließen sich – anders als gegen die Volkszählung 1983 – die Massen nicht mobilisieren.

Wenn Ihr Symposium hier eine Wende markieren würde, wäre das jedenfalls aus wissenschaftlicher Perspektive sehr zu begrüßen. Deshalb sollen die – verallgemeinerungsfähigen – verfassungsrechtlichen Kernaussagen im Folgenden noch einmal in Erinnerung gerufen und ihre Bedeutung bewertet werden.

I. Kompetenzordnung

Nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 11 GG verfügt der Bund über die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz für die Statistik für Bundeszwecke. Das betrifft Vorbereitung und Durchführung eines Zensus und ermächtigt den Bund, entsprechende Gesetze zu erlassen. Statistik im Sinne von Art. 73 Abs. 1 Nr. 11 GG meint dabei die Erhebung, Sammlung, Darstellung und Auswertung von Daten und Fakten im Wege methodischen Vorgehens für staatliche Zwecke.⁵⁾ „Für Bundeszwecke“ erfolgt eine Statistik allerdings nur dann, wenn sie objektiv auch der Erfüllung einer Bundesaufgabe dient.⁶⁾

Eine staatliche Volkszählung durch Auswertung vorhandener Register und ergänzende Individualbefragungen unterfällt diesem Statistikbegriff.⁷⁾ Das folgt zwar noch nicht daraus, dass Art. 1, 3 und 5 Verordnung (EG) Nr. 763/2008⁸⁾ die Mitgliedstaaten alle zehn Jahre zur Übermittlung bestimmter Bevölkerungsdaten an die Europäische Kommission verpflichten, weil insoweit der Grundsatz der institutionellen und verfahrensmäßigen Autonomie der Mitgliedstaaten gilt.⁹⁾ Die auf der Grundlage des Zensus 2011 erhobenen und ermittelten Daten dienen jedoch dadurch der Erfüllung von Aufgaben des Bundes, dass sie Informationen über die Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Gemeinden und damit die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland sowie über weitere Strukturdaten auf den Gebieten Bevölkerung, Wirtschaft, Soziales, Wohnungswesen, Raumordnung, Verkehr, Umwelt und Arbeitsmarkt liefern. Auf ihrer Grundlage werden politische Entscheidungen des Bundes, die an bestehende Entwicklungen auf diesen Gebieten anknüpfen und insoweit steuernd eingreifen wollen, überhaupt erst möglich.

10) Vgl. BVerfGE 65, 1 <39> - Volkszählung.

11) Vgl. Heintzen, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 73 Rn. 123)

12) Vgl. etwa Lenk/Hesse/Lück, Synoptische Darstellung der kommunalen Finanzausgleichssysteme der Länder aus finanzwissenschaftlicher Perspektive, Studie im Auftrag des Landesrechnungshofs Mecklenburg-Vorpommern, August 2013, S. 61.

13) Vgl. Uhle, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 70 Rn. 109 <Oktober 2008>.

14) Vgl. etwa Bayerisches Statistikgesetz <BayStatG> vom 10. August 1990, GVBl 1990, S. 270; Thüringer Statistikgesetz (ThürStatG) vom 21. Juli 1992 (GVBl. S. 368).

15) GVBl 1999, S. 415.

16) Vgl. Bauer, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 51 Rn. 20 f.; Koriöth, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 51 Rn. 16.

17) Durch Art. 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes vom 13. Juli 2017, BGBl I S. 2347.

18) Vgl. BVerfGE 86, 148 <236 f.>; 101, 158 <230>.

19) Vgl. Siekmann, in: Sachs, GG, 8. Aufl. 2018, Art. 107 Rn. 14 f.

20) Vgl. BVerfGE 72, 330 <384 f.>; 101, 158 <221>; 116, 327 <379>.

Dass die im Rahmen eines Zensus gewonnenen Informationen auch für Planungsprozesse und politische Entscheidungen der Länder und Kommunen herangezogen werden, steht der Einordnung als Statistik für Bundeszwecke nicht entgegen. In Programmen für Bundesstatistiken kann auch statistischen Bedürfnissen der Länder Rechnung getragen werden, da sich Gesetzes-, Verwaltungs- und Planungszuständigkeiten von Bund und Ländern vielfältig überschneiden¹⁰⁾ und eine Trennung der objektiven Statistikzwecke insoweit nicht praktikabel ist.¹¹⁾

Die Praxis ist freilich dadurch gekennzeichnet, dass die Länder wegen des hohen Aufwandes und der fachlichen und grundrechtlichen Hürden auch für ihre eigenen Angelegenheiten auf die vom Bund ermittelten Daten zurückgreifen.¹²⁾ Die Länder besitzen nach Art. 70 i. V. m. Art. 30 GG jedoch die Kompetenz zur Regelung und Durchführung statistischer Erhebungen für ihre eigenen Zwecke.¹³⁾ Sie haben davon durch den Erlass eigener Statistikgesetze Gebrauch gemacht.¹⁴⁾ Insoweit sind sie nicht an die in einer „Statistik für Bundeszwecke“ erhobenen Daten gebunden, sondern können durchaus eigene, auch themengleiche Statistiken erstellen und verwenden. So hebt etwa § 29 Abs. 1 LFAG RP¹⁵⁾ auf nach melderechtlichen Vorschriften ermittelte Einwohnerzahlen ab und gibt damit dem zentralen Melderegister des Landes den Vorzug gegenüber der Bevölkerungsfortschreibung nach bundesrechtlichen Regeln.

II. Materielle Vorgaben des Grundgesetzes

In materiell-rechtlicher Hinsicht hat das Urteil vor allem fünf Maßstäbe für die Beurteilung eines Zensus ausgemacht: eine Verpflichtung zur realitätsgerechten Ermittlung der Einwohnerzahlen (1.), das Demokratie- und Rechtsstaatsgebot sowie Art. 80 Abs. 1 GG (2.), das föderative und das interkommunale Gleichbehandlungsgebot (3.), die Gewährung von Rechtsschutz zugunsten von Ländern und Gemeinden (4.) sowie das Recht auf informationelle Selbstbestimmung (5.).

1. Verpflichtung zu realitätsgerechten Einwohnerermittlung

a) Die Einwohnerzahl im Grundgesetz

Das Grundgesetz misst der Einwohnerzahl für die Stimmenanzahl der Länder im Bundesrat, ihre Stellung im Bund-Länder-Finanzausgleich sowie die Anforderungen, unter denen sie einer Neugliederung unterzogen werden können, spezifische Bedeutung zu.

aa) Nach Art. 51 Abs. 2 GG haben die Länder mindestens drei Stimmen im Bundesrat, Länder mit mehr als zwei Millionen Einwohnern vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf und Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen. Damit bringt die Verfassung zum Ausdruck, dass sich das Stimmgewicht der Länder – anders als etwa im Senat der USA – sehr grob, aber immerhin an der Bevölkerungszahl orientiert. Nach § 27 GeschO-BR sind der Bemessung der Stimmenzahl die Ergebnisse der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung zugrunde zu legen sind, sofern nicht Ergebnisse einer amtlichen Volkszählung vorliegen.

Gemäß § 5 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes über die Statistik der Bevölkerungsbewegung und die Fortschreibung des Bevölkerungsstandes (Bevölkerungstatistikgesetz – BevStatG) ist der jeweils letzte Zensus auch Grundlage der Fortschreibung. Da schon eine geringfügige Verschiebung der Einwohnerzahlen Auswirkungen auf die Stimmenzahl eines Landes im Bundesrat haben kann, lässt sich aus der Abstufung der Länder nach ihrer Größe in Art. 51 Abs. 2 GG¹⁶⁾ die verfassungsrechtliche Notwendigkeit einer den tatsächlichen Verhältnissen angenäherten Bestimmung der Einwohnerzahlen der Länder ableiten.

bb) Auch die Finanzverfassung setzt ersichtlich realitätsnahe Einwohnerzahlen voraus,¹⁷⁾ nicht nur, weil die Zugrundelegung der Finanzkraft pro Einwohner dem Gebot der föderativen Gleichbehandlung entspricht.¹⁸⁾ Konkret spielt die Einwohnerzahl von Ländern und Gemeinden an mehreren Stellen des Bund-Länder-Finanzausgleichs eine Rolle:

- So wird der Anteil am Aufkommen der Umsatzsteuer den Ländern nach Maßgabe der Einwohnerzahl zugeteilt (Art. 107 Abs. 1 Satz 4 GG). Damit soll durch typisierende Anknüpfung an einen Durchschnittskonsum¹⁹⁾ dem Grundsatz des „örtlichen Aufkommens“ Rechnung getragen und gleichzeitig ein Bedarfelement in die Verteilung eingeführt werden.²⁰⁾

1) BVerfGE 27, 1 ff. – Mikrozensus.

2) BVerfGE 64, 67 ff. – eA VZG 1983.

3) BVerfGE 65, 1 ff. – Volkszählungsurteil.

4) BVerfGE 150, 1 ff. – Zensus 2011.

5) Vgl. Kunig, in: v. Münch/Kunig, GG, Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 73 Rn. 47; Wittreck, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 73 Rn. 79; Heintzen, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 73 Rn. 121.

6) Vgl. BVerfGE 8, 104 <119>; 65, 1 <39>.

7) Vgl. BVerfGE 65, 1 <39>.

8) Verordnung (EG) Nr. 763/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Juli 2008 über Volks- und Wohnungszählungen (Text von Bedeutung für den EWR).

9) Vgl. dazu EuGH, Urteil vom 7. Januar 2004, Wells, C-201/02, EU:C:2004:12, Rn. 65 ff.; Urteil vom 3. September 2009, Falimento Olimpiclub, C-2/08, EU:C:2009:506, Rn. 24.

- Nach Art. 107 Abs. 2 GG ist der Bundesgesetzgeber verpflichtet, die Voraussetzungen für die Durchführung eines (sekundären horizontalen) Länderfinanzausgleichs zu schaffen, sobald und soweit sich ergibt, dass zwischen der Finanzkraft der Länder unangemessen große Unterschiede bestehen.²¹⁾ Dadurch sollen die Ergebnisse der primären Steuerertragsverteilung zwischen den Ländern korrigiert werden, soweit sie unangemessen erscheinen.²²⁾ Mit der Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe wie „Finanzkraft“, „Finanzbedarf“, „Ausgleich“ und „Angemessenheit“ setzt Art. 107 Abs. 2 GG einen Finanzkraftvergleich zwischen den Ländern voraus, der auch einen Vergleichsmaßstab benötigt. Dass es sich dabei naheliegenderweise um das - gegebenenfalls zu modifizierende - Einwohnerkriterium handelt, entspricht der Staatspraxis seit der Weimarer Reichsverfassung.²³⁾ Dieses Kriterium war dem Verfassungsgeber von 1948/49 ebenso geläufig wie dem verfassungsändernden Gesetzgeber späterer Jahre²⁴⁾ und liegt auch den aktuellen Regelungen des Art. 107 Abs. 2 GG zugrunde.²⁵⁾
- Maßstab für den Ausgleich sind die Einkünfte der Länder pro Kopf und damit mittelbar die jeweilige Einwohnerzahl (§ 6 Abs. 2 Satz 2, § 9 FAG 2001).²⁶⁾ Dadurch wird ein Finanzkraftvergleich zwischen den Ländern möglich, der - ausgehend von der typisierenden, allerdings nicht zwingenden Annahme, dass in ganz Deutschland mit derselben Summe Geldes auch ein einheitliches Niveau öffentlicher Leistungen finanziert werden kann²⁷⁾ - von ländereigenen Prioritäts- oder Dringlichkeitsentscheidungen unabhängig ist und eine allen Ländern gleichermaßen vorgegebene Bezugsgröße für die ihnen zugewiesenen Aufgaben enthält.²⁸⁾
- Auch die für Stadtstaaten und dünn besiedelte Flächenländer vorgesehene Einwohnergewichtung (§ 9 Abs. 2 und 3 FAG 2001) setzt eine hinreichend genaue Ermittlung der Einwohnerzahlen voraus.
- Art. 107 Abs. 2 Sätze 5 und 6 GG ermöglicht schließlich Ergänzungszuweisungen des Bundes für leistungsschwache Länder,²⁹⁾ wofür es ebenfalls auf das Verhältnis von Finanzkraft und Aufgabenlast ankommt.³⁰⁾ Konsequenterweise hat der Gesetzgeber - mit Nuancen im Detail - die Einwohnerzahl der Länder durchwegs maßgeblich berücksichtigt: In §§ 10 f. MaßStG und § 11 FAG knüpft er jeweils an die unterdurchschnittliche Finanzkraft als Voraussetzung für Bundesergänzungszuweisungen an und nimmt die Einwohnerzahl damit mittelbar in Bezug. Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für Kosten politischer Führung kommen nach § 12 MaßStG ebenfalls nur in Betracht, wenn ein Land im Hinblick auf seine Einwohnerzahl mit solchen Kosten überproportional belastet ist.
- Die Einwohnerzahl spielt schließlich eine Rolle, soweit es um die Verteilung der Lasten aus unionsrechtlichen Sanktionen wegen Verstoßes gegen die Anforderungen an die Haushaltsdisziplin geht. Art. 109 Abs. 5 Satz 2 1. HS GG legt insoweit fest, dass die Ländergesamtheit solidarisch 35 vom Hundert der auf die Länder entfallenden Lasten entsprechend ihrer Einwohnerzahl trägt.
- cc) Im Hinblick auf Neugliederungen des Bundesgebiets knüpft auch Art. 29 Abs. 4 und Abs. 7 Satz 1 GG an die Einwohnerzahl der betroffenen Gebiete an und bestimmt sie zu einer Voraussetzung für die Neugliederung. Die Grenze von einer Million Einwohnern in Art. 29 Abs. 4 GG beschränkt dabei die Möglichkeit eines Volksbegehrens auf Verflechtungsräume mit einem Mindestmaß an Bedeutung,³¹⁾ während die 50.000-Einwohner-Grenze in Art. 29 Abs. 7 Satz 1 GG eine Art Geringfügigkeitsschwelle³²⁾ normiert. Dass die dabei verwendeten Zahlen hinreichend genau ermittelt sind, setzt das Grundgesetz voraus, ebenso der einfache Gesetzgeber aus, der in § 18 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksentscheid, Volksbegehren und Volksbefragung nach Art. 29 Abs. 6 GG³³⁾ umstandslos an die grundgesetzlich vorgegebene Zahl von einer Million Einwohnern anknüpft.³⁴⁾

35) Vgl. insbesondere die Ausführungen des Präsidenten der Schweizerischen Bundesstatistikkommission in der Anhörung im Gesetzgebungsverfahren zum Zensusvorbereitungsgesetz (vgl. BT(A)Drucks 16(4)255 F, S. 4 ff.)

36) Vgl. BVerfGE 77, 170 <215>; 88, 203 <262>; 90, 145 <173>.

37) Vgl. BVerfGE 50, 290 <332 f.>, m.w.N.; 123, 186 <241>.

38) Vgl. BVerfGE 122, 1 <34>.

39) Vgl. etwa Scholz, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 29 Rn. 77 <Mai 2016>.

40) Übersicht etwa in BT(A)Drucks 16(4)255 F, S. 1 f.

b) Realitätsgerechte Ermittlungspflicht

Soweit Regelungen der Verfassung unmittelbar oder mittelbar an die Einwohnerzahlen anknüpfen, implizieren sie die Verpflichtung des Bundes, für die Bereitstellung eines geeigneten und realitätsgerechten Zahlenmaterials zu sorgen. Aus der Gesamtschau der verfassungsrechtlichen Anknüpfungen folgt daher grundsätzlich ein Verfassungsauftrag an den Bund, die insoweit erforderlichen Einwohnerzahlen der Länder zu ermitteln. Auch wenn eine ausdrückliche Regelung fehlt, die den Bund - wie Art. 1 Sec. 3 Satz 2 US-Verfassung - zu Volkszählungen oder einer realitätsnahen Ermittlung der Einwohnerzahlen der Länder verpflichtete, so setzen die verfassungsunmittelbaren Anknüpfungen an die Einwohnerzahl doch eine entsprechende Verpflichtung des Bundesgesetzgebers voraus.

Der Gesetzgeber muss deshalb insbesondere die für die Ermittlung der Einwohnerzahl erforderlichen Grundlagen schaffen, ohne die eine realitätsnahe Ermittlung schon angesichts des Eingriffscharakters der Erhebung und der mangelnden Freiwilligkeit eines Teils der Bevölkerung aussichtslos erscheint. In der Sache erfordert dies ein den Zwecken der verfassungsrechtlichen Anknüpfungen genügendes Ermittlungsverfahren sowie die Sicherstellung einer ordnungsgemäßen Durchführung.

Die Ermittlung der „wahren“ oder „richtigen“ Einwohnerzahl fordert die Verfassung dagegen schon deshalb nicht, weil nach einhelliger Auffassung der insoweit maßgeblichen statistischen Wissenschaft kein praktisch durchführbares Verfahren die Gewähr hierfür bieten kann.³⁵⁾ Alle insoweit denkbaren Verfahren sind mit Unsicherheiten und Ungenauigkeiten behaftet und fehleranfällig. Vor diesem Hintergrund kann es allein um das zur Erfüllung der verfassungsrechtlichen Zwecke notwendige Maß an Genauigkeit gehen, so dass sich die Pflicht des Gesetzgebers darauf beschränkt, die für ein zur Ermittlung realitätsgerechter Einwohnerzahlen geeignetes Verfahren erforderlichen Regelungen zu erlassen.

Der Bund trägt dabei eine Mitverantwortung dafür, dass das von ihm vorgesehene Verfahren zur Ermittlung der Einwohnerzahl der Länder ordnungsgemäß durchgeführt wird. Dazu steht der Bundesregierung gegebenenfalls auch das Instrumentarium des Art. 84 Abs. 2 bis 5 GG zur Verfügung.

c) Gestaltungsspielraum und Prognose

Bei der Ausgestaltung des Erhebungsverfahrens verfügt der Gesetzgeber über einen Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum. Er muss jedoch den an eine gültige Prognose zu stellenden Anforderungen genügen. Weitergehende prozedurale Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren bestehen hingegen nicht.

aa) Die Regelung des Erhebungsverfahrens stellt eine komplexe Abwägungsentscheidung dar. Bei der Beurteilung der Mittel und der Einschätzung der dem Einzelnen oder der Allgemeinheit drohenden Risiken oder Gefahren steht dem Gesetzgeber daher grundsätzlich ein Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum zu, der vom Bundesverfassungsgericht nur begrenzt kontrolliert werden kann.³⁶⁾

Bekanntlich reicht die verfassungsgerichtliche Kontrolldichte – je nach Sachbereich und auf dem Spiele stehenden Rechtsgütern - von einer bloßen Evidenzkontrolle über eine Vertretbarkeitskontrolle bis hin zu einer intensivierten inhaltlichen Kontrolle.³⁷⁾ Je höher sich die Komplexität einer Materie dabei ausnimmt, desto größer ist der Einschätzungs- und Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers.³⁸⁾

Das gilt gerade auch für die Regelung statistischer Fragen. Bei der Ausgestaltung eines Zensus hat der Gesetzgeber vielfältige Zielkonflikte zu lösen, etwa zwischen dem verfassungskräftigen Anspruch der Länder auf eine realitätsgerechte Einwohnerermittlung, dem durch Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG geschützten Recht der Auskunftspflichteten auf informationelle Selbstbestimmung, dem Wirtschaftlichkeitsgebot und dem Zeitbedarf. Schon den Begriffen des Einwohners und der Einwohnerzahl eignet eine gewisse Unschärfe und Konkretisierungsbedürftigkeit.³⁹⁾ Zudem ist, wie Art. 4 Abs. 1 Verordnung (EG) Nr. 763/2008 und die in anderen Staaten angewandten Verfahren der Volkszählung⁴⁰⁾ zeigen, eine Vielzahl von methodischen Herangehensweisen denkbar.

bb) Dabei dürften die Auswirkungen einer einzelnen Festlegung auf das Gesamtergebnis nicht ohne Weiteres voraussehbar sein. So kann etwa eine Erhöhung der Zahl der Befragungen zwar die Genauigkeit der Stichprobe verbessern; sie erhöht jedoch auch das Risiko von Befragungsfehlern. Ähnlich ambiva-

- 21) Vgl. Heun/Thiele, in: Dreier, GG, Bd. 3, 3. Aufl. 2018, Art. 107 Rn. 23.
- 22) Vgl. BVerfGE 72, 330 <386 f.>; 86, 148 <214>; 101, 158 <221>; 116, 327 <380>.
- 23) Vgl. Brecht, Internationaler Vergleich der öffentlichen Ausgaben, 1932, S. 6 ff.; Bühler, in: Anschütz/Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Bd. 1, 1930, S. 335 ff.; Popitz, Der künftige Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, 1932, S. 262 ff.; sowie Hidien, Der bundesstaatliche Finanzausgleich in Deutschland, 1999, S. 245 f.; Pagenkopf, Der Finanzausgleich im Bundesstaat, 1981, S. 115 f., 120.
- 24) Vgl. etwa BDrucks II/480, Tz. 130 ff., 146.
- 25) Vgl. BVerfGE 72, 330 <400 f.>; 86, 148 <239>; 101, 158 <223, 228 f.>; vgl. Koriath, Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, 1997, S. 578 f.; Heun/Thiele, in: Dreier, GG, Bd. 3, 3. Aufl. 2018, Art. 107 Rn. 36.
- 26) Vgl. BVerfGE 72, 330 <400 f.>; 86, 148 <238 f.>; 101, 158 <223>.
- 27) Vgl. Koriath, Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern, 1997, S. 579.
- 28) Vgl. BVerfGE 72, 330 <400 ff.>; 86, 148 <239>; 101, 158 <223, 228 f.>.
- 29) Vgl. BVerfGE 101, 158 <232>.
- 30) Vgl. BVerfGE 72, 330 <402 f.>; 101, 158 <224>; 116, 327 <380, 384>.
- 31) Vgl. Scholz, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 29 Rn. 77 <Mai 2016>; vgl. auch den Ablehnungsbescheid des Bundesministers des Innern vom 16. März 1994 - VI 1-110 920/15 - im Verfahren 2 BvP 1/94, wiedergegeben in BVerfGE 96, 139 <143>.
- 32) Vgl. Dietlein, in: Bonner Kommentar, Bd. 9, Art. 29 Rn. 79, Fn. 309 <März 2002>; Wollenschläger, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 29 Rn. 33.
- 33) BGBl I 1979 S. 1317.
- 34) Mit Blick auf § 1 des Gesetzes über das Verfahren bei sonstigen Änderungen des Gebietsbestandes der Länder nach Artikel 29 Abs. 7 des Grundgesetzes <G Artikel 29 Abs. 7> hat der Gesetzgeber eine Anpassung an die 1994 vorgenommene Verfassungsänderung hingegen bislang nicht vorgenommen.

lent wirkt die zeitliche Planung und Durchführung der Erhebung. Die Entscheidung des Gesetzgebers für ein registriertes Zensusverfahren besitzt im Hinblick auf die unterschiedlichen Parameter der Durchführung (Registerqualität, Verwaltungskapazität der Behörden, Kooperationsbereitschaft der Bevölkerung etc.) sowie die erforderliche Beurteilung fachbehördlicher und -wissenschaftlicher Erkenntnisse und Empfehlungen somit auch einen prognostischen Charakter.

Den damit verbundenen Anforderungen genügt der Gesetzgeber, wenn er die ihm zugänglichen Erkenntnisquellen ausschöpft, um die voraussichtlichen Auswirkungen seiner Regelung so zuverlässig wie möglich abschätzen zu können.⁴¹⁾ Dies setzt eine Einbeziehung und Auswertung sachverständiger Einschätzungen voraus. Äußere oder vom Gesetzgeber zu vertretende Umstände wie Zeitnot oder unzureichende Sachverhaltsermittlung sind grundsätzlich nicht geeignet, den Prognosespielraum zu erweitern.⁴²⁾

Ob der gesetzgeberischen Entscheidung eine „gültige“ Prognose zugrunde liegt, ist grundsätzlich aus einer ex-ante-Perspektive zu beurteilen. Die Prognose wird nicht dadurch ungültig und verfassungswidrig, dass sie sich im Nachhinein als falsch erweist.⁴³⁾ Gerade in komplexen Sachgebieten darf der Gesetzgeber auch neue Konzepte praktisch erproben und Erfahrungen sammeln.⁴⁴⁾ Ein grob unzutreffendes Ergebnis kann allerdings ein Indiz für die „Ungültigkeit“ einer Prognose sein.⁴⁵⁾

Kehrseite des Prognosespielraums ist eine mögliche Nachbesserungspflicht.⁴⁶⁾ Der der Gesetzgeber muss die weitere Entwicklung auch nach dem Erlass einer Regelung beobachten, erlassene Normen überprüfen und gegebenenfalls revidieren, falls sich herausstellt, dass die ihnen zugrunde liegenden Annahmen fehlerhaft waren oder nicht mehr zutreffen.⁴⁷⁾ Der Kenntnisnahme entsprechender Umstände darf er sich nicht verschließen. Im Gesetzesvollzug nachträglich erkennbar gewordene Zweifel an der Eignung eines Verfahrens können deshalb für die Zukunft etwa Vorkehrungen in Gestalt einer wissenschaftlichen Begleitung oder Evaluationen des Gesetzesvollzugs erforderlich machen und im schlimmsten Fall nachträglich sogar zur Verfassungswidrigkeit eines Gesetzes führen.⁴⁸⁾ Nachbesserungspflichten

scheiden allerdings grundsätzlich dort aus, wo sich gesetzliche Regelungen in einem einmaligen Vollzug erschöpfen, auch wenn sie in den Ergebnissen ihres Vollzugs fortwirken. Stellt sich bei einer solchen Regelung die Fehlerhaftigkeit der Prognose heraus, so können Beobachtungspflichten des Gesetzgebers regelmäßig nur für die Ausgestaltung von Nachfolgeregelungen Bedeutung erlangen und für die Gültigkeit der Prognose, auf der diese beruhen.

cc) Besondere prozedurale Anforderungen an das Gesetzgebungsverfahren oder entsprechende Begründungslasten des Gesetzgebers bestehen im vorliegenden Zusammenhang dagegen nicht. Soweit die Rechtsprechung im Bereich des Finanzausgleichs,⁴⁹⁾ von Neugliederungsmaßnahmen,⁵⁰⁾ Vorhabengesetzen,⁵¹⁾ bei der Bezifferung grundrechtlich gewährleisteter Leistungsansprüche⁵²⁾ oder in Besoldungsfragen⁵³⁾ solche Begründungsanforderungen an das Gesetzgebungsverfahren gestellt hat, betraf dies typischerweise die gesetzliche Ausgestaltung in der Verfassung selbst angelegter (Leistungs-)Rechte, die ohne entsprechende Anforderungen an Ermittlung und Begründung der Regelung und ihrer Ableitung leerzulaufen drohen. Das ist beim Zensus nicht der Fall. Hier werden weder unbestimmte Verfassungsbegriffe in Zahlen oder Werte „übersetzt“ noch materiell exekutivische Planungsentscheidungen getroffen.

2. Wesentlichkeitsdoktrin und Art. 80 GG

Demokratie- (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) und Rechtsstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) gebieten, dass der Gesetzgeber die wesentlichen Fragen selbst regelt. Für eine Delegation auf den Ordnungsgeber sind die damit verbundenen Bestimmtheitsanforderungen in Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG ausdrücklich normiert. Art. 80 GG enthält zudem weitere Anforderungen an eine abgeleitete Rechtsetzung.

a) Grundlagen der Wesentlichkeitsdoktrin

In der Ordnung des Grundgesetzes trifft das vom Volk gewählte Parlament die grundlegenden Entscheidungen. In ständiger Rechtsprechung hat das Bundesverfassungsgericht daher aus grundrechtlichen Gesetzesvorbehalten und dem Rechtsstaats-

- 54) Vgl. BVerfGE 49, 89 <126>; 77, 170 <230 f.>; 98, 218 <251>; 136, 69 <114 Rn. 102>.
- 55) Vgl. BVerfGE 45, 400 <417 f.>; 47, 46 <78 ff.>; 48, 210 <221>; 49, 89 <126 f.>; 58, 257 <269 ff.>; 61, 260 <275>; 83, 130 <142, 151 f.>; 101, 1 <34>; 108, 282 <311>; 136, 69 <114 Rn. 102>; 139, 19 <45 Rn. 52>.
- 56) Vgl. BVerfGE 139, 19 <46 Rn. 53> - Einstellungshöchstaltergrenzen.
- 57) Vgl. BVerfGE 40, 237 <248 ff.>; 49, 89 <127>; 95, 267 <307 f.>; 98, 218 <251>; 136, 69 <114 Rn. 102>; 139, 19 <45 Rn. 52>.
- 58) Vgl. BVerfGE 47, 46 <79>; 98, 218 <251>; 139, 19 <45 Rn. 52>.
- 59) Vgl. BVerfGE 6, 32 <42>; 20, 150 <157 f.>; 80, 137 <161>; 83, 130 <142>; 108, 282 <311>; 139, 19 <46 Rn. 53>.
- 60) Vgl. BVerfGE 49, 89 <126>; 98, 218 <251>; 139, 19 <45 f. Rn. 52>.
- 61) Vgl. Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 37.
- 62) Vgl. BVerfGE 136, 69 <113 ff. Rn. 102 ff.>; sowie insbesondere für den Anwendungsbereich von Art. 103 Abs. 2 GG vgl. BVerfGE 143, 38 <57 f. Rn. 47>.
- 63) Vgl. BVerfGE 34, 165 <192 f.>; 49, 89 <127>; 83, 130 <142>; 101, 1 <34>; 139, 19 <47 Rn. 54>.
- 64) Vgl. BVerfGE 83, 130 <152>; 101, 1 <34>; 123, 39 <78>.
- 65) Vgl. BVerfGE 110, 33 <52 ff.>; 113, 348 <375 ff.>; 120, 378 <407 f.>; 133, 277 <336 Rn. 140>; 141, 220 <265 Rn. 94>; 145, 20 <69 Rn. 125>.
- 66) Vgl. BVerfGE 28, 175 <183>; 131, 268 <307>; 134, 33 <81 f. Rn. 112>; 143, 38 <55 Rn. 41>.
- 67) Vgl. BVerfGE 86, 288 <311>; 93, 213 <238>; 102, 254 <337>; 131, 88 <123>; 133, 277 <336 f. Rn. 140>; 145, 20 <69 Rn. 125>.
- 68) Vgl. BVerfGE 128, 282 <317 f.>.
- 69) Vgl. BVerfGE 68, 1 <86 f.>; 98, 218 <251 f.>; 139, 19 <46 Rn. 53>.
- 70) Vgl. BVerfGE 79, 106 <120>.

- 41) Vgl. BVerfGE 50, 290 <333 f.>; 57, 139 <160>; 65, 1 <55>.
- 42) Vgl. BVerfGE 71, 364 <392>; 106, 62 <151>.
- 43) Vgl. BVerfGE 25, 1 <12 f.>.
- 44) Vgl. BVerfGE 78, 249 <288>; 85, 80 <92>; 89, 365 <379>; 113, 167 <234>.
- 45) Vgl. BVerfGE 119, 181 <236 f.>.
- 46) Vgl. BVerfGE 57, 139 <162>; 89, 365 <378 ff.>; 113, 167 <234>.
- 47) Vgl. BVerfGE 56, 54 <79>; 65, 1 <56>; 88, 203 <309 f.>; 95, 267 <313>; 107, 266 <296>; 111, 333 <360>; 132, 334 <358 Rn. 67>; 143, 216 <244 Rn. 71> - Nachbesserungspflicht TKG; stRspr.
- 48) Spektakulär BVerfGE 143, 216 ff. - Nachbesserungspflicht TKG.
- 49) Vgl. BVerfGE 72, 330 <403 ff.>; StGH BW, Urteil vom 10. Mai 1999 - 2/97 -, DVBl 1999, S. 1351 <1357 f.>; BayVerfGH, Entscheidung vom 28. November 2007 - Vf. 15-VII-05 -, BayVBl 2008, S. 172 <176 ff.>; BrbVerfG, Urteil vom 18. Dezember 1997 - VfGBbg 47/96 -, LKV 1998, S. 195 <196 f.>; HessStGH, Urteil vom 21. Mai 2013 - P.St. 2361 -, NVwZ 2013, S. 1151 <1153>; NdsStGH, Beschluss vom 15. August 1995 - StGH 2/93 u.a. -, NVwZ 1996, S. 585 <587 f.>; NdsStGH, Urteil vom 25. November 1997 - StGH 14/95 u.a. -, NVwZ-RR 1998, S. 529 <530 f.>; VerfGH NRW, Urteil vom 10. Mai 2016 - VerfGH 24/13 -, juris, Rn. 44 ff.; RhPfVerfGH, Urteil vom 14. Februar 2012 - VGH N 3/11 -, NVwZ 2012, S. 1034 <1036 f.>; LVerfG SH, Urteil vom 27. Januar 2017 - LVerfG 4/15 -, juris, Rn. 94 ff.; ThürVerfGH, Urteil vom 21. Juni 2005 - 28/03 -, NVwZ-RR 2005, S. 665 <671>.
- 50) Vgl. BVerfGE 86, 90 <108 ff.>; RhPfVerfGH, Urteil vom 18. März 2016 - VGH N 9/14 -, juris, Rn. 109; SächsVerfGH, Urteil vom 25. November 2005 - Vf. 119-VIII-04 -, LKV 2006, S. 169 <169 f.>; ThürVerfGH, Urteil vom 18. Dezember 1996 - 2/95 -, NVwZ-RR 1997, S. 639 <644 f.>.
- 51) Vgl. BVerfGE 95, 1 <22 f.> - Südumfahrung Stendal.
- 52) Vgl. BVerfGE 125, 175 <226>; 137, 34 <75>; vgl. StGH BW, Urteil vom 6. Juli 2015 - 1 VB 130/13 -, juris, Rn. 130 f.
- 53) Vgl. BVerfGE 130, 263 <300 ff.>; 139, 64 <126 f. Rn. 129 f.>; 140, 240 <296 Rn. 112 f.>; 145, 1 <13 Rn. 28 f.>; 145, 304 <326 Rn. 68>.

prinzip (Art. 20 Abs. 3 GG) einerseits sowie dem Demokratieprinzip und der Volkssouveränität (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) andererseits die Verpflichtung des Gesetzgebers abgeleitet, in allen grundlegenden normativen Bereichen die wesentlichen Entscheidungen selbst zu treffen.⁵⁴⁾

aa) Die Entscheidung wesentlicher Fragen ist vor diesem Hintergrund Sache des parlamentarischen Gesetzgebers.⁵⁵⁾ Damit soll gewährleistet werden, dass Entscheidungen von besonderer Tragweite aus einem Verfahren hervorgehen, das der Öffentlichkeit Gelegenheit bietet, ihre Auffassungen auszubilden und zu vertreten, und das die Volksvertretung dazu anhält, Notwendigkeit und Ausmaß von Grundrechtseingriffen in öffentlicher Debatte zu klären. Geboten ist ein Verfahren, das sich durch Transparenz auszeichnet und das die Beteiligung der parlamentarischen Opposition gewährleistet.⁵⁶⁾

Wann und inwieweit es einer Regelung durch den Gesetzgeber bedarf, lässt sich nur mit Blick auf den jeweiligen Sachbereich und auf die Eigenart des betroffenen Regelungsgegenstandes bestimmen. Verfassungsrechtliche Anhaltspunkte sind dabei die tragenden Prinzipien des Grundgesetzes, insbesondere Art. 20 Abs. 1 bis 3 GG und die Grundrechte.⁵⁷⁾

„Wesentlich“ bedeutet danach zum einen „wesentlich für die Verwirklichung der Grundrechte“.⁵⁸⁾ Eine Pflicht des Gesetzgebers, die für den fraglichen Lebensbereich erforderlichen Leitlinien selbst zu bestimmen, kann insbesondere dann bestehen, wenn miteinander konkurrierende Freiheitsrechte aufeinandertreffen, deren Grenzen fließend und nur schwer auszumachen sind. Dies gilt vor allem dann, wenn die betroffenen Grundrechte nach dem Wortlaut der Verfassung vorbehaltlos gewährleistet sind und eine Regelung, welche diesen Lebensbereich ordnen will, damit notwendigerweise ihre verfassungsimmanenten Schranken bestimmen und konkretisieren muss. Hier ist der Gesetzgeber verpflichtet, die Schranken der widerstreitenden Freiheitsgarantien jedenfalls so weit selbst zu bestimmen, wie sie für die Ausübung dieser Freiheitsrechte erforderlich sind.⁵⁹⁾

Der Gesetzgeber ist zum anderen zur Regelung der Fragen verpflichtet, die für Staat und Gesellschaft von erheblicher Bedeutung sind. Die Tatsache, dass eine Frage politisch umstritten ist, führt für

sich genommen allerdings noch nicht dazu, dass die entsprechende Regelung auch als „wesentlich“ verstanden werden müsste;⁶⁰⁾ entscheidend ist die materielle Substanz.

bb) Die Qualifikation einer Regelung als „wesentlich“ hat typischerweise ein Verbot der Normdelegation auf die Exekutive zur Folge und verpflichtet den Gesetzgeber zu einer größeren Regelungsdichte.⁶¹⁾ Damit sind ergänzende Regelungen durch Rechtsverordnung zwar nicht ausgeschlossen; die wesentlichen Entscheidungen müssen jedoch in einem formellen Gesetz enthalten sein.⁶²⁾

Die Wesentlichkeitsdoktrin enthält insoweit auch Vorgaben für die Frage, in welchem Umfang⁶³⁾ und mit welcher Bestimmtheit der Gesetzgeber selbst tätig werden muss.⁶⁴⁾ Das Bestimmtheitsgebot stellt sicher, dass Regierung und Verwaltung im Gesetz steuernde und begrenzende Handlungsmaßstäbe vorfinden und dass die Gerichte eine wirksame Rechtskontrolle durchführen können. Bestimmtheit und Klarheit der Norm erlauben es ferner, dass betroffene Bürgerinnen und Bürger sich auf mögliche belastende Maßnahmen einstellen können.⁶⁵⁾ Der Grad der verfassungsrechtlich gebotenen Bestimmtheit hängt dabei von den Besonderheiten des in Rede stehenden Sachbereichs und von den Umständen ab, die zu der gesetzlichen Regelung geführt haben.⁶⁶⁾ Dabei sind die Bedeutung des Regelungsgegenstandes und die Intensität der durch die Regelung oder aufgrund der Regelung erfolgenden Grundrechtseingriffe ebenso zu berücksichtigen⁶⁷⁾ wie der Kreis der Anwender und Betroffenen der Norm⁶⁸⁾ sowie deren Möglichkeiten, sich auf die Norm und ihren Vollzug einstellen zu können

cc) Gleichwohl kennt das Grundgesetz keinen Gewaltenteilmonismus und keinen Totalvorbehalt des Parlaments.⁶⁹⁾ Die in Art. 20 Abs. 2 Satz 2 GG normierte organisatorische und funktionelle Gliederung der Gewalten zielt vielmehr auch darauf ab, dass Entscheidungen möglichst richtig, das heißt von den Organen getroffen werden, die dafür nach ihrer Organisation, Zusammensetzung, Funktion und Verfahrensweise über die besten Voraussetzungen verfügen. Vor diesem Hintergrund kann die Komplexität der zu regelnden Sachverhalte den Umfang der Regelungspflicht des Gesetzgebers auch begrenzen.⁷⁰⁾

b) Verhältnis von Art. 20 Abs. 1 bis 3 und Art. 80 Abs. 1 GG

aa) Mit Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG verwehrt das Grundgesetz dem Parlament - in bewusster Abkehr von der Weimarer Staatspraxis -, sich seiner Verantwortung als gesetzgebende Körperschaft zu entäußern.⁷¹⁾ Wenn es die Exekutive zum Verordnungserlass ermächtigt, soll es die Grenzen der übertragenen Kompetenzen bedenken und diese nach Tendenz und Programm so genau umreißen, dass schon aus der Ermächtigung selbst erkennbar und vorhersehbar ist, was dem Bürger gegenüber zulässig sein soll.⁷²⁾ Das Parlament darf sich nicht durch eine Blankoermächtigung der Exekutive seiner Verantwortung für die Gesetzgebung entledigen und damit selbst entmachten. Es muss - entsprechend dem Grundsatz der Gewaltenteilung - stets Herr der Gesetzgebung bleiben.⁷³⁾

Indem Art. 80 GG die Rückbindung exekutiver Rechtsetzung an die Legislative sichert, stellt er sich der Sache nach als bereichsspezifische Konkretisierung des Rechtsstaats-, Gewaltenteilungs-⁷⁴⁾ und Demokratieprinzips dar.⁷⁵⁾ Da eine „wesentliche“ Entscheidung bekanntlich eine hinreichende Regelungsdichte sowie eine nach Inhalt, Zweck und Ausmaß hinreichend bestimmte Ermächtigung voraussetzt, dürften sich die Anforderungen von Wesentlichkeitsdoktrin und Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG insoweit decken.⁷⁶⁾ Allerdings gilt Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG auch für Entscheidungen, die nicht unter die Wesentlichkeitsdoktrin fallen.⁷⁷⁾

bb) Soweit Gesetze nach Art. 80 Abs. 1 Satz 2 GG Inhalt, Zweck und Ausmaß einer Ermächtigung im Gesetz bestimmen müssen, geht es nicht um isolierte Tatbestandsmerkmale. Inhalt, Zweck und Ausmaß lassen sich nicht strikt voneinander abgrenzen; ihre Gehalte überschneiden sich und sind insgesamt durch eine gewisse Wertungsoffenheit geprägt. Sie ergänzen, durchdringen und erläutern einander und ergeben erst in der Zusammenschau den vollen Sinngehalt der Norm.⁷⁸⁾ Sie sind letztlich Ausdruck des Gebots hinreichender Bestimmtheit.⁷⁹⁾

Damit soll unter anderem gewährleistet werden, dass der parlamentarische Gesetzgeber durch die Ermächtigung selbst entscheidet, welche Fragen durch den Ordnungsgeber geregelt werden können oder sollen. Zu diesem Zweck muss er die Grenzen einer Regelung festlegen und angeben, welchem Ziel sie

dienen soll (sog. Selbstentscheidungsvorbehalt). Der Gesetzgeber muss der ermächtigten Stelle darüber hinaus ein „Programm“ an die Hand geben, das mit der Ermächtigung verwirklicht werden soll (sog. Programmfestsetzungspflicht). Schließlich soll bereits aufgrund der Ermächtigung vorhersehbar sein, in welchen Fällen und mit welcher Tendenz von ihr Gebrauch gemacht werden wird und welchen Inhalt die aufgrund der Ermächtigung erlassenen Verordnungen haben können, so dass sich die Normunterworfenen mit ihrem Verhalten darauf einstellen können.⁸⁰⁾

Das Erfordernis der hinreichenden Bestimmtheit verwehrt es dem Gesetzgeber dagegen nicht, in der Ermächtigungsnorm Generalklauseln und unbestimmte Rechtsbegriffe zu verwenden.⁸¹⁾ Es genügt, dass sich die gesetzlichen Vorgaben mit Hilfe allgemeiner Auslegungsregeln erschließen lassen, insbesondere aus dem Zweck, dem Sinnzusammenhang und der Vorgeschichte des Gesetzes.⁸²⁾ Inhalt, Zweck und Ausmaß einer gesetzlichen Ermächtigung können schließlich auch eine Bezugnahme auf Rechtsakte außerhalb der eigentlichen Verordnungsermächtigung, insbesondere mit Hilfe von Verweisungen oder Bezugnahmen bestimmt werden.⁸³⁾

Das konkret erforderliche Maß an Bestimmtheit hängt daneben von der Eigenart des zu regelnden Sachverhalts ab, insbesondere davon, in welchem Umfang dieser einer genaueren begrifflichen Umschreibung überhaupt zugänglich ist.⁸⁴⁾ Ist dies nicht der Fall, so kann es geboten sein, die nähere Ausgestaltung des zu regelnden Sachbereichs dem Ordnungsgeber zu überlassen, der die Regelungen rascher und einfacher auf dem neuesten Stand zu halten vermag als der Gesetzgeber.⁸⁵⁾ Bei vieltätigen, komplexen Lebenssachverhalten oder absehbaren Änderungen der tatsächlichen Verhältnisse sind zudem geringere Anforderungen an die Bestimmtheit zu stellen als bei einfach gelagerten und klar vorhersehbaren Lebenssachverhalten.

Der Gesetzgeber kann Gestaltungsspielräume für die Verwaltung auch mit Blick auf den Vollzug vorsehen, etwa durch die Verwendung unbestimmter Rechtsbegriffe und die Einräumung von Ermessen. Die Ausfüllung unbestimmter Gesetzesbegriffe ist eine herkömmliche und anerkannte Aufgabe der Rechtsanwendungsorgane. Entscheidend ist insoweit, dass sich die betreffenden Normen durch

86) Vgl. BVerfGE 21, 73 <79 f.>; 118, 168 <188>; 120, 274 <316>; 131, 88 <120, 125>; 133, 277 <355 f. Rn. 181>; BVerfG, Beschluss des Ersten Senats vom 7. März 2017 - 1 BvR 1314/12 u.a. -, juris, Rn. 125; stRspr.

87) Vgl. BVerfGE 23, 353 <372>; 86, 148 <251>; 101, 158 <230>.

88) Vgl. BVerfGE 72, 330 <331 f., 404>; 119, 394 <410 f.>; 122, 1 <38>.

89) Vgl. BVerfGE 39, 96 <119 f., 124>; 86, 148 <236 f., 275>.

90) Vgl. BVerfGE 23, 353 <373 f.>; 86, 148 <251>; Grzeszick, in: Maunz/Dürig, GG, Art. 20 Teil 4 Rn. 117 <März 2006>; Isensee, in: Isensee/Kirchhof, HStR VI, 3. Aufl. 2008, § 126 Rn. 140.

91) Vgl. BVerfGE 72, 330 <405 f.>; 101, 158 <225>; 116, 327 <382>; 122, 1 <38>.

92) Vgl. BVerfGE 137, 138 <154 f. Rn. 108> - Optionskommunen.

93) Für den Grundrechtsbereich Peter M. Huber, Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht, 1991, S. 564 ff.

94) Vgl. BVerfGE 137, 108 <156 Rn. 112> - Optionskommunen; Ihno Gebhardt, Das kommunale Selbstverwaltungsrecht, 2007, S. 55 ff.

95) vgl. Josef Isensee, in: Isensee/Kirchhof, HStR VI, 3. Aufl. 2008, § 126 Rn. 136.

96) BVerfGE 21, 362 <369 f.>; 45, 63 <78>; 61, 82 <105>; 129, 108 <118>; vgl. H. Dreier, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 28 Rn. 95; P. M. Huber, in: ders./Voßkuhle, GG I, 8. Aufl. 2024, Art. 19 Abs. 4 Rn. 387.

Auslegung hinreichend konkretisieren lassen und verbleibende Ungewissheiten nicht so weit gehen, dass Vorhersehbarkeit und Justiziabilität des Verwaltungshandelns gefährdet werden.⁸⁶⁾

3. Förderative und interkommunale Gleichbehandlung

Das Bundesstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) und die Garantie der kommunalen Selbstverwaltung (Art. 28 Abs. 2 GG) in Verbindung mit dem Rechtsstaatsgebot (Art. 20 Abs. 3, Art. 28 Abs. 1 Satz 1 GG) verpflichten den Gesetzgeber grundsätzlich zu einer Gleichbehandlung nachgeordneter Hoheitsträger.⁸⁷⁾ Für den Bund gilt in Bezug auf die Länder insoweit ein föderatives, für Bund und Länder hinsichtlich der Kommunen ein interkommunales Gleichbehandlungsgebot.

a) Förderative Gleichbehandlung

Das Gebot föderativer Gleichbehandlung ist in der Ordnung des Grundgesetzes anerkannt.⁸⁸⁾ In dieser besitzen die Länder zwar Staatsqualität; sie sind dem Bund jedoch untergeordnet und in die bundesstaatliche Solidargemeinschaft eingebunden. Es ist insoweit auch Aufgabe des Bundes - als Verfassungsgeber, verfassungsändernder oder einfacher Gesetzgeber -, die bundesstaatlichen Rechtsverhältnisse näher auszugestalten.

Das Gebot föderativer Gleichbehandlung lässt eine unterschiedliche Behandlung einzelner Länder nur zu, wenn sie durch Sachgründe gerechtfertigt ist,⁸⁹⁾ also nicht willkürlich erfolgt.⁹⁰⁾ Der Gesetzgeber kann allerdings verpflichtet sein, eine Ungleichbehandlung zu begründen und damit (gerichtlich) kontrollierbar zu machen.⁹¹⁾

b) Interkommunale Gleichbehandlung

Aus Art. 28 Abs. 2 GG folgt hingegen ein an die Gesetzgeber von Bund und Ländern gerichtetes Gebot interkommunaler Gleichbehandlung. Zwar kommt dem Gesetzgeber insofern ein weiter Einschätzungs- und Beurteilungsspielraum zu. Das Gebot der interkommunalen Gleichbehandlung wird jedoch verletzt, wenn für die unterschiedliche Behandlung kein sachlicher Grund ersichtlich ist. Bundes- und Landesgesetzgeber sind daher verpflichtet, Begünstigungen und Vorteile nach einheitlichen, sachlich vertretba-

ren Maßstäben auf die Kommunen zu verteilen; dabei dürfen auch die Modalitäten des Verteilungssystems nicht zu willkürlichen Ergebnissen führen.⁹²⁾

Das Gebot interkommunaler Gleichbehandlung fordert eine gleichmäßige Verteilung knapper Mittel oder Güter zwischen konkurrierenden Kommunen. Materielle Rechte werden dabei typischerweise auf einen Anspruch auf chancengerechte Teilhabe am Verteilungsverfahren reduziert, wobei die sachgerechte, rechtswahrende und faire Ausgestaltung des Verfahrens der Minderung der Eingriffsintensität dient.⁹³⁾ Prozedurale Vorkehrungen sind auch dort erforderlich, wo eine nachgelagerte gerichtliche Kontrolle etwaige Rechtsverletzungen nicht mehr korrigieren kann. Dieser aus der Grundrechtsdogmatik entlehnte Gedanke gilt auch für den Gewährleistungsbereich von Art. 28 Abs. 2 GG.⁹⁴⁾

4. Rechtsschutzmöglichkeiten

Gegen Beeinträchtigungen ihrer Rechtspositionen durch den Bund sind Ländern und Kommunen grundsätzlich Rechtsschutzmöglichkeiten eröffnet. Für den Anspruch auf föderative Gleichbehandlung folgt dies unmittelbar aus Art. 20 Abs. 1 GG, für das Recht der Kommunen auf interkommunale Gleichbehandlung aus der subjektiven Rechtsstellungsgarantie des Art. 28 Abs. 2 GG.

a) Förderatives Rechtsschutzgebot

Soweit das Recht der Länder auf föderative Gleichbehandlung reicht, ist ihm auch ein im Bundesstaatsprinzip (Art. 20 Abs. 1 GG) wurzelnder Anspruch auf (verfassungs-)gerichtliche Durchsetzung eigen. Andernfalls wäre dieses Recht im Streitfall nicht durchsetzbar und insofern nutzlos.⁹⁵⁾ Eines Rückgriffs auf die Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG bedarf es insoweit nicht. Dieses Grundrecht dient der Durchsetzung von Rechten natürlicher und juristischer Personen des Privatrechts und findet auf Gebietskörperschaften und deren Organe grundsätzlich keine Anwendung.⁹⁶⁾

b) Subjektive Rechtsstellungsgarantie

Den Kommunen garantiert Art. 28 Abs. 2 Satz 1 GG unter anderem das Recht, Eingriffe in den Gewährleistungsbereich von Art. 28 Abs. 2 GG mit Hilfe

71) Vgl. BVerfGE 1, 14 <59 f.>; stRspr.

72) Vgl. BVerfGE 1, 14 <60>; 23, 62 <73>; 34, 52 <60>; 41, 251 <265 f.>; 55, 207 <226>; 58, 257 <277>; 78, 249 <272>; 113, 167 <269>; 139, 19 <47 Rn. 55>; 143, 38 <60 Rn. 54>.

73) Vgl. Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 13, 29.

74) Vgl. BVerfGE 18, 52 <59>; 20, 251 <258>; 34, 52 <60>; 41, 251 <266>; 55, 207 <226>.

75) Vgl. BVerfGE 34, 52 <60>; 41, 251 <266>; 55, 207 <226>; Bauer, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 80 Rn. 14, 32; Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 15; Dreier, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 20 <Demokratie> Rn. 117; Nierhaus, in: Bonner Kommentar, Bd. 12, Art. 80 Abs. 1 Rn. 265 ff. <November 1998>; Wallrabenstein, in: v. Münch/Kunig, GG, Bd. 2, 6. Aufl. 2012, Art. 80 Rn. 4.

76) Vgl. BVerfGE 58, 257 <274, 277>; 83, 130 <151 f.>; 91, 148 <162 ff.>; 101, 1 <33>; 123, 39 <78>.

77) Vgl. Brenner, in: v. Mangoldt/Klein/Starck, GG, Bd. 2, 7. Aufl. 2018, Art. 80 Rn. 38, 41.

78) Vgl. BVerfGE 38, 348 <357 f.>.

79) Vgl. BVerfGE 38, 348 <357>; 55, 207 <226>; 137, 108 <180 Rn. 171>.

80) Sog. Vorhersehbarkeitsgebot, vgl. BVerfGE 1, 14 <60>; 2, 307 <334>; 139, 19 <47 Rn. 55>; stRspr.

81) Vgl. BVerfGE 101, 1 <32>; 106, 1 <19>.

82) Vgl. BVerfGE 8, 274 <307>; 143, 38 <60 Rn. 55>; stRspr.

83) Vgl. BVerfGE 29, 198 <210>; 143, 38 <61 f. Rn. 58>.

84) Vgl. BVerfGE 56, 1 <13>.

85) Vgl. BVerfGE 101, 1 <35>; 143, 38 <60 f. Rn. 57>.

von Unterlassungs-, Beseitigungs- und Teilhabensprüchen durch die Inanspruchnahme gerichtlichen Rechtsschutzes überprüfen und gegebenenfalls untersagen zu lassen (sog. subjektive Rechtsstellungsgarantie).⁹⁷⁾ Das interkommunale Gleichbehandlungsgebot ist Teil der durch Art. 28 Abs. 2 GG gewährleisteten subjektiven Rechtsstellungsgarantie der Kommunen. Gemeinden und Gemeindeverbände können sich deshalb gegenüber dem Staat auf dieses Gebot berufen und seine Verletzung vor dem Bundesverfassungsgericht wie vor den Fachgerichten rügen.⁹⁸⁾

5. Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Bei Datenerhebungen zu statistischen Zwecken sind schließlich die aus dem Recht der betroffenen Bürger auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG) folgenden Maßgaben zu berücksichtigen. Zwar kann dieses Grundrecht im Interesse des Gemeinwohls eingeschränkt werden; dies setzt im Interesse eines effektiven Grundrechtsschutzes jedoch organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen des Gesetzgebers voraus. Für statistische Datenerhebungen ergeben sich insoweit besondere Maßstäbe, zu denen auch die Suche nach grundrechtsschonenderen Alternativen gehört.

a) *Recht auf informationelle Selbstbestimmung als grundrechtliche Folie*

Unter den Bedingungen der modernen Datenverarbeitung setzt die freie Entfaltung der Persönlichkeit den Schutz des Einzelnen gegen eine unbegrenzte Erhebung, Speicherung, Verwendung und Weitergabe seiner persönlichen Daten voraus. Vor diesem Hintergrund gewährleistet Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 1 Abs. 1 GG als Recht auf informationelle Selbstbestimmung das Recht jedes Einzelnen, selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.⁹⁹⁾ Der Schutz dieses Rechts erstreckt sich auf alle Informationen, die etwas über die Bezugsperson aussagen können, und damit auch auf Basisdaten wie Namen und Anschrift.¹⁰⁰⁾

b) *Schranken*

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist jedoch nicht schrankenlos gewährleistet. Jenseits des unantastbaren Kernbereichs privater Lebensgestaltung¹⁰¹⁾ kann es auf der Grundlage eines Gesetzes beschränkt werden, sofern dies im überwiegenden

Allgemeininteresse liegt, sich Voraussetzungen und Umfang der Beschränkungen klar und für den Bürger erkennbar aus dem Gesetz ergeben und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt ist.¹⁰²⁾

c) *Organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen*

Mit Blick auf die besonderen Gefährdungen, die sich durch die Nutzung der automatisierten Datenverarbeitung ergeben, hat der Gesetzgeber darüber hinaus organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, die einer Verletzung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung entgegenwirken.¹⁰³⁾ Wie weit dieses Recht zu solchen Regelungen zwingt, hängt - wie die verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ermächtigungsgrundlage und deren Bestimmtheit¹⁰⁴⁾ - vom Gewicht des Eingriffs ab, das heißt von Art, Umfang und denkbaren Verwendungen der erhobenen Daten, dem Anlass und den Umständen ihrer Erhebung, dem betroffenen Personenkreis sowie der Gefahr des Missbrauchs.¹⁰⁵⁾ Dabei ist zwischen personenbezogenen Daten, die in individualisierter, nicht anonymisierter Form erhoben und verarbeitet werden, und solchen Daten zu unterscheiden, die für statistische Zwecke bestimmt sind und anonym ausgewertet werden.¹⁰⁶⁾ Ebenso ist zu berücksichtigen, dass die Erhebung, Speicherung und Verwendung personenbezogener Daten in der Regel verschiedene, wenn auch aufeinander aufbauende Eingriffe in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung darstellen.¹⁰⁷⁾

Eine angemessene Verfahrensgestaltung erfordert unter anderem, dass bei der Speicherung und Nutzung personenbezogener Daten Transparenz, aufsichtliche Kontrolle und ein effektiver Rechtsschutz sichergestellt werden.¹⁰⁸⁾ Auch ist ein organisatorischer oder verfahrensrechtlicher Schutz gegen Zweckentfremdung durch Weitergabe- und Verwertungsverbote erforderlich.¹⁰⁹⁾ Als weitere Schutzvorkehrungen sind Aufklärungs-, Auskunfts- und Löschungspflichten wesentlich.¹¹⁰⁾ Die erhobenen Daten sind zu löschen, sobald sie für die festgelegten Zwecke oder den gerichtlichen Rechtsschutz der Betroffenen nicht mehr benötigt werden.¹¹¹⁾

d) *Besondere Anforderungen an die Statistik*

Für eine Datenerhebung und -verarbeitung für statistische Zwecke gelten besondere Anforderungen. Da es zum - vom Verfassungsgeber vorausgesetzten - Wesen der Statistik gehört, dass die Daten nach

112) Vgl. BVerfGE 65, 1 <47>.
 113) Vgl. BVerfGE 65, 1 <59>; 140, 99 <111 f. Rn. 21>.
 114) Vgl. BVerfGE 65, 1 <49>.
 115) Vgl. BVerfGE 65, 1 <50>.
 116) Vgl. BVerfGE 65, 1 <51>.
 117) Vgl. BVerfGE 65, 1 <51 f., 61>.
 118) Vgl. BVerfGE 65, 1 <64 f.>.
 119) Vgl. Hess. VGH, Urteil vom 19. September 1991 - 6 UE 2588/89, NVwZ 1993, S. 497 <498>; BayVGH, Urteil vom 21. Dezember 1994 - 4 B 93.244 -, juris, Rn. 37; VG Bremen, Urteil vom 6. November 2014 - 4 K 841/13 -, juris, Rn. 84; VG Potsdam, Beschluss vom 21. April 2015 - 12 L 450/15 -, juris, Rn. 15; VG Regensburg, Urteil vom 6. August 2015 - RO 5 K 13.2149 -, juris, Rn. 277.
 120) Vgl. BVerfGE 56, 54 <78 f.>; 65, 1 <56>; 143, 216 <240 Rn. 56 ff.> - Nachbesserungspflicht TKG.
 121) Vgl. BVerfGE 65, 1 <56>.
 122) Vgl. paradigmatisch BVerfGE 157, 223 <254 Rn. 81> - Berliner Mietendeckel.

einer statistischen Aufbereitung für die verschiedensten, nicht von vornherein bestimmbar Aufgaben verwendet werden, gelten für Volkszählungen Ausnahmen von den Erfordernissen einer konkreten Zweckumschreibung, vom Verbot, personenbezogene Daten auf Vorrat zu sammeln, sowie von den Anforderungen für Weitergabe und Verwertung.¹¹²⁾

Die Datenerhebung und -verarbeitung zu statistischen Zwecken darf allerdings nur als Hilfe zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben erfolgen. Auch darf nicht jede Angabe verlangt werden; vielmehr muss geprüft werden, ob das Ziel der Erhebung nicht auch durch eine anonymisierte Ermittlung erreicht werden kann. Darüber hinaus bedarf es besonderer Vorkehrungen für die Durchführung und Organisation von Datenerhebung und -verarbeitung, da die Daten während der Erhebung und auch noch nach der Speicherung zumindest teilweise individualisierbar bleiben. Zu den verfahrensrechtlichen Vorkehrungen zum Schutz des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung gehört es deshalb, dass die der Identifizierung der befragten Personen dienenden Daten zum frühestmöglichen Zeitpunkt gelöscht und bis zu diesem Zeitpunkt Namen und Anschrift von den übrigen Angaben getrennt und unter besonderem Verschluss gehalten werden – auch virtuell.¹¹³⁾ Schließlich bedarf es wirksamer Abschottungsregelungen nach außen. Schon während der Erhebung ist eine strikte Geheimhaltung der zu statistischen Zwecken erhobenen Einzelangaben geboten, solange noch ein Personenbezug besteht oder herstellbar ist (Statistikgeheimnis); das gleiche gilt für das Gebot einer möglichst frühzeitigen (faktischen) Anonymisierung, verbunden mit Vorkehrungen gegen eine Deanonymisierung.¹¹⁴⁾ Im Übrigen gefährdet eine Weiterleitung von zu statistischen Zwecken erhobenen personenbezogenen Daten gegen den Willen oder ohne Kenntnis der Betroffenen die amtliche Statistik selbst. Für deren Funktionsfähigkeit ist ein möglichst hoher Grad an Genauigkeit und Wahrheit der erhobenen Daten erforderlich, der letztlich nur erreicht werden kann, wenn bei den Auskunftspflichtigen das notwendige Vertrauen in die Abschottung der für statistische Zwecke erhobenen Daten besteht.¹¹⁵⁾

Im Volkszählungsurteil hat das Bundesverfassungsgericht die Erhebung von Daten zu ausschließlich statistischen Zwecken für verfassungsrechtlich unbedenklich gehalten, wenn sie nach ihrer Anonymisierung oder statistischen Aufbereitung von den statistischen Ämtern anderen staatlichen Organen oder sonstigen Stellen zur Verfügung gestellt werden.¹¹⁶⁾ Eine Übermittlung weder anonymisierter

noch statistisch aufbereiteter, also noch personenbezogener Daten zum Zwecke des Verwaltungsvollzugs ist dagegen ein unzulässiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestimmung.¹¹⁷⁾ Der im Volkszählungsgesetz 1983 vorgesehene Melderegisterabgleich war deshalb unzulässig.¹¹⁸⁾ In der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung ist hieraus der - häufig als „Rückspielverbot“ bezeichnete - Schluss gezogen worden, dass Überprüfungen eines Volkszählungsergebnisses in Rechtsbehelfsverfahren, die auf einen solchen Abgleich hinauslaufen würden, ebenfalls unzulässig sind.¹¹⁹⁾ Dies steht auch einer Akteneinsicht in nicht anonymisierte Erhebungsunterlagen und deren unmittelbarer gerichtlicher Überprüfung entgegen.

e) Verhältnismäßigkeit

Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit erfordert schließlich die Prüfung, ob aufgrund der Fortentwicklung der statistischen Wissenschaft Möglichkeiten einer grundrechtsschonenderen Datenerhebung bestehen. Veränderte Umstände können den Gesetzgeber auch aus grundrechtlicher Perspektive zur Nachbesserung ursprünglich verfassungsgemäßer Regelungen verpflichten.¹²⁰⁾

1983 ist das Bundesverfassungsgericht mit Blick auf das Volkszählungsgesetz davon ausgegangen, dass Stichproben auf freiwilliger Basis oder eine Kombination von Voll- und Stichprobenerhebung eine traditionelle Volkszählung (noch) nicht ersetzen konnten. Es hat dem Gesetzgeber jedoch aufgegeben, sich vor künftigen Entscheidungen über die Durchführung einer Volkszählung mit dem dann erreichten Stand der Methodendiskussion auseinanderzusetzen und festzustellen, ob eine Totalerhebung auch unter veränderten Umständen noch verhältnismäßig ist.¹²¹⁾ Die Antwort darauf ist der Zensus.

III. Bewertung und Ausblick

Nach alledem kann man das Urteil vom 19. Dezember 2018 zum Zensus 2011 als eine Art verfassungsrechtliche Betriebsanleitung verstehen, die am Beispiel der Statistik für Bundeszwecke wesentliche Fragen des Staatsrechts zusammengetragen, teilweise neu entschieden und geordnet hat. Das beginnt bei der Kompetenzabgrenzung und dem für die Verfassungsordnung des Grundgesetzes eher eigentümlichen Gedanke, dass eine klare Trennung statistischer Erhebungen „untunlich“ sei¹²²⁾ und setzt sich fort bei der Identifizierung von verfassungs-

- 97) Vgl. BVerfGE 140, 99 <109 f. Rn. 19>; Dreier, in: Dreier, GG, Bd. 2, 3. Aufl. 2015, Art. 28 Rn. 94; K. A. Schwarz, in: Huber/Voßkuhle (Hrsg.), Art. 28 Rn. 170; Christian Röhl, in: Schoch/Eifert (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 2. Aufl. 2023, 2. Kap. Rn. 26.
- 98) Vgl. BVerfGE 23, 353 <372 f.>; 26, 228 <244>; 76, 107 <119>; 83, 363 <393>; 137, 108 <155 Rn. 109>; 138, 1 <14 Rn. 39>; Henneke, in: Schmidt-Bleibtreu/Hofmann/Henneke, GG, 14. Aufl. 2018, Art. 28 Rn. 56.
- 99) Vgl. BVerfGE 65, 1 <43>; 128, 1 <42>; 130, 1 <35>; 130, 151 <183>; 142, 234 <251 Rn. 30>; stRSpr.
- 100) Vgl. BVerfGE 65, 1 <45>; 128, 1 <44 f.>; 130, 151 <183 f.>
- 101) Vgl. hierzu BVerfGE 27, 344 <350 f.>; 120, 274 <335>; 130, 1 <22>; 141, 220 <276 Rn. 120, 278 Rn. 124>.
- 102) Vgl. BVerfGE 65, 1 <44>; 141, 220 <264 f. Rn. 91, 93 f.>.
- 103) Vgl. BVerfGE 53, 30 <65>; 65, 1 <44>; 141, 220 <275 ff. Rn. 117 f., 126 ff., 134 ff.>.
- 104) Vgl. BVerfGE 120, 378 <408>; 133, 277 <336 f. Rn. 140>.
- 105) Vgl. BVerfGE 65, 1 <45 f.>; 141, 220 <269 Rn. 105, 271 Rn. 110>.
- 106) Vgl. BVerfGE 27, 1 <7>; 65, 1 <45>; 120, 378 <399> - automatisierte Kennzeichenerfassung.
- 107) Vgl. BVerfGE 65, 1 <43>; 130, 151 <184>; 141, 220 <261 Rn. 80, 323 Rn. 274, 327 Rn. 285>.
- 108) Vgl. BVerfGE 133, 277 <365 f. Rn. 204 f.>; 141, 220 <282 ff. Rn. 134 ff.>.
- 109) Vgl. BVerfGE 65, 1 <46>; 84, 239 <280>.
- 110) Vgl. BVerfGE 65, 1 <46>; 113, 29 <58>; 100, 313 <361>; 120, 351 <360 ff.>; 141, 220 <285 f. Rn. 144>.
- 111) Vgl. BVerfGE 100, 313 <362>; 113, 29 <58>; 120, 378 <Leitsatz 1, 397 ff.>; 125, 260 <332 f.>; 141, 220 <285 f. Rn. 144>.

rechtlichen Eckpunkten für eine realitätsgerechte Ermittlung der Einwohnerzahlen sowie Ausführungen zur Begründungsbedürftigkeit von Gesetzen, der Kontrolldichte u. a. m.

Hinzu kommt eine geradezu lehrbuchartige Rekonstruktion der Wesentlichkeitsdoktrin mit ihren beiden Standbeinen im Rechtsstaats- und Demokratieprinzip und – und das war so explizit noch nicht festgestellt worden war – der Einordnung von Art. 80 Abs. 1 GG als punktueller Konkretisierung von Demokratie und Rechtsstaat.

Dass der Bund die Länder nicht willkürlich ungleich behandeln darf, wird zwar schon in der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Wohnbaumitteln vom 21. Mai 1952 festgestellt;¹²³⁾ dass aus dem Bundesstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG jedoch ein umfassendes Gebot föderativer Gleichbehandlung folgt, hatte das Bundesverfassungsgericht so deutlich ebenfalls noch nicht entschieden. Unmittelbar aus dem Bundesstaatsprinzip leitet der Senat darüber hinaus das Recht von Bund und Ländern ab, bei im Raume stehenden Rechtsverletzungen das Bundesverfassungsgericht anrufen zu können. Zwar kennt Art. 93 Abs. 1 Satz 3 GG die Bund-Länder-Streitigkeit; die Ausführungen im Zensus-Urteil gehen jedoch deutlich darüber hinaus und geben dem Bund-Länder-Streit eine materiell-rechtliche Grundierung entsprechend dem Gedanken, dass Rechte, die nicht gerichtlich durchgesetzt werden können, keine wirklichen Rechte sind. Mit der Rechtsschutzgarantie des Art. 19 Abs. 4 GG oder dem Rechtsgewährungsanspruch aus Art. 20 Abs. 3 i. V. m. Art. 2 Abs. 1 GG hat das freilich nichts zu tun, da der Staat bekanntlich nicht grundrechtsfähig ist.

Vergleichbare Anforderungen ergeben sich aus dem aus Art. 28 Abs. 2 GG abgeleiteten Gebot interkommunaler Gleichbehandlung, das der Senat im Urteil zu dem Optionskommunen von 7. Oktober 2014 zwar schon einmal bemüht hatte,¹²⁴⁾ das als allgemeiner Rechtsgrundsatz des Bundesrechts bisher aber noch nicht anerkannt war. Weniger überraschend ist dagegen die Anerkennung der – ebenfalls aus Art. 28 Abs. 2 GG abgeleiteten – subjektiven Rechtsstel-

lungsgarantie der Kommunen. Diese auf Eberhard Schmidt-Aßmann zurückgehende Figur berechtigt die Kommunen, ihr Recht aus Art. 28 Abs. 2 GG auch gerichtlich durchzusetzen. Der Senat hatte es in seinem Beschluss zur sächsischen Schulnetzplanung zwar schon einmal gestreift;¹²⁵⁾ jetzt dürfte es auch in der Rechtsprechung endgültig etabliert sein.

Selbst bei der dogmatischen Einordnung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG) bietet das Urteil teilweise klärende Einsichten – etwa mit der Einordnung der organisatorischen Vorkehrungen an eine Volkszählung als sich aus dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit ergebende Schranken-Schranken.

Unter dem Strich erweist sich die Statistik damit als ein Referenzgebiet, in dem grundlegende und seit Jahrzehnten offene Fragen des föderalen Verfassungsstaats gelassen und ohne Schaum vor dem Mund verhandelt werden können. Das zeigt auch die Diskrepanz zum „Schwesterbereich“ des Datenschutzes. Vergleicht man die datenschutzrechtliche Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts und die Entscheidung zum Zensus 2011, so ist die Diskrepanz erheblich. Das liegt natürlich auch an den unterschiedlichen Verfahrensarten: die Verfassungsbeschwerde zwingt das Gericht strukturell dazu, staatlichem Handeln mit einer Grundskepsis zu begegnen und dessen Einschränkungen tendenziell auszudehnen; der offenere Zugriff im Rahmen einer abstrakten Normenkontrolle tut dies nicht. Der Unterschied dürfte aber auch darauf beruhen, dass in den Datenschutzfällen in der Regel der Erste Senat zuständig ist, das Urteil zum Zensus 2011 jedoch aus der Hand des Zweiten Senats stammt, der eben auch Staatsgerichtshof ist. Wenn das Sein das Bewußtsein bestimmt, können die Zugriffe beider Senate sich nicht vollständig decken. Hier wird die Natur des Bundesverfassungsgerichts als „Zwillingsgericht“ ausnahmsweise greifbar. Eineiige Zwillinge sind die beiden Senate jedenfalls nicht. Nicht nur ihre „Traditionen“ und „Kulturen“ unterscheiden sich, sondern auch ihr Zugriff auf Verfassungsfragen, auch wenn die Schwelle des § 16 Abs. 1 BVerfGG dabei nur sehr selten erreicht wird.

123) BVerfGE 1, 299 ff. – Wohnbaumittel.

124) BVerfGE 137, 108 ff. – Optionskommunen.

125) BVerfGE 138, 1 ff. – sächsische Schulnetzplanung.

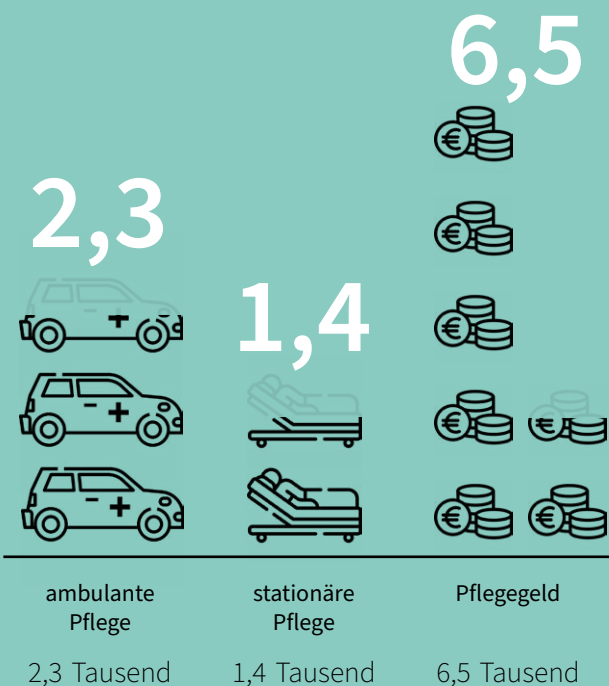
THÜRINGEN 2042

Pflegevorausberechnung

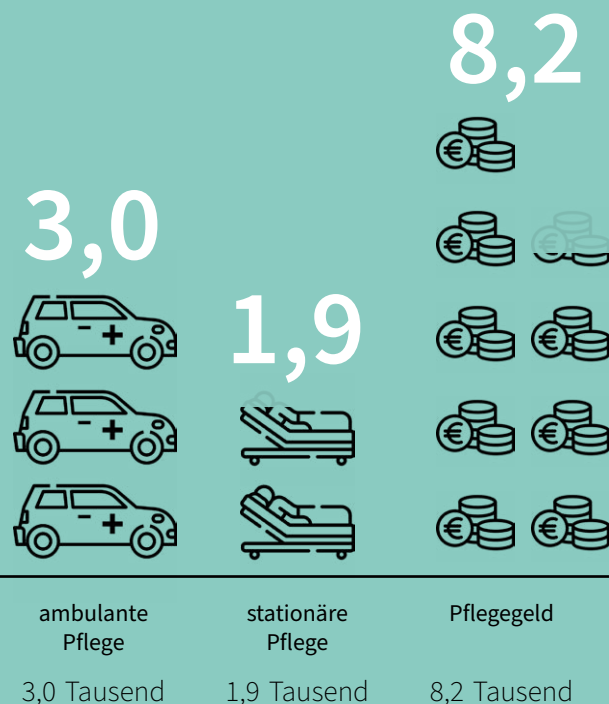
Pflegebedürftige

UNSTRUT-HAINICH-KREIS

2021



2042



   = 1000 Pflegebedürftige

KYFFHÄUSERKREIS

2021

1,9



ambulante
Pflege

1,9 Tausend

1,0



stationäre
Pflege

1,0 Tausend

4,8



Pflegegeld

4,8 Tausend

2042

2,3



ambulante
Pflege

2,3 Tausend

1,3



stationäre
Pflege

1,3 Tausend

5,8



Pflegegeld

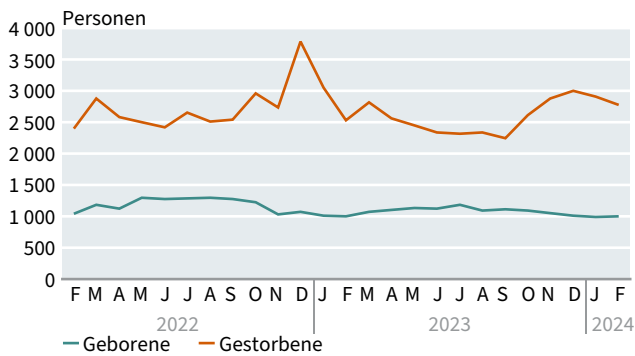
5,8 Tausend

= 1000 Pflegebedürftige

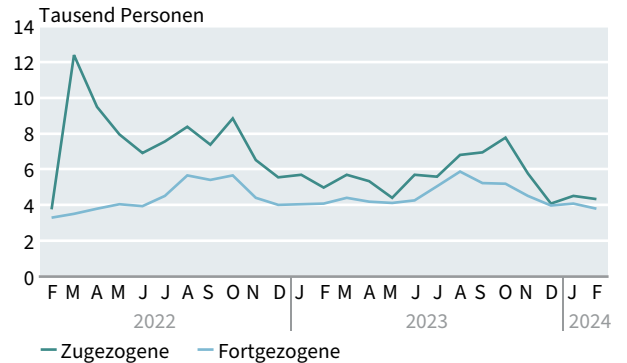
Icons: flaticon.com (Kiranshastry/BZZRINCANTATION/FREEPIK)

GRAFIKEN

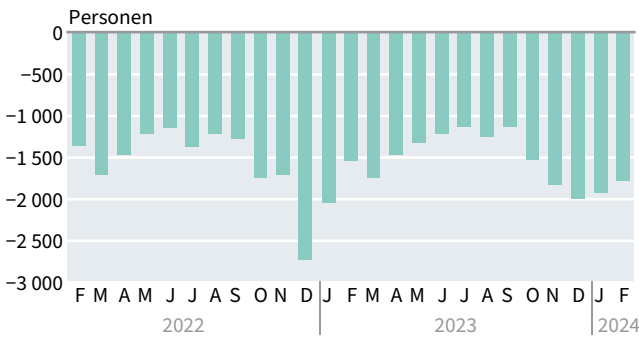
Geborene und Gestorbene



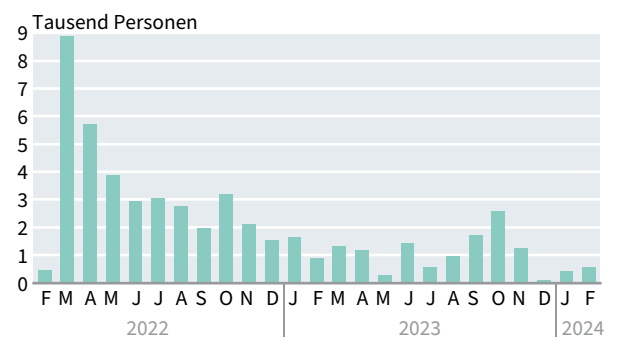
Über die Landesgrenzen Zu- bzw. Fortgezogene



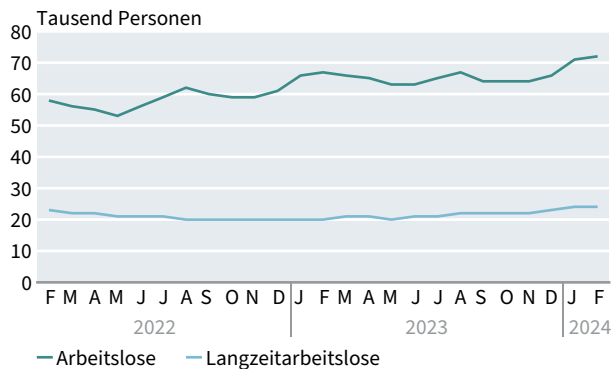
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)



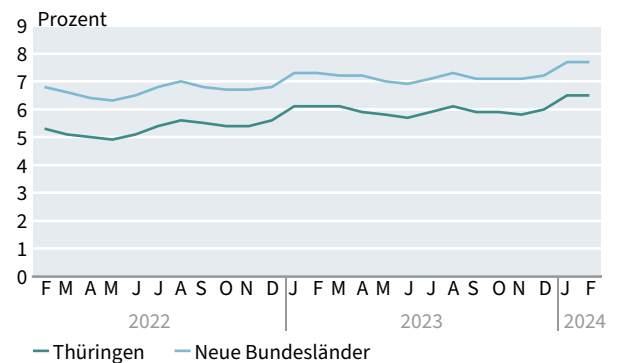
Wanderungsgewinn bzw. Verlust (-)



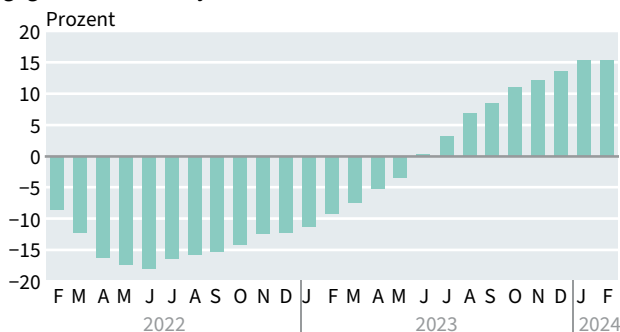
Arbeitsmarkt



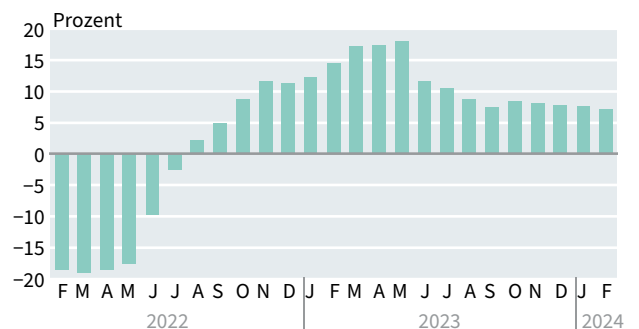
Arbeitslosenquote



Veränderung der Zahl der Langzeitarbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat

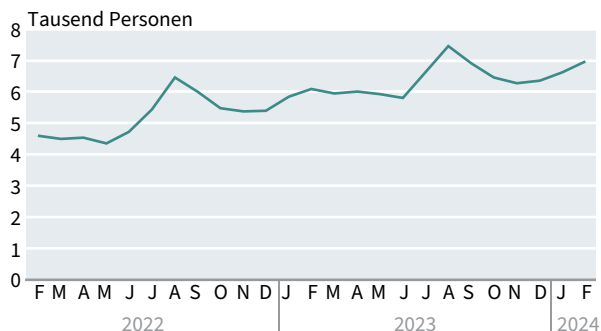


Veränderung der Zahl der Arbeitslosen gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



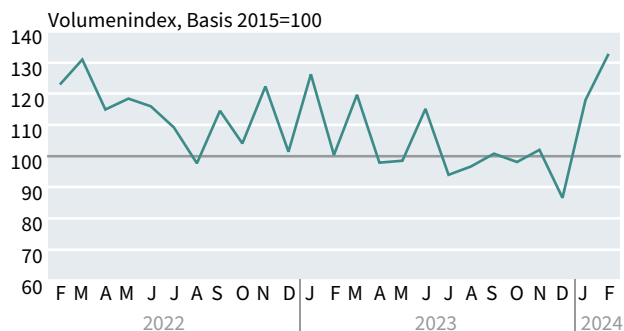
Arbeitsmarkt

Arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren

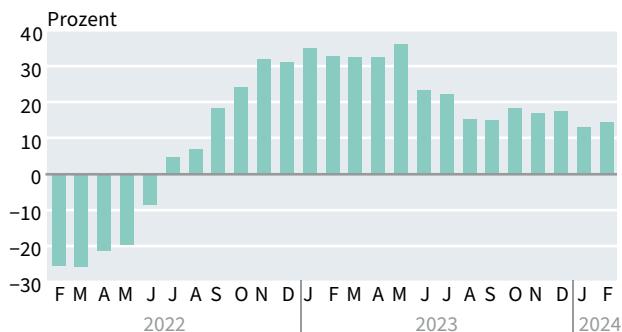


Auftragseingangsindex

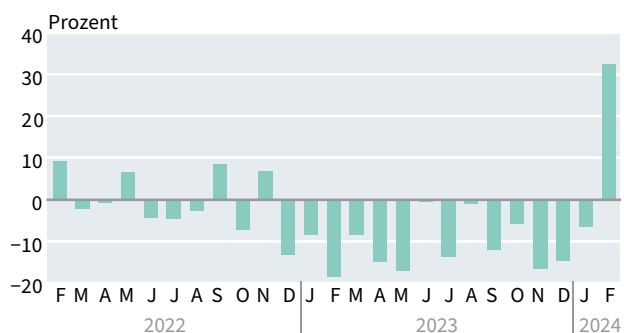
Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

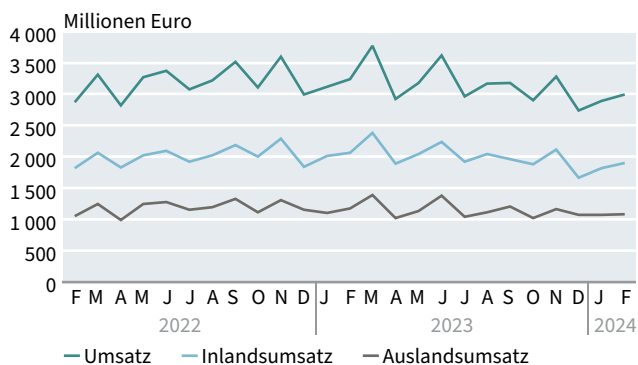


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



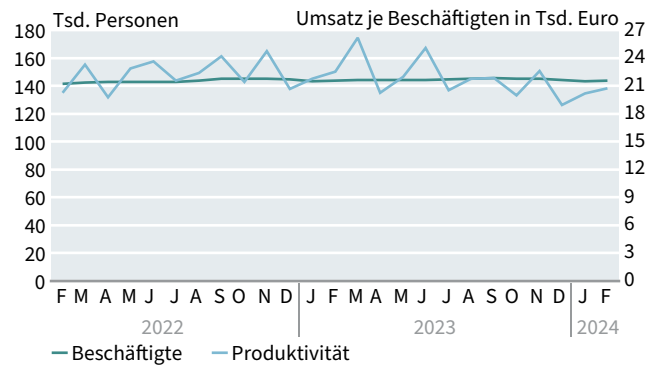
Umsatz

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

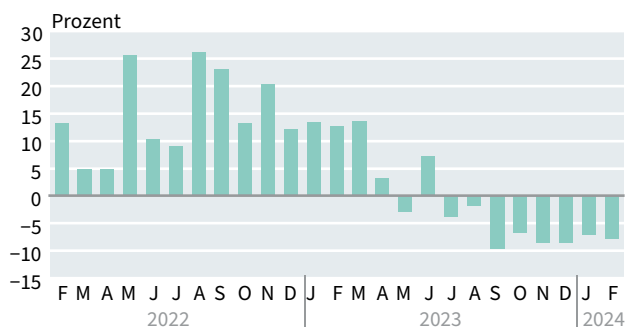


Beschäftigte und Produktivität

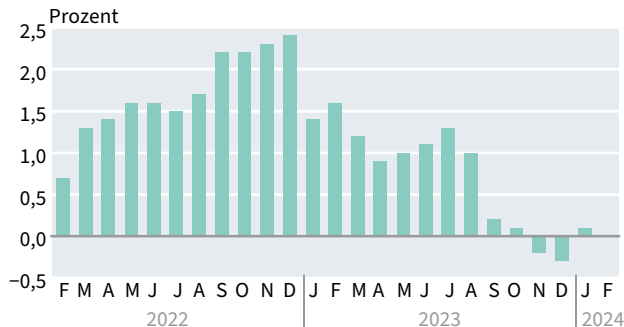
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



Veränderung des Umsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat



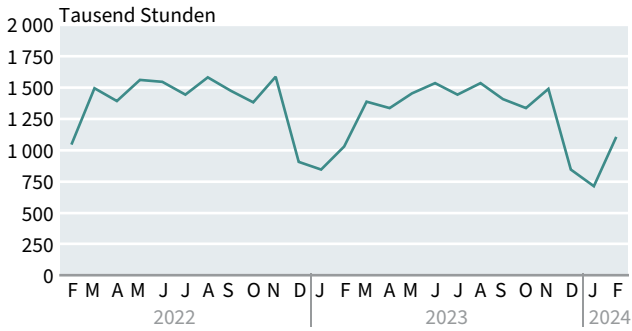
Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat



GRAFIKEN

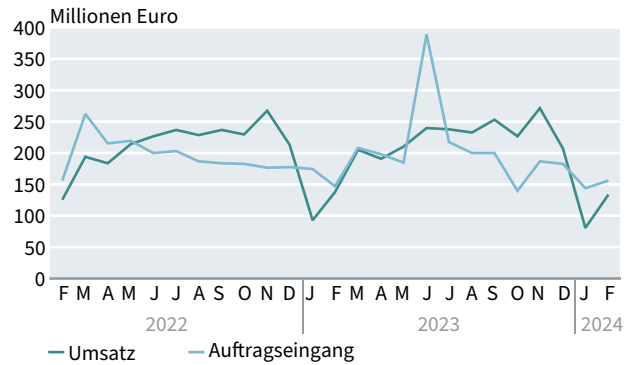
Geleistete Arbeitsstunden

Bauhauptgewerbe

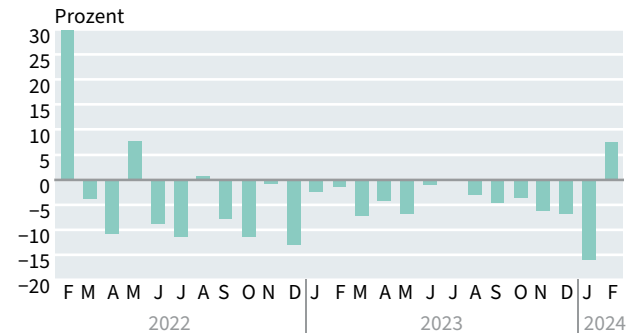


Umsatz und Auftragseingang

Bauhauptgewerbe

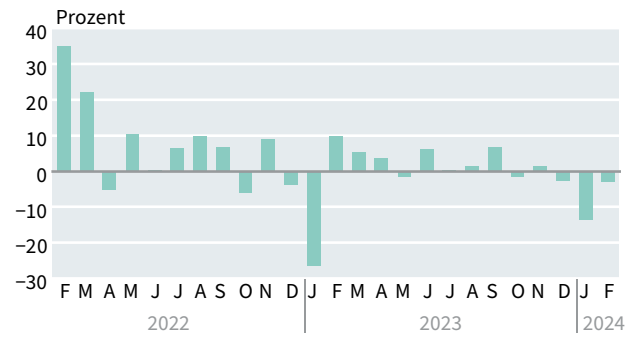


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat



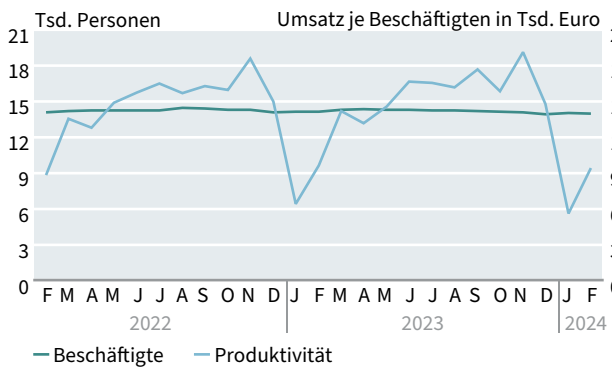
Veränderung des Umsatzes

gegenüber dem Vorjahresmonat

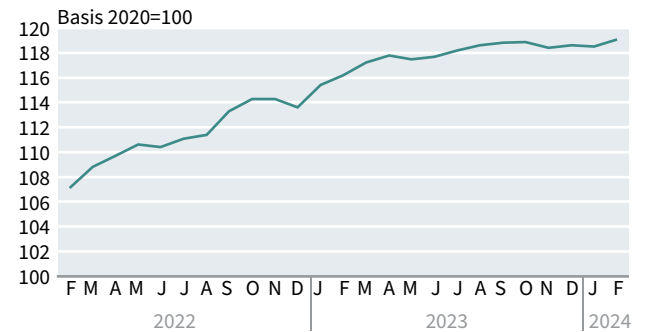


Beschäftigte und Produktivität

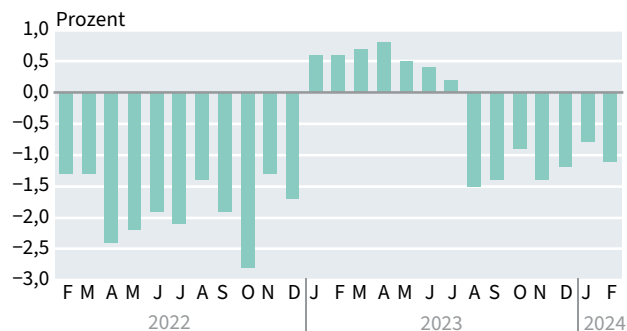
Bauhauptgewerbe



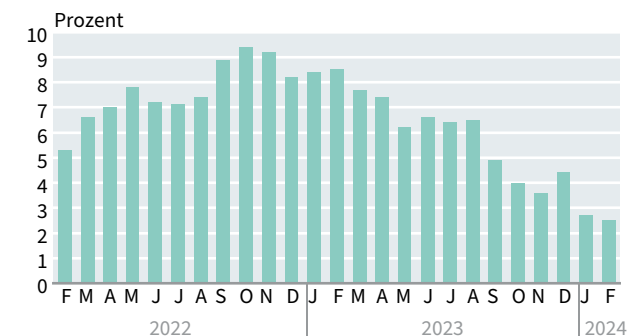
Verbraucherpreisindex



Veränderung der Beschäftigtenzahl gegenüber dem Vorjahresmonat

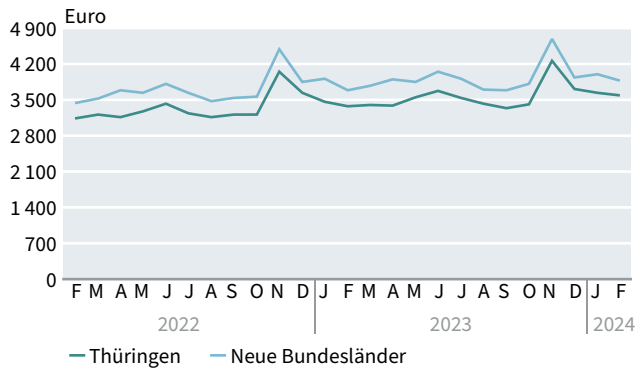


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat

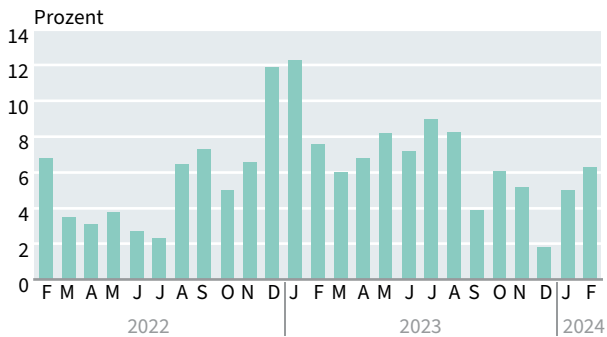


Entgelte je Beschäftigten

Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe

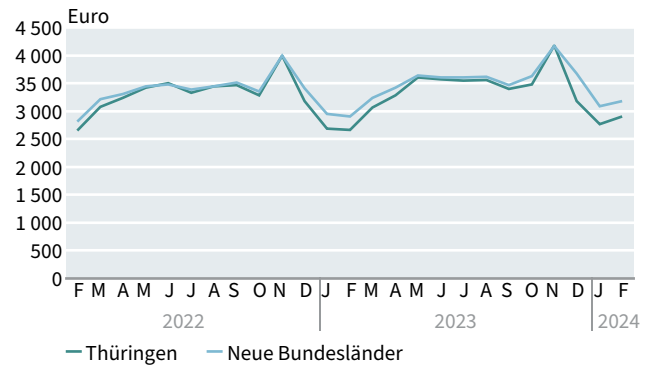


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

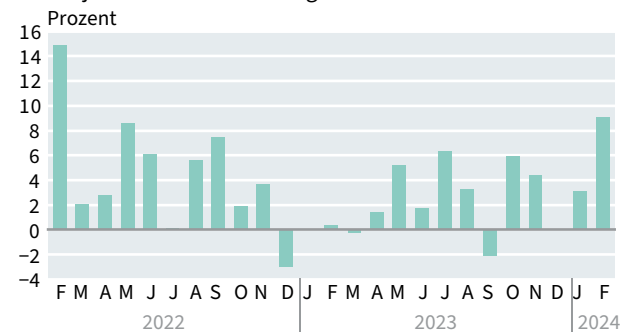


Entgelte je Beschäftigten

Bauhauptgewerbe

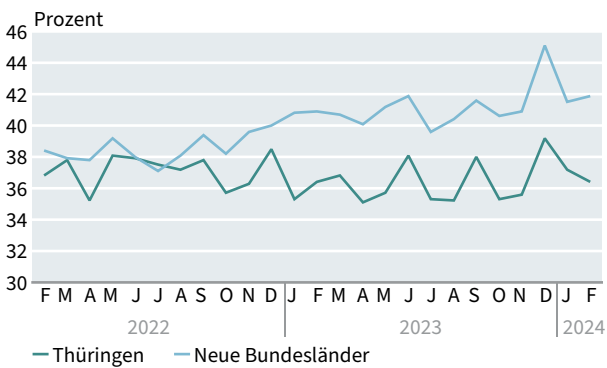


Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen

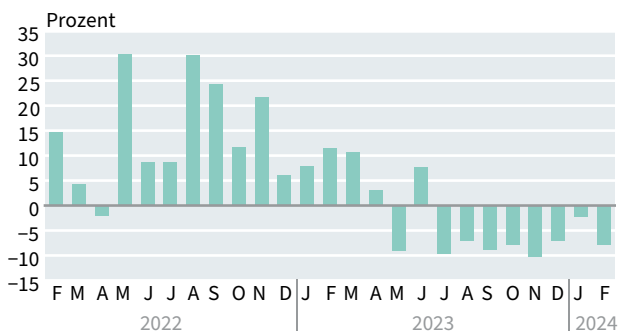


Exportquote

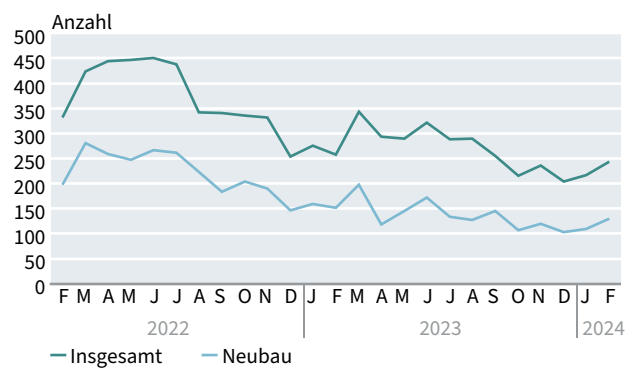
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe



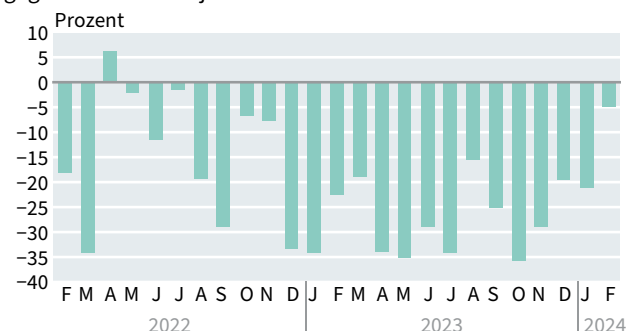
Veränderung des Auslandsumsatzes gegenüber dem Vorjahresmonat in Thüringen



Baugenehmigungen

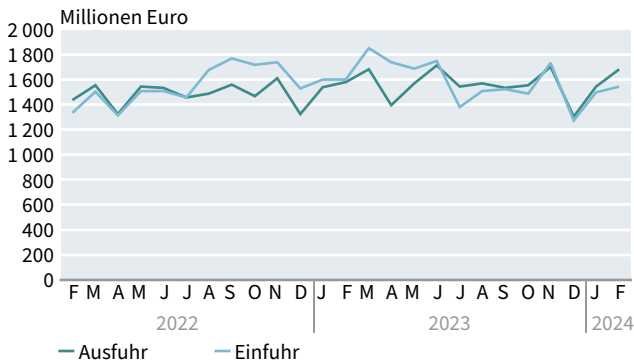


Veränderung der Baugenehmigungen gegenüber dem Vorjahresmonat

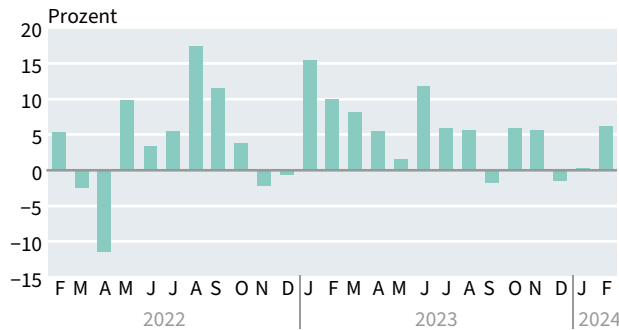


GRAFIKEN

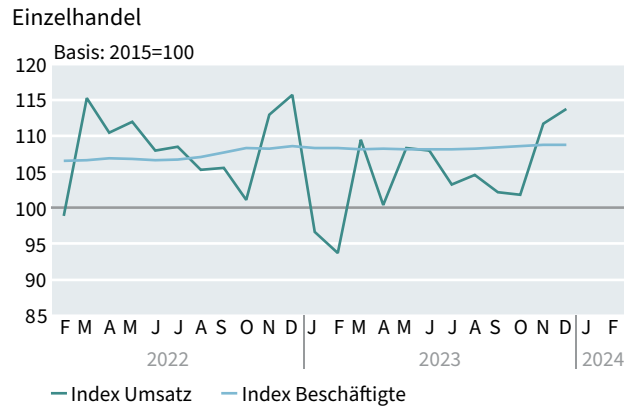
Außenhandel



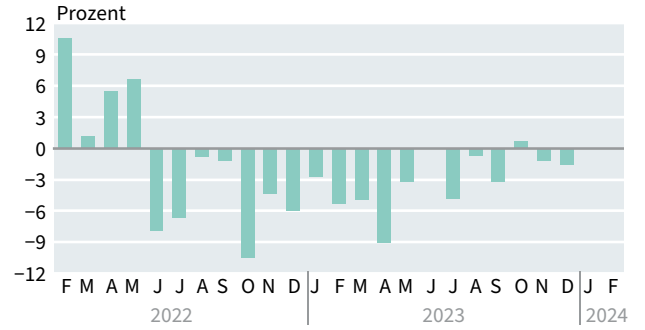
Veränderung der Ausfuhr gegenüber dem Vorjahresmonat



Index des Umsatzes und der Beschäftigten Einzelhandel

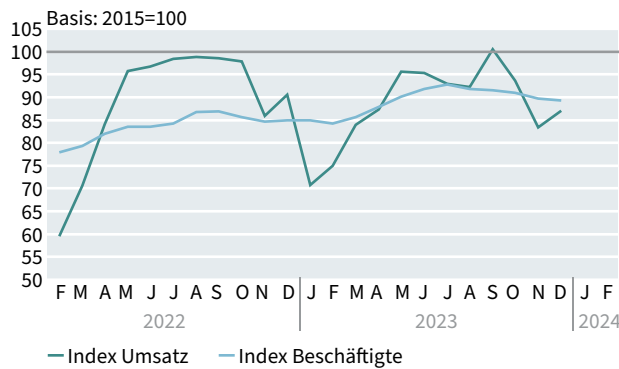


Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat

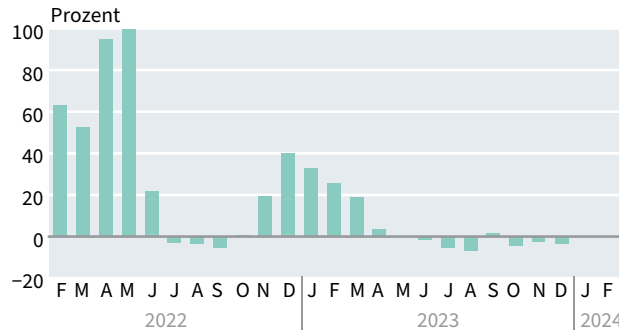


Index des Umsatzes und der Beschäftigten Gastgewerbe

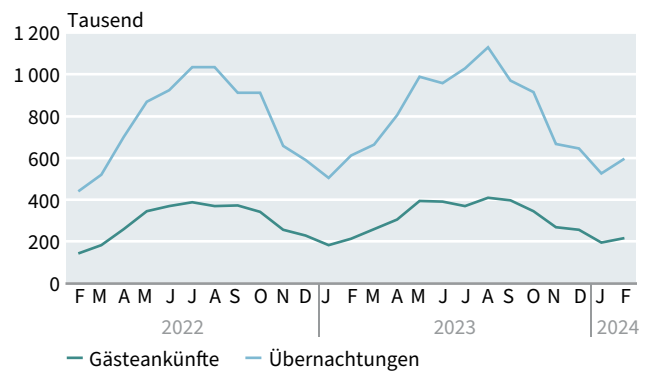
Gastgewerbe



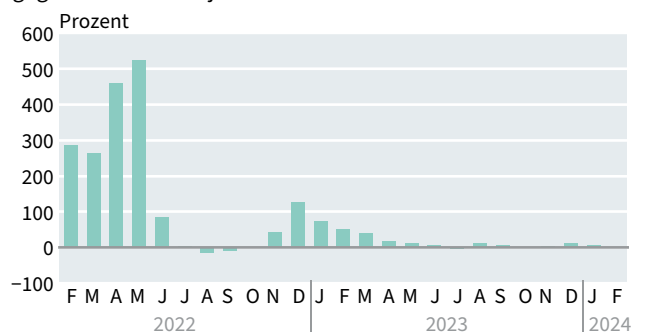
Veränderung des Umsatzindex gegenüber dem Vorjahresmonat



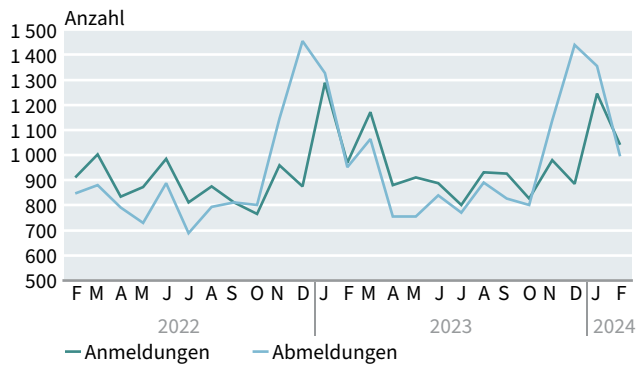
Beherbergung



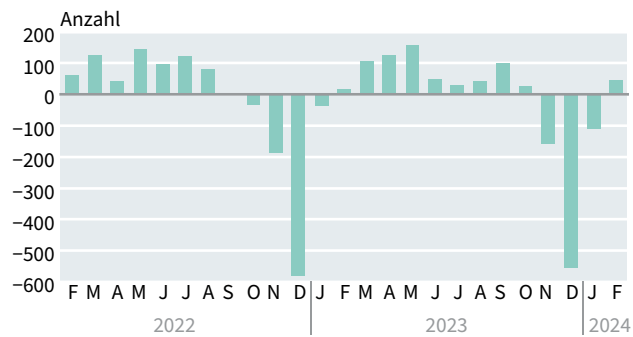
Veränderung der Gästeankünfte gegenüber dem Vorjahresmonat



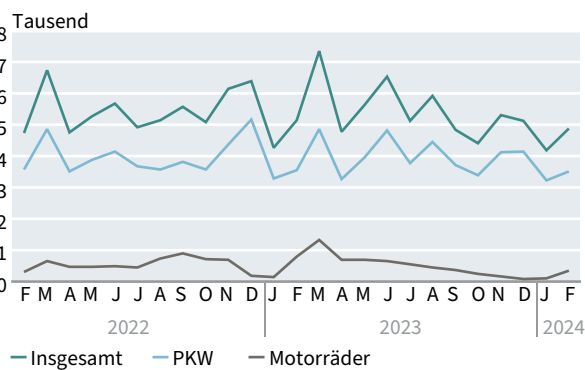
Gewerbean- und -abmeldungen



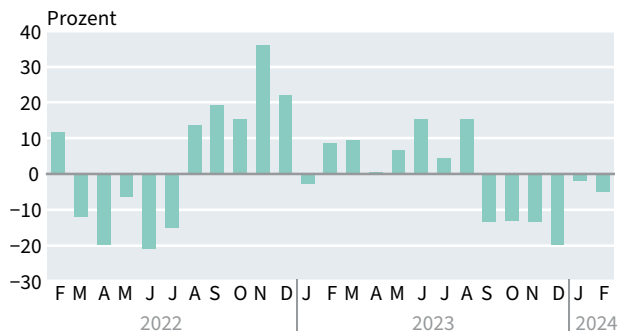
Saldo der Gewerbean- und -abmeldungen



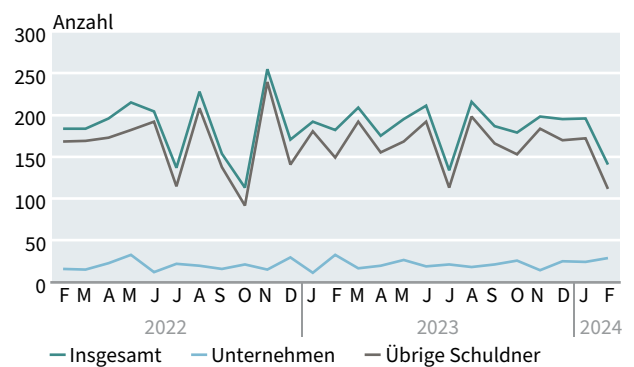
Zulassung neuer Kraftfahrzeuge



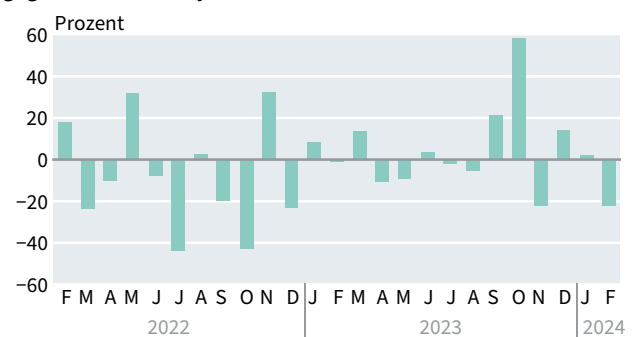
Veränderung der Zahl der Zulassungen gegenüber dem Vorjahresmonat



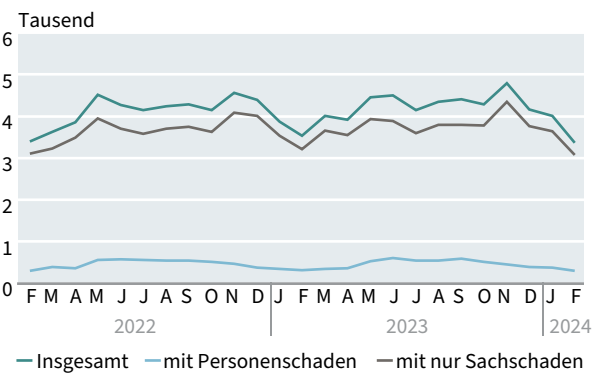
Insolvenzen



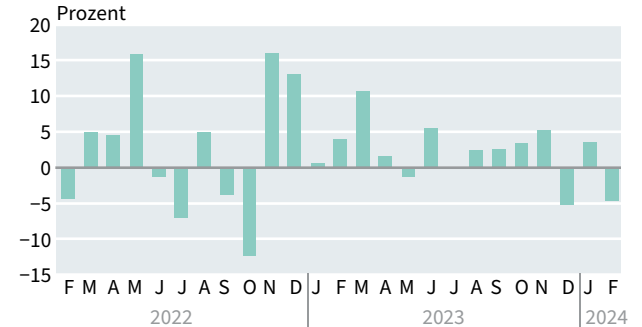
Veränderung der Zahl der Insolvenzen gegenüber dem Vorjahresmonat



Straßenverkehrsunfälle



Veränderung der Zahl der Straßenverkehrsunfälle gegenüber dem Vorjahresmonat



TROCKENE ZAHL

1 605

**AUSLÄNDER UND
AUSLÄNDERINNEN**

WURDEN IM JAHR 2023 IN THÜRINGEN
EINGEBÜRGERT.

(DEUTSCHLANDWEIT WAREN ES RUND 200 100 EINBÜRGERUNGEN.)

Thüringen im Überblick

| Merkmal | Veränderung | | | | | | | |
|---|---------------|---------------|-------------|--------------|--------------------|---------------|-------------|--------------|
| | November 2023 | Dezember 2023 | Januar 2024 | Februar 2024 | November 2023 | Dezember 2023 | Januar 2024 | Februar 2024 |
| | zum Vormonat | | | | zum Vorjahresmonat | | | |
| | Prozent | | | | | | | |
| Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ | | | | | | | | |
| Betriebe | 0,0 | 0,1 | -1,5 | 0,6 | -1,2 | -1,1 | 0,4 | 0,1 |
| Beschäftigte | -0,1 | -0,4 | -0,8 | 0,5 | -0,1 | -0,2 | 0,1 | 0,0 |
| Umsatz | 11,9 | -16,1 | 5,7 | 3,4 | -8,5 | -7,9 | -7,2 | -7,7 |
| Inlandsumsatz | 11,6 | -20,2 | 9,2 | 4,6 | -7,8 | -8,4 | -9,9 | -7,7 |
| Auslandsumsatz | 12,3 | -8,8 | 0,3 | 1,3 | -9,7 | -6,9 | -2,3 | -7,8 |
| Umsatz je Beschäftigten | 11,9 | -15,8 | 6,6 | 2,9 | -8,4 | -7,7 | -7,3 | -7,7 |
| Geleistete Arbeitsstunden | 11,2 | -21,7 | 27,8 | -1,8 | -2,2 | -3,0 | -3,1 | 2,0 |
| Entgelte | 23,5 | -12,2 | -2,5 | -1,1 | 3,9 | 1,8 | 5,1 | 6,3 |
| Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt | 4,6 | -13,9 | 36,2 | 12,6 | -17,0 | -13,9 | -6,5 | 32,4 |
| Inland | 8,7 | -21,9 | 44,3 | 24,1 | -18,0 | -20,2 | -14,0 | 39,7 |
| Ausland | -1,3 | -1,3 | 25,9 | -3,9 | -15,3 | -4,4 | 6,9 | 20,7 |
| Bauhauptgewerbe²⁾ | | | | | | | | |
| Betriebe | 0,0 | -0,4 | 0,7 | 0,0 | -2,1 | -2,4 | -2,1 | -2,1 |
| Beschäftigte | -0,5 | -1,1 | 0,8 | -0,3 | -1,4 | -1,2 | -0,8 | -1,1 |
| baugewerblicher Umsatz | 20,2 | -23,7 | -61,6 | 66,6 | 1,5 | -2,7 | -13,1 | -3,2 |
| baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | 20,8 | -22,9 | -61,9 | 67,1 | 3,0 | -1,6 | -12,4 | -2,1 |
| Geleistete Arbeitsstunden | 11,6 | -43,1 | -15,8 | 55,3 | -6,2 | -6,7 | -16,0 | 7,4 |
| Entgelte | 19,3 | -24,6 | -12,4 | 4,7 | 2,9 | -1,1 | 2,3 | 7,9 |
| Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾ | | | | | | | | |
| Betriebe | . | -0,8 | . | . | . | -3,0 | . | . |
| Beschäftigte | . | -2,0 | . | . | . | -1,7 | . | . |
| ausbaugewerblicher Umsatz | . | 28,9 | . | . | . | 8,9 | . | . |
| ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | . | 31,5 | . | . | . | 10,8 | . | . |
| Gewerbeanzeigen⁵⁾ | | | | | | | | |
| Gewerbebeanmeldungen | 18,4 | -9,6 | 40,8 | -16,5 | 2,1 | 1,0 | -3,4 | 7,4 |
| Gewerbeabmeldungen | 42,0 | 26,4 | -5,8 | -26,6 | -0,6 | -1,0 | 2,3 | 4,4 |
| Insolvenzen | | | | | | | | |
| | 10,6 | -1,5 | 0,5 | -28,1 | -22,4 | 14,0 | 2,1 | -22,5 |
| Verbraucherpreisindex | | | | | | | | |
| | -0,4 | 0,2 | -0,1 | 0,5 | 3,6 | 4,4 | 2,7 | 2,5 |
| Arbeitsmarkt | | | | | | | | |
| Arbeitslose | -0,3 | 2,3 | 8,7 | 0,6 | 8,1 | 7,7 | 7,6 | 7,1 |
| Offene Arbeitsstellen | -2,1 | -2,3 | -3,8 | 3,8 | -18,8 | -12,6 | -10,5 | -10,9 |
| Langzeitarbeitslose | 1,1 | 1,6 | 4,5 | 0,1 | 12,3 | 13,6 | 15,3 | 15,3 |

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

WIRTSCHAFTSINDIKATOREN

Thüringen im Vergleich

| Merkmal | Mengen- einheit | Thüringen | neue Bundes- länder | alte Bundes- länder | Deutschland insgesamt | Anteil Thüringens (in %) an | |
|---|--------------------|-----------|------------------------|------------------------|--------------------------|--------------------------------|--------------------------|
| | | | | | | neuen Bundes- ländern | Deutschland insgesamt |
| Februar 2024 | | | | | | | |
| Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ | | | | | | | |
| Betriebe | Anzahl | 801 | 3 739 | 18 728 | 22 467 | 21,4 | 3,6 |
| Beschäftigte | Tausend | 144 | 698 | 4 882 | 5 580 | 20,6 | 2,6 |
| Umsatz | Mill. Euro | 2 990 | 19 951 | 158 477 | 178 428 | 15,0 | 1,7 |
| Inlandsumsatz | Mill. Euro | 1 902 | 11 585 | 73 379 | 84 964 | 16,4 | 2,2 |
| Auslandsumsatz | Mill. Euro | 1 088 | 8 366 | 85 098 | 93 464 | 13,0 | 1,2 |
| Umsatz je Beschäftigten | Euro | 20 773 | 28 569 | 32 463 | 31 976 | x | x |
| Geleistete Arbeitsstunden | Tausend | 19 195 | 91 661 | 622 361 | 714 022 | 20,9 | 2,7 |
| Entgelte | Mill. Euro | 516 | 2 712 | 24 366 | 27 077 | 19,0 | 1,9 |
| Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt | 2015=100 | 132,8 | ... | ... | . | x | x |
| Inland | 2015=100 | 130,9 | ... | ... | . | x | x |
| Ausland | 2015=100 | 136,5 | ... | ... | . | x | x |
| Bauhauptgewerbe²⁾ | | | | | | | |
| Betriebe | Anzahl | 285 | 2 034 | 7 528 | 9 562 | 14,0 | 3,0 |
| Beschäftigte | Tausend | 14 | 107 | 420 | 528 | 13,0 | 2,7 |
| baugewerblicher Umsatz | Mill. Euro | 132 | 1 304 | 5 475 | 6 778 | 10,1 | 1,9 |
| baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | Euro | 9 407 | 12 145 | 13 030 | 12 850 | x | x |
| Geleistete Arbeitsstunden | Tausend | 1 106 | 9 502 | 37 729 | 47 231 | 11,6 | 2,3 |
| Entgelte | Mill. Euro | 41 | 341 | 1 452 | 1 794 | 11,9 | 2,3 |
| Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾ | | | | | | | |
| Betriebe | Anzahl | . | . | . | . | . | . |
| Beschäftigte | Tausend | . | . | . | . | . | . |
| ausbaugewerblicher Umsatz | Mill. Euro | . | . | . | . | . | . |
| ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | Euro | . | . | . | . | . | . |
| Gewerbeanzeigen⁵⁾ | | | | | | | |
| Gewerbeanmeldungen | Anzahl | 1 041 | 10 829 | 55 226 | 66 055 | 9,6 | 1,6 |
| Gewerbeabmeldungen | Anzahl | 995 | 9 190 | 43 607 | 52 797 | 10,8 | 1,9 |
| Insolvenzen | | | | | | | |
| | Anzahl | 141 | 1 772 | 8 087 | 9 859 | 8,0 | 1,4 |
| Verbraucherpreisindex | | | | | | | |
| | 2015=100 | 119,1 | ... | ... | 118,1 | x | x |
| Arbeitsmarkt | | | | | | | |
| Arbeitslose | Anzahl | 71 697 | 657 539 | 2 156 274 | 2 813 813 | 10,9 | 2,5 |
| Offene Arbeitsstellen | Anzahl | 15 323 | 133 691 | 571 670 | 706 201 | 11,5 | 2,2 |

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

Thüringen im Vergleich

| Merkmal | Veränderung Februar 2024 | | | | | | | |
|---|--------------------------|-------------------|-------------------|-----------------------|--------------------|-------------------|-------------------|-----------------------|
| | Thüringen | neue Bundesländer | alte Bundesländer | Deutschland insgesamt | Thüringen | neue Bundesländer | alte Bundesländer | Deutschland insgesamt |
| | zum Vormonat | | | | zum Vorjahresmonat | | | |
| | Prozent | | | | | | | |
| Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾ | | | | | | | | |
| Betriebe | 0,6 | 0,2 | 0,8 | 0,7 | 0,1 | -1,4 | 0,2 | -0,1 |
| Beschäftigte | 0,5 | 0,3 | 0,1 | 0,1 | 0,0 | -0,3 | 0,4 | 0,3 |
| Umsatz | 3,4 | 4,0 | 7,2 | 6,8 | -7,7 | -5,3 | -1,3 | -1,7 |
| Inlandsumsatz | 4,6 | 3,3 | 5,6 | 5,3 | -7,7 | -7,6 | -1,7 | -2,6 |
| Auslandsumsatz | 1,3 | 5,0 | 8,6 | 8,3 | -7,8 | -1,8 | -0,8 | -0,9 |
| Umsatz je Beschäftigten | 2,9 | 3,7 | 7,1 | 6,7 | -7,7 | -5,0 | -1,7 | -2,0 |
| Geleistete Arbeitsstunden | -1,8 | -3,0 | 0,6 | 0,1 | 2,0 | 2,2 | 3,3 | 3,2 |
| Entgelte | -1,1 | -2,6 | -2,2 | -2,2 | 6,3 | 5,3 | 5,6 | 5,6 |
| Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt | 12,6 | ... | ... | . | 32,4 | ... | ... | . |
| Inland | 24,1 | ... | ... | . | 39,7 | ... | ... | . |
| Ausland | -3,9 | ... | ... | . | 20,7 | ... | ... | . |
| Bauhauptgewerbe²⁾ | | | | | | | | |
| Betriebe | 0,0 | -0,4 | -0,1 | -0,2 | -2,1 | -3,9 | -0,7 | -1,4 |
| Beschäftigte | -0,3 | -0,3 | 0,1 | 0,0 | -1,1 | -1,2 | -0,2 | -0,4 |
| baugewerblicher Umsatz | 66,6 | 33,5 | 34,8 | 34,6 | -3,2 | 5,1 | 2,1 | 2,6 |
| baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | 67,1 | 33,9 | 34,7 | 34,6 | -2,1 | 6,4 | 2,3 | 3,0 |
| Geleistete Arbeitsstunden | 55,3 | 29,0 | 32,3 | 31,7 | 7,4 | 9,2 | 4,8 | 5,7 |
| Entgelte | 4,7 | 2,9 | 1,7 | 2,0 | 7,9 | 8,2 | 5,7 | 6,2 |
| Ausbaugewerbe³⁾⁴⁾ | | | | | | | | |
| Betriebe | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Beschäftigte | . | . | . | . | . | . | . | . |
| ausbaugewerblicher Umsatz | . | . | . | . | . | . | . | . |
| ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | . | . | . | . | . | . | . | . |
| Gewerbeanzeigen⁵⁾ | | | | | | | | |
| Gewerbeanmeldungen | -16,5 | -12,6 | -11,1 | -11,4 | 7,4 | 4,0 | 7,9 | 7,2 |
| Gewerbeabmeldungen | -26,6 | -23,5 | -24,7 | -24,5 | 4,4 | 5,9 | 6,1 | 6,1 |
| Insolvenzen | | | | | | | | |
| | -28,1 | -7,0 | 5,6 | 3,1 | -22,5 | 3,1 | 18,4 | 15,3 |
| Verbraucherpreisindex | | | | | | | | |
| | 0,5 | ... | ... | 0,4 | 2,5 | ... | ... | 2,5 |
| Arbeitsmarkt | | | | | | | | |
| Arbeitslose | 0,6 | 0,2 | 0,3 | 0,3 | 7,1 | 6,6 | 7,6 | 7,4 |
| Offene Arbeitsstellen | 3,8 | 2,2 | 0,9 | 1,1 | -10,9 | -5,5 | -10,0 | -9,2 |

1) Angaben für Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

2) Angaben für Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

3) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

4) Quartalsangaben

5) ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|---------|--------------------|--------|--------|--------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| Bevölkerung und Erwerbstätigkeit | | | | | | |
| 1 | Bevölkerung am Monatsende | Tausend | 2126 | 2113 | 2121 | 2124 |
| 2 | darunter Ausländer | Tausend | 112 | 118 | 145 | 170 |
| Natürliche Bevölkerungsbewegung | | | | | | |
| 3 | Eheschließungen | Anzahl | 711 | 644 | 711 | 636 |
| 4 | je 1000 Einwohner und 1 Jahr | aT | 4,0 | 3,7 | 4,0 | 3,6 |
| 5 | Lebendgeborene | Anzahl | 1333 | 1281 | 1178 | 1079 |
| 6 | je 1000 Einwohner und 1 Jahr | aT | 7,5 | 7,3 | 6,7 | 6,1 |
| 7 | Totgeborene | Anzahl | 6 | 6 | 6 | 6 |
| 8 | je 1000 Geborene | aT | 4,5 | 4,9 | 4,9 | 5,1 |
| 9 | Gestorbene (ohne Totgeborene) | Anzahl | 2519 | 2903 | 2733 | 2595 |
| 10 | je 1000 Einwohner und 1 Jahr | aT | 14,2 | 16,5 | 15,5 | 14,7 |
| 11 | Gestorbene im ersten Lebensjahr | Anzahl | 3 | 4 | 4 | 4 |
| 12 | Überschuß der Geborenen bzw. Gestorbenen (-) | Anzahl | -1186 | -1621 | -1555 | -1515 |
| 13 | je 1000 Einwohner und 1 Jahr | aT | -6,7 | -9,2 | -8,8 | -8,6 |
| Wanderungen | | | | | | |
| 14 | Über die Landesgrenze Zugezogene | Anzahl | 3916 | 4491 | 7376 | 5731 |
| 15 | darunter aus dem Ausland | Anzahl | 1708 | 2187 | 5075 | 3550 |
| 16 | Über die Landesgrenze Fortgezogene | Anzahl | 3798 | 3785 | 4287 | 4564 |
| 17 | darunter in das Ausland | Anzahl | 1298 | 1293 | 1786 | 2059 |
| 18 | Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-) | Anzahl | 118 | 707 | 3089 | 1167 |
| 19 | Innerhalb des Landes Umgezogene (Landesbinnenwanderung) | Anzahl | 4230 | 4293 | 4669 | 4892 |
| Erwerbstätigkeit und Arbeitsmarkt¹⁾ | | | | | | |
| 20 | Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer | Anzahl | 791811 | 796232 | 803295 | 799544 |
| 21 | Arbeitslose insgesamt | Anzahl | 66678 | 62249 | 58172 | 64978 |
| 22 | davon Männer | Anzahl | 38036 | 35069 | 32190 | 35913 |
| 23 | Frauen | Anzahl | 28642 | 27180 | 25983 | 29065 |
| 24 | Ausländer | Anzahl | 8744 | 7950 | 10413 | 15494 |
| 25 | Jugendliche unter 25 Jahren | Anzahl | 6078 | 5267 | 5097 | 6311 |
| 26 | Arbeitslosenquote insgesamt ²⁾ | Prozent | 6,0 | 5,6 | 5,3 | 5,9 |
| 27 | davon Männer | Prozent | 6,4 | 5,9 | 5,5 | 5,7 |
| 28 | Frauen | Prozent | 5,5 | 5,2 | 5,1 | 5,2 |
| 29 | Jugendliche unter 25 Jahren | Prozent | 7,1 | 5,9 | 5,6 | 6,0 |
| 30 | | | | | | |
| 31 | Langzeitarbeitslose | Anzahl | 20225 | 24331 | 21003 | 21252 |
| 32 | Zugang an offenen Arbeitsstellen | Anzahl | . | . | . | . |
| 33 | Bestand an offenen Arbeitsstellen | Anzahl | . | . | . | . |
| 34 | Leistungsempfänger von Arbeitslosengeld | Anzahl | 24659 | 22569 | 19273 | 21320 |

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit

2) bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|--------|-------|-------|--------|-------|--------|-----------|---------|----------|----------|--------|---------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| 2126 | 2125 | 2125 | 2124 | 2124 | 2123 | 2123 | 2124 | 2125 | 2124 | 2122 | 2121 | 2119 | 1 |
| 164 | 166 | 167 | 167 | 169 | 169 | 171 | 172 | 175 | 176 | 177 | 177 | 178 | 2 |
| 251 | 480 | 474 | 830 | 1149 | 1060 | 965 | 954 | 535 | 310 | 440 | 183 | 330 | 3 |
| 1,5 | 2,9 | 2,7 | 4,6 | 6,6 | 5,9 | 5,4 | 5,5 | 3,0 | 1,8 | 2,4 | 1,0 | 2,0 | 4 |
| 995 | 1066 | 1098 | 1133 | 1119 | 1185 | 1095 | 1108 | 1088 | 1046 | 1010 | 984 | 995 | 5 |
| 6,1 | 5,9 | 6,3 | 6,3 | 6,4 | 6,6 | 6,1 | 6,3 | 6,0 | 6,0 | 5,6 | 5,5 | 6,1 | 6 |
| . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | 7 |
| . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | 8 |
| 2535 | 2817 | 2564 | 2447 | 2335 | 2313 | 2342 | 2242 | 2611 | 2874 | 3004 | 2910 | 2772 | 9 |
| 15,5 | 15,6 | 14,7 | 13,6 | 13,4 | 12,8 | 13,0 | 12,8 | 14,5 | 16,5 | 16,7 | 16,1 | 17,0 | 10 |
| . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | . | 11 |
| -1540 | -1751 | -1466 | -1314 | -1216 | -1128 | -1247 | -1134 | -1523 | -1828 | -1994 | -1926 | -1777 | 12 |
| -9,4 | -9,7 | -8,4 | -7,3 | -7,0 | -6,3 | -6,9 | -6,5 | -8,4 | -10,5 | -11,1 | -10,7 | -10,9 | 13 |
| 4994 | 5714 | 5352 | 4400 | 5700 | 5588 | 6817 | 6958 | 7764 | 5780 | 4072 | 4498 | 4342 | 14 |
| 3269 | 3700 | 3366 | 2643 | 3871 | 3252 | 3972 | 4256 | 4551 | 3679 | 2352 | 2631 | 2622 | 15 |
| 4096 | 4396 | 4177 | 4139 | 4274 | 5041 | 5858 | 5241 | 5200 | 4510 | 3997 | 4080 | 3789 | 16 |
| 1965 | 2096 | 1932 | 2031 | 2230 | 2265 | 2512 | 2167 | 1971 | 1979 | 2056 | 1935 | 1754 | 17 |
| 898 | 1318 | 1175 | 261 | 1426 | 547 | 959 | 1717 | 2564 | 1270 | 75 | 418 | 553 | 18 |
| 4849 | 4822 | 4365 | 4920 | 4629 | 4945 | 5541 | 4755 | 4995 | 5373 | 4377 | 4467 | 4226 | 19 |
| . | 800926 | . | . | 799544 | . | . | 806780 | . | . | ... | . | . | 20 |
| 66927 | 66128 | 64753 | 63101 | 62591 | 64755 | 66928 | 64476 | 64257 | 64067 | 65524 | 71254 | 71697 | 21 |
| 37677 | 36984 | 35757 | 34817 | 34461 | 35205 | 36247 | 35325 | 35269 | 35446 | 36756 | 40509 | 41075 | 22 |
| 29250 | 29144 | 28996 | 28284 | 28130 | 29550 | 30681 | 29151 | 28988 | 28621 | 28768 | 30745 | 30622 | 23 |
| 15259 | 15523 | 15500 | 15222 | 15122 | 15491 | 16341 | 15992 | 15734 | 15282 | 15480 | 16609 | 17191 | 24 |
| 6091 | 5952 | 6006 | 5930 | 5808 | 6640 | 7455 | 6903 | 6467 | 6280 | 6351 | 6615 | 6973 | 25 |
| 6,1 | 6,1 | 5,9 | 5,8 | 5,7 | 5,9 | 6,1 | 5,9 | 5,9 | 5,8 | 6,0 | 6,5 | 6,5 | 26 |
| 6,5 | 6,4 | 6,2 | 6,0 | 5,9 | 6,0 | 6,2 | 6,1 | 6,1 | 6,1 | 6,3 | 7,0 | 7,1 | 27 |
| 5,7 | 5,7 | 5,7 | 5,5 | 5,5 | 5,8 | 6,0 | 5,7 | 5,6 | 5,6 | 5,6 | 6,0 | 6,0 | 28 |
| 6,6 | 6,4 | 6,5 | 6,0 | 5,9 | 6,7 | 7,6 | 7,0 | 6,6 | 6,4 | 6,5 | 6,7 | 7,1 | 29 |
| | | | | | | | | | | | | | 30 |
| 20480 | 20501 | 20595 | 20363 | 20800 | 21349 | 21874 | 21814 | 21978 | 22227 | 22582 | 23592 | 23607 | 31 |
| 3855 | 3335 | 3232 | 2964 | 3177 | 3002 | 3098 | 2871 | 2722 | 3040 | 3002 | 2631 | 3532 | 32 |
| 17190 | 17357 | 17517 | 17122 | 17039 | 16758 | 16339 | 16109 | 16049 | 15710 | 15342 | 14760 | 15323 | 33 |
| 23194 | 21959 | 20819 | 20244 | 20088 | 20988 | 21319 | 20312 | 20695 | 21042 | 22341 | 25204 | 25719 | 34 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|--|---|----------------------|--------------------|---------------|---------------|---------------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| Gewerbeanzeigen | | | | | | |
| 1 | Gewerbebeanmeldungen insgesamt | Anzahl | 873 | 919 | 901 | 955 |
| | darunter | | | | | |
| 2 | Verarbeitendes Gewerbe | Anzahl | 54 | 58 | 57 | 61 |
| 3 | Baugewerbe | Anzahl | 71 | 72 | 68 | 65 |
| 4 | Handel, Gastgewerbe | Anzahl | 279 | 305 | 298 | 316 |
| 5 | Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | Anzahl | 188 | 193 | 196 | 225 |
| 6 | Gewerbeabmeldungen insgesamt | Anzahl | 893 | 901 | 921 | 963 |
| | darunter | | | | | |
| 7 | Verarbeitendes Gewerbe | Anzahl | 50 | 55 | 56 | 63 |
| 8 | Baugewerbe | Anzahl | 89 | 90 | 88 | 102 |
| 9 | Handel, Gastgewerbe | Anzahl | 311 | 303 | 324 | 329 |
| 10 | Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | Anzahl | 181 | 178 | 181 | 196 |
| 11 | Neuerrichtungen | Anzahl | 706 | 754 | 737 | 780 |
| | darunter | | | | | |
| 12 | Verarbeitendes Gewerbe | Anzahl | 42 | 48 | 46 | 48 |
| 13 | Baugewerbe | Anzahl | 53 | 56 | 55 | 50 |
| 14 | Handel, Gastgewerbe | Anzahl | 220 | 240 | 229 | 248 |
| 15 | Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | Anzahl | 157 | 166 | 171 | 194 |
| 16 | Aufgaben | Anzahl | 719 | 732 | 750 | 788 |
| | darunter | | | | | |
| 17 | Verarbeitendes Gewerbe | Anzahl | 38 | 44 | 44 | 49 |
| 18 | Baugewerbe | Anzahl | 71 | 72 | 73 | 85 |
| 19 | Handel, Gastgewerbe | Anzahl | 250 | 242 | 259 | 266 |
| 20 | Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen | Anzahl | 147 | 149 | 152 | 165 |
| Landwirtschaft | | | | | | |
| 21 | Schlachtungen insgesamt¹⁾ | Stück | 28 749 | 23 493 | 23 345 | 22 168 |
| | darunter | | | | | |
| 22 | Rinder | Stück | 7 768 | 8 208 | 7 895 | 7 206 |
| 23 | Schweine | Stück | 20 362 | 14 718 | 14 906 | 14 376 |
| 24 | Schafe | Stück | 545 | 495 | 479 | 536 |
| | darunter | | | | | |
| 25 | Gewerbliche Schlachtungen insgesamt¹⁾ | Stück | 27 837 | 22 661 | 22 496 | 21 326 |
| | darunter | | | | | |
| 26 | Rinder | Stück | 7 547 | 8 004 | 7 685 | 7 000 |
| 27 | Schweine | Stück | 19 820 | 14 213 | 14 389 | 13 847 |
| 28 | Schafe | Stück | 417 | 391 | 377 | 448 |
| 29 | Schlachtmenge gewerblicher Schlachtungen insgesamt | Tonnen | 4 306 | 3 893 | 3 803 | 3 549 |
| | darunter | | | | | |
| 30 | Rinder | Tonnen | 2 381 | 2 514 | 2 417 | 2 211 |
| 31 | Schweine | Tonnen | 1 914 | 1 369 | 1 377 | 1 327 |
| 32 | Schafe | Tonnen | 10 | 9 | 9 | 11 |
| Legehennenhaltung und Eiererzeugung | | | | | | |
| 33 | Erzeugte Eier | Tausend Stück | 41 028 | 40 161 | 38 674 | 39 338 |
| 34 | Legeleistung Eier je Henne | Stück | 26,8 | 26,1 | 25,2 | 25,0 |

1) von beschauten als tauglich beurteilten Tieren

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|--------------|-----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| 969 | 1171 | 880 | 912 | 889 | 800 | 931 | 927 | 827 | 979 | 885 | 1246 | 1041 | 1 |
| 65 | 66 | 63 | 50 | 45 | 52 | 63 | 61 | 42 | 78 | 68 | 73 | 72 | 2 |
| 65 | 86 | 47 | 60 | 55 | 53 | 63 | 60 | 57 | 68 | 59 | 79 | 72 | 3 |
| 325 | 381 | 307 | 311 | 287 | 257 | 320 | 304 | 261 | 313 | 311 | 414 | 345 | 4 |
| 230 | 256 | 203 | 212 | 209 | 194 | 216 | 233 | 222 | 223 | 180 | 312 | 253 | 5 |
| 953 | 1064 | 754 | 754 | 839 | 770 | 890 | 827 | 802 | 1139 | 1440 | 1356 | 995 | 6 |
| 56 | 72 | 62 | 55 | 45 | 53 | 45 | 62 | 46 | 70 | 103 | 71 | 61 | 7 |
| 96 | 95 | 75 | 76 | 102 | 79 | 85 | 84 | 78 | 128 | 174 | 124 | 98 | 8 |
| 334 | 350 | 254 | 275 | 264 | 264 | 314 | 270 | 283 | 383 | 512 | 510 | 351 | 9 |
| 189 | 234 | 155 | 155 | 166 | 145 | 176 | 177 | 179 | 238 | 266 | 250 | 195 | 10 |
| 793 | 963 | 745 | 780 | 755 | 664 | 773 | 770 | 665 | 770 | 641 | 1000 | 891 | 11 |
| 53 | 53 | 53 | 39 | 37 | 42 | 47 | 47 | 30 | 65 | 45 | 61 | 63 | 12 |
| 47 | 69 | 38 | 53 | 46 | 42 | 50 | 51 | 41 | 51 | 40 | 61 | 60 | 13 |
| 259 | 304 | 245 | 259 | 226 | 198 | 268 | 243 | 213 | 230 | 202 | 322 | 283 | 14 |
| 203 | 225 | 180 | 183 | 190 | 171 | 186 | 205 | 188 | 185 | 148 | 263 | 225 | 15 |
| 777 | 855 | 605 | 622 | 691 | 640 | 743 | 669 | 648 | 941 | 1177 | 1121 | 807 | 16 |
| 40 | 58 | 46 | 43 | 33 | 44 | 30 | 53 | 35 | 59 | 79 | 61 | 51 | 17 |
| 82 | 81 | 62 | 68 | 82 | 70 | 72 | 74 | 61 | 105 | 142 | 110 | 86 | 18 |
| 275 | 264 | 199 | 226 | 223 | 214 | 258 | 219 | 228 | 317 | 401 | 414 | 279 | 19 |
| 155 | 202 | 132 | 131 | 134 | 122 | 155 | 135 | 148 | 203 | 243 | 208 | 163 | 20 |
| 21164 | 24658 | 19600 | 21373 | 20646 | 19762 | 21857 | 20620 | 22433 | 28134 | 23043 | 23888 | 23297 | 21 |
| 6425 | 7939 | 5931 | 6880 | 6769 | 6142 | 7019 | 7027 | 7712 | 9172 | 7933 | 8149 | 7478 | 22 |
| 14172 | 15805 | 12709 | 14256 | 13489 | 13162 | 14639 | 13325 | 14339 | 17118 | 14654 | 15203 | 15056 | 24 |
| 537 | 812 | 869 | 200 | 364 | 427 | 168 | 228 | 321 | 1739 | 432 | 510 | 749 | 24 |
| 19776 | 23383 | 19022 | 21090 | 20328 | 19724 | 21727 | 20428 | 21719 | 26200 | 21518 | 22486 | 21771 | 25 |
| 6136 | 7612 | 5764 | 6790 | 6650 | 6207 | 6973 | 6979 | 7516 | 8687 | 7586 | 7838 | 7076 | 26 |
| 13157 | 14989 | 12359 | 14107 | 13324 | 13101 | 14582 | 13241 | 13979 | 16001 | 13653 | 14225 | 14003 | 27 |
| 463 | 707 | 812 | 166 | 348 | 399 | 155 | 193 | 196 | 1442 | 274 | 409 | 682 | 28 |
| 3219 | 3893 | 3008 | 3516 | 3368 | 3136 | 3565 | 3444 | 3755 | 4371 | 3749 | 3897 | 3621 | 29 |
| 1951 | 2445 | 1809 | 2161 | 2088 | 1880 | 2164 | 2166 | 2401 | 2778 | 2432 | 2499 | 2234 | 30 |
| 1255 | 1431 | 1181 | 1351 | 1273 | 1245 | 1397 | 1272 | 1348 | 1550 | 1310 | 1385 | 1368 | 31 |
| 12 | 15 | 17 | 4 | 7 | 11 | 4 | 4 | 5 | 41 | 7 | 12 | 19 | 32 |
| 37189 | 41986 | 36317 | 36394 | 38071 | 41423 | 39793 | 36904 | 41593 | 40933 | 40657 | 40899 | 40894 | 33 |
| 23,6 | 26,4 | 23,7 | 24,5 | 25,3 | 26,0 | 25,0 | 23,0 | 25,1 | 25,3 | 25,6 | 26,1 | 24,4 | 34 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|---|----------------|--------------------|---------|---------|---------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| Produzierendes Gewerbe | | | | | | |
| Energie und Wasserversorgung | | | | | | |
| 1 | Betriebe | Anzahl | 136 | 137 | 138 | 138 |
| 2 | Beschäftigte | Anzahl | 7 296 | 7 445 | 7 508 | 7 662 |
| 3 | Geleistete Arbeitsstunden | Tausend | 942 | 946 | 940 | 954 |
| 4 | Geleistete Stunden je Beschäftigten | Stunden | 129 | 127 | 125 | 125 |
| 5 | Entgelte je Beschäftigten | Euro | 4 026 | 4 104 | 4 157 | 4 443 |
| 6 | Stromerzeugung (brutto) in öffentlichen Kraftwerken ¹⁾ | Millionen kWh | 186 | 198 | 179 | 160 |
| 7 | Stromerzeugung (netto) in öffentlichen Kraftwerken ¹⁾ | Millionen kWh | 177 | 191 | 171 | 153 |
| Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe ²⁾ | | | | | | |
| 8 | Betriebe | Anzahl | 834 | 811 | 813 | 805 |
| 9 | Beschäftigte | Anzahl | 143 796 | 141 080 | 143 397 | 144 510 |
| 10 | Geleistete Arbeitsstunden | Tausend | 18 242 | 18 364 | 18 566 | 18 623 |
| 11 | Entgelte | Tausend Euro | 432 706 | 444 892 | 476 289 | 512 236 |
| 12 | Umsatz | Millionen Euro | 2 485 | 2 752 | 3 160 | 3 172 |
| 13 | davon Inlandsumsatz | Millionen Euro | 1 567 | 1 724 | 1 985 | 2 019 |
| 14 | Auslandsumsatz | Millionen Euro | 917 | 1 028 | 1 175 | 1 153 |
| 15 | Volumenindex des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe | 2015=100 | 96,8 | 114,3 | 115,8 | 103,0 |
| 16 | davon aus dem Inland | 2015=100 | 87,4 | 101,2 | 105,5 | 94,3 |
| 17 | aus dem Ausland | 2015=100 | 115,0 | 139,5 | 135,9 | 119,8 |
| 18 | Vorleistungsgüterproduzenten | 2015=100 | 94,8 | 113,2 | 119,8 | 111,3 |
| 19 | Investitionsgüterproduzenten | 2015=100 | 94,1 | 109,0 | 106,2 | 87,2 |
| 20 | Gebrauchsgüterproduzenten | 2015=100 | 134,0 | 173,1 | 176,5 | 182,1 |
| 21 | Verbrauchsgüterproduzenten | 2015=100 | 125,4 | 132,1 | 129,8 | 134,4 |
| 22 | Beschäftigte je Betrieb | Anzahl | 172 | 174 | 176 | 180 |
| 23 | Geleistete Stunden je Beschäftigten | Stunden | 127 | 130 | 130 | 129 |
| 24 | Entgelte je Beschäftigten | Euro | 3 009 | 3 154 | 3 322 | 3 545 |
| 25 | Umsatz je Beschäftigten | Euro | 17 279 | 19 508 | 22 037 | 21 952 |
| 26 | Exportquote | Prozent | 36,9 | 37,3 | 37,2 | 36,4 |

1) seit 2019 ohne Stromerzeugung aus Pumpspeichieranlagen mittels Pumpbetrieb (ausgespeicherte Elektrizität von Pumpspeichieranlagen)

2) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|-----------|---------|----------|----------|--------|---------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 138 | 140 | 139 | 1 |
| 7554 | 7542 | 7577 | 7611 | 7586 | 7612 | 7696 | 7746 | 7779 | 7840 | 7854 | 7853 | 7869 | 2 |
| 937 | 1084 | 851 | 932 | 1001 | 919 | 997 | 913 | 895 | 1051 | 847 | 1067 | 1018 | 3 |
| 124 | 144 | 112 | 122 | 132 | 121 | 130 | 118 | 115 | 134 | 108 | 136 | 129 | 4 |
| 3833 | 3852 | 4280 | 4443 | 4175 | 4224 | 3966 | 3961 | 4253 | 7064 | 5260 | 4123 | 4050 | 5 |
| 242 | 223 | 167 | 124 | 97 | 102 | 112 | 82 | 119 | 190 | 226 | 269 | 214 | 6 |
| 232 | 213 | 159 | 116 | 91 | 96 | 106 | 78 | 113 | 182 | 218 | 260 | 207 | 7 |
| 800 | 801 | 803 | 806 | 809 | 808 | 807 | 807 | 807 | 807 | 808 | 796 | 801 | 8 |
| 143965 | 144087 | 144129 | 144312 | 144443 | 144586 | 145276 | 145430 | 145322 | 145083 | 144380 | 143242 | 143937 | 9 |
| 18811 | 20769 | 17185 | 18576 | 19611 | 18114 | 19142 | 18120 | 17761 | 19941 | 15288 | 19541 | 19195 | 10 |
| 485826 | 490301 | 487542 | 512121 | 530609 | 510926 | 497606 | 485914 | 495998 | 618171 | 535322 | 522022 | 516465 | 11 |
| 3241 | 3769 | 2919 | 3175 | 3620 | 2964 | 3163 | 3176 | 2904 | 3283 | 2735 | 2892 | 2990 | 12 |
| 2060 | 2382 | 1893 | 2042 | 2240 | 1918 | 2049 | 1967 | 1879 | 2113 | 1664 | 1817 | 1902 | 13 |
| 1181 | 1387 | 1026 | 1134 | 1380 | 1046 | 1114 | 1208 | 1025 | 1170 | 1072 | 1075 | 1088 | 14 |
| 100,3 | 119,6 | 97,8 | 98,4 | 115,2 | 94,0 | 96,7 | 100,8 | 98,0 | 101,9 | 86,6 | 117,9 | 132,8 | 15 |
| 93,7 | 109,0 | 92,2 | 90,7 | 102,2 | 89,8 | 88,7 | 88,6 | 86,3 | 94,2 | 73,1 | 105,5 | 130,9 | 16 |
| 113,1 | 140,1 | 108,6 | 113,3 | 140,5 | 102,3 | 112,0 | 124,6 | 120,7 | 116,7 | 112,9 | 142,1 | 136,5 | 17 |
| 110,1 | 129,7 | 101,9 | 110,4 | 122,6 | 104,6 | 106,3 | 114,4 | 109,1 | 118,9 | 90,4 | 107,7 | 116,4 | 18 |
| 86,9 | 104,2 | 79,2 | 84,3 | 92,5 | 80,9 | 75,3 | 81,5 | 77,8 | 79,1 | 72,9 | 113,9 | 145,1 | 19 |
| 131,9 | 176,4 | 246,3 | 124,1 | 281,7 | 126,7 | 220,6 | 172,1 | 195,2 | 170,1 | 190,0 | 239,7 | 139,0 | 20 |
| 157,3 | 154,8 | 128,0 | 136,1 | 135,5 | 118,4 | 135,1 | 125,6 | 140,9 | 145,0 | 105,8 | 162,9 | 174,4 | 21 |
| 180 | 180 | 179 | 179 | 179 | 179 | 180 | 180 | 180 | 180 | 179 | 180 | 180 | 22 |
| 131 | 144 | 119 | 129 | 136 | 125 | 132 | 125 | 122 | 137 | 106 | 136 | 133 | 23 |
| 3375 | 3403 | 3383 | 3549 | 3673 | 3534 | 3425 | 3341 | 3413 | 4261 | 3708 | 3644 | 3588 | 24 |
| 22511 | 26161 | 20251 | 22004 | 25061 | 20498 | 21772 | 21835 | 19981 | 22631 | 18946 | 20188 | 20773 | 25 |
| 36,4 | 36,8 | 35,1 | 35,7 | 38,1 | 35,3 | 35,2 | 38,0 | 35,3 | 35,6 | 39,2 | 37,2 | 36,4 | 26 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------|--|--------------|--------------------|-----------|-----------|-----------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| | Baugewerbe insgesamt ^{1) 3)} | | | | | |
| 1 | Betriebe | Anzahl | 518 | 556 | 556 | 544 |
| 2 | Beschäftigte | Anzahl | 23 311 | 24 107 | 23 724 | 23 498 |
| 3 | Umsatz | Tausend Euro | 880 993 | 903 939 | 955 638 | 982 309 |
| | Bauhauptgewerbe ¹⁾ | | | | | |
| 4 | Betriebe | Anzahl | 296 | 295 | 292 | 288 |
| 5 | Beschäftigte | Anzahl | 14 484 | 14 499 | 14 230 | 14 196 |
| 6 | Geleistete Arbeitsstunden | Tausend | 1 444 | 1 399 | 1 357 | 1 303 |
| 7 | davon für den Wohnungsbau | Tausend | 176 | 175 | 186 | 152 |
| 8 | gewerblichen Bau | Tausend | 521 | 507 | 497 | 490 |
| 9 | öffentlicher und Straßenbau | Tausend | 746 | 717 | 675 | 661 |
| 10 | Entgelte | Tausend Euro | 44 385 | 45 424 | 46 610 | 47 559 |
| 11 | Umsatz | Tausend Euro | 197 652 | 192 644 | 206 683 | 208 509 |
| 12 | Baugewerblicher Umsatz | Tausend Euro | 195 886 | 190 685 | 204 822 | 206 651 |
| 13 | davon Wohnungsbau | Tausend Euro | 23 178 | 21 384 | 24 434 | 20 387 |
| 14 | gewerblicher Bau | Tausend Euro | 67 825 | 69 188 | 77 183 | 76 291 |
| 15 | öffentlicher und Straßenbau | Tausend Euro | 104 883 | 100 113 | 103 205 | 109 974 |
| 16 | Auftragseingang | Tausend Euro | 177 068 | 182 241 | 192 325 | 202 177 |
| 17 | Auftragsbestand ³⁾ | Tausend Euro | 1 240 047 | 1 337 567 | 1 431 243 | 1 557 253 |
| 18 | Beschäftigte je Betrieb | Anzahl | 49 | 49 | 49 | 49 |
| 19 | Entgelte je Beschäftigten | Euro | 3 064 | 3 133 | 3 276 | 3 350 |
| 20 | Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | Euro | 13 524 | 13 152 | 14 394 | 14 557 |
| | Ausbaugewerbe ^{2) 3)} | | | | | |
| 21 | Betriebe | Anzahl | 223 | 262 | 264 | 257 |
| 22 | Beschäftigte | Anzahl | 8 827 | 9 608 | 9 494 | 9 301 |
| 23 | Geleistete Arbeitsstunden | Tausend | 2 922 | 3 128 | 2 998 | 2 905 |
| 24 | Entgelte | Tausend Euro | 72 418 | 80 443 | 84 637 | 87 621 |
| 25 | Umsatz | Tausend Euro | 288 037 | 326 008 | 335 589 | 356 781 |
| 26 | Ausbaugewerblicher Umsatz | Tausend Euro | 278 597 | 317 174 | 325 714 | 344 631 |
| 27 | Beschäftigte je Betrieb | Anzahl | 40 | 37 | 36 | 36 |
| 28 | Entgelte je Beschäftigten | Euro | 8 204 | 8 373 | 8 915 | 9 420 |
| 29 | Ausbaugewerblicher Umsatz je Beschäftigten | Euro | 31 562 | 33 011 | 34 307 | 37 053 |

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

2) 2018 bis 2020 Anhebung der Berichtskreisuntergrenze von 20 auf 23 und mehr tätigen Personen

3) Quartalsangaben

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|---------|--------|--------|---------|--------|--------|-----------|---------|----------|----------|--------|---------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| . | 548 | . | . | 546 | . | . | 543 | . | . | 539 | . | . | 1 |
| . | 23432 | . | . | 23632 | . | . | 23653 | . | . | 23274 | . | . | 2 |
| . | 700926 | . | . | 979373 | . | . | 1083050 | . | . | 1165886 | . | . | 3 |
| 291 | 290 | 290 | 289 | 289 | 288 | 286 | 285 | 284 | 284 | 283 | 285 | 285 | 4 |
| 14142 | 14300 | 14350 | 14310 | 14308 | 14242 | 14246 | 14206 | 14139 | 14064 | 13911 | 14027 | 13983 | 5 |
| 1030 | 1385 | 1333 | 1454 | 1533 | 1444 | 1532 | 1406 | 1333 | 1488 | 846 | 712 | 1106 | 6 |
| 136 | 169 | 161 | 173 | 171 | 160 | 160 | 157 | 151 | 157 | 95 | 89 | 124 | 7 |
| 419 | 547 | 489 | 541 | 572 | 542 | 569 | 503 | 487 | 547 | 315 | 289 | 448 | 8 |
| 475 | 669 | 683 | 740 | 791 | 741 | 803 | 747 | 695 | 784 | 437 | 333 | 534 | 9 |
| 37681 | 43830 | 47135 | 51504 | 51026 | 50461 | 50650 | 48236 | 49227 | 58731 | 44288 | 38815 | 40641 | 10 |
| 137357 | 204563 | 190500 | 210453 | 240134 | 237515 | 232015 | 252748 | 225967 | 271301 | 207349 | 79798 | 133014 | 11 |
| 135864 | 202477 | 188766 | 208265 | 238154 | 235721 | 229984 | 250977 | 224016 | 269248 | 205416 | 78978 | 131539 | 12 |
| 15400 | 25885 | 20127 | 21036 | 23695 | 25214 | 22053 | 23269 | 17744 | 21974 | 16818 | 7094 | 15152 | 13 |
| 54133 | 72824 | 68730 | 74645 | 85211 | 80288 | 71616 | 93671 | 86489 | 107360 | 83093 | 36337 | 47703 | 14 |
| 66331 | 103767 | 99910 | 112585 | 129248 | 130219 | 136315 | 134037 | 119783 | 139914 | 105506 | 35547 | 68684 | 15 |
| 146830 | 207603 | 197964 | 184963 | 388993 | 217060 | 199951 | 199365 | 139851 | 186614 | 182569 | 143684 | 155565 | 16 |
| . | 1465544 | . | . | 1677411 | . | . | 1577870 | . | . | 1508188 | . | . | 17 |
| 49 | 49 | 49 | 50 | 50 | 49 | 50 | 50 | 50 | 50 | 49 | 49 | 49 | 18 |
| 2664 | 3065 | 3285 | 3599 | 3566 | 3543 | 3555 | 3395 | 3482 | 4176 | 3184 | 2767 | 2906 | 19 |
| 9607 | 14159 | 13154 | 14554 | 16645 | 16551 | 16144 | 17667 | 15844 | 19144 | 14766 | 5630 | 9407 | 20 |
| . | 257 | . | . | 257 | . | . | 257 | . | . | 255 | . | . | 21 |
| . | 9238 | . | . | 9309 | . | . | 9422 | . | . | 9236 | . | . | 22 |
| . | 2947 | . | . | 2908 | . | . | 2977 | . | . | 2787 | . | . | 23 |
| . | 83347 | . | . | 87901 | . | . | 86925 | . | . | 92312 | . | . | 24 |
| . | 266797 | . | . | 338286 | . | . | 360772 | . | . | 461269 | . | . | 25 |
| . | 256939 | . | . | 326347 | . | . | 347345 | . | . | 447893 | . | . | 26 |
| . | 36 | . | . | 36 | . | . | 37 | . | . | 36 | . | . | 27 |
| . | 9022 | . | . | 9443 | . | . | 9226 | . | . | 9995 | . | . | 28 |
| . | 27813 | . | . | 35057 | . | . | 36865 | . | . | 48494 | . | . | 29 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|-----------------------------------|--|----------------------|--------------------|------------------|------------------|------------------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| Bautätigkeit | | | | | | |
| 1 | Gemeldete Baugenehmigungen¹⁾ | Anzahl | 421 | 439 | 380 | 272 |
| 2 | Wohngebäude | Anzahl | 316 | 320 | 274 | 178 |
| 3 | veranschlagte Kosten der Bauwerke | Tausend Euro | 96 092 | 91 719 | 94 156 | 59 267 |
| 4 | Wohnfläche | 1 000 m ² | 53 | 46 | 47 | 27 |
| 5 | Nichtwohngebäude | Anzahl | 105 | 119 | 105 | 94 |
| 6 | veranschlagte Kosten der Bauwerke | Tausend Euro | 75 795 | 93 820 | 70 145 | 69 191 |
| 7 | Nutzfläche | 1 000 m ² | 58 | 69 | 74 | 55 |
| 8 | Wohnungen insgesamt | Anzahl | 487 | 391 | 446 | 249 |
| 9 | Wohnräume insgesamt | Anzahl | 1 968 | 1 752 | 1 769 | 994 |
| 10 | Gemeldete Baugenehmigungen zur Errichtung neuer Gebäude | Anzahl | 247 | 254 | 227 | 140 |
| 11 | Wohngebäude | Anzahl | 176 | 171 | 155 | 75 |
| 12 | darunter mit 1 oder 2 Wohnungen | Anzahl | 162 | 157 | 141 | 67 |
| 13 | veranschlagte Kosten der Bauwerke | Tausend Euro | 71 393 | 65 562 | 72 835 | 39 607 |
| 14 | umbauter Raum | 1 000 m ³ | 221 | 190 | 193 | 97 |
| 15 | Wohnfläche | 1 000 m ² | 41 | 36 | 38 | 18 |
| 16 | Nichtwohngebäude | Anzahl | 70 | 83 | 72 | 65 |
| 17 | veranschlagte Kosten der Bauwerke | Tausend Euro | 60 903 | 79 033 | 53 323 | 54 653 |
| 18 | umbauter Raum | 1 000 m ³ | 397 | 496 | 449 | 415 |
| 19 | Nutzfläche | 1 000 m ² | 52 | 64 | 70 | 51 |
| 20 | Wohnungen insgesamt | Anzahl | 388 | 317 | 385 | 190 |
| 21 | Wohnräume insgesamt | Anzahl | 1 611 | 1 402 | 1 473 | 736 |
| Handel und Gastgewerbe | | | | | | |
| Außenhandel | | | | | | |
| 22 | Ausfuhr (Spezialhandel) | Tausend Euro | 1 205 626 | 1 416 261 | 1 468 131 | 1 555 860 |
| Ausfuhr nach Warengruppen | | | | | | |
| 23 | Ernährungswirtschaft | Tausend Euro | 81 495 | 87 919 | 107 992 | 120 241 |
| 24 | Gewerbliche Wirtschaft | Tausend Euro | 1 103 475 | 1 310 027 | 1 321 014 | 1 364 824 |
| davon | | | | | | |
| 25 | Rohstoffe | Tausend Euro | 9 376 | 11 597 | 16 511 | 24 399 |
| 26 | Halbwaren | Tausend Euro | 49 392 | 63 139 | 71 914 | 64 606 |
| 27 | Fertigwaren | Tausend Euro | 1 044 707 | 1 235 291 | 1 232 588 | 1 275 819 |
| Ausfuhr nach ausgewählten Ländern | | | | | | |
| 28 | Vereinigte Staaten | Tausend Euro | 93 301 | 131 470 | 153 022 | 160 852 |
| 29 | Polen | Tausend Euro | 59 821 | 81 786 | 97 762 | 101 264 |
| 30 | Frankreich | Tausend Euro | 78 498 | 87 978 | 95 891 | 102 735 |
| 31 | Volksrepublik China | Tausend Euro | 73 689 | 89 828 | 92 001 | 104 002 |
| 32 | Österreich | Tausend Euro | 68 231 | 83 925 | 90 986 | 94 563 |
| 33 | Vereinigtes Königreich | Tausend Euro | 71 570 | 70 432 | 80 424 | 85 858 |
| 34 | Ausfuhr in EU-Länder (EU-27) | Tausend Euro | 663 113 | 779 312 | 799 028 | 828 424 |
| 35 | Einfuhr (Generalhandel) | Tausend Euro | 933 962 | 1 144 708 | 1 522 038 | 1 592 675 |
| Einfuhr nach Warengruppen | | | | | | |
| 36 | Ernährungswirtschaft | Tausend Euro | 112 799 | 119 624 | 138 363 | 146 414 |
| 37 | Gewerbliche Wirtschaft | Tausend Euro | 754 055 | 957 985 | 1 306 894 | 1 325 080 |
| davon | | | | | | |
| 38 | Rohstoffe | Tausend Euro | 5 745 | 6 541 | 7 798 | 7 486 |
| 39 | Halbwaren | Tausend Euro | 37 352 | 51 955 | 60 421 | 47 476 |
| 40 | Fertigwaren | Tausend Euro | 710 958 | 899 488 | 1 238 675 | 1 270 118 |
| Einfuhr nach ausgewählten Ländern | | | | | | |
| 41 | Volksrepublik China | Tausend Euro | 134 368 | 213 009 | 413 661 | 460 988 |
| 42 | Polen | Tausend Euro | 71 717 | 86 790 | 105 812 | 113 519 |
| 43 | Niederlande | Tausend Euro | 71 154 | 82 957 | 94 868 | 102 562 |
| 44 | Italien | Tausend Euro | 63 162 | 76 717 | 91 413 | 92 067 |
| 45 | Vereinigtes Königreich | Tausend Euro | 77 500 | 55 717 | 80 134 | 94 933 |
| 46 | Österreich | Tausend Euro | 54 677 | 68 870 | 79 535 | 77 820 |
| 47 | Einfuhr aus EU-Ländern (EU-27) | Tausend Euro | 549 528 | 659 573 | 758 871 | 763 850 |

1) einschließlich Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|---------|----------|----------|---------|------------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| 257 | 343 | 294 | 290 | 321 | 288 | 289 | 255 | 215 | 236 | 204 | 217 | 244 | 1 |
| 179 | 236 | 203 | 197 | 209 | 187 | 192 | 146 | 126 | 144 | 131 | 135 | 158 | 2 |
| 63544 | 69873 | 51648 | 70952 | 68153 | 92987 | 47732 | 43055 | 35025 | 38856 | 52455 | 42448 | 59193 | 3 |
| 27 | 29 | 27 | 34 | 31 | 35 | 18 | 23 | 15 | 18 | 24 | 17 | 28 | 4 |
| 78 | 107 | 91 | 93 | 112 | 101 | 97 | 109 | 89 | 92 | 73 | 82 | 86 | 5 |
| 95430 | 76748 | 30910 | 42474 | 117081 | 88730 | 73304 | 69800 | 58178 | 89778 | 33861 | 41707 | 69845 | 6 |
| 69 | 52 | 28 | 30 | 61 | 70 | 83 | 65 | 72 | 71 | 27 | 27 | 40 | 7 |
| 242 | 232 | 273 | 336 | 277 | 407 | 133 | 229 | 142 | 141 | 207 | 150 | 324 | 8 |
| 998 | 1129 | 1015 | 1163 | 1079 | 1127 | 643 | 1135 | 587 | 626 | 983 | 603 | 1064 | 9 |
| 151 | 198 | 119 | 145 | 172 | 134 | 127 | 145 | 107 | 120 | 103 | 109 | 130 | 10 |
| 93 | 128 | 67 | 84 | 98 | 58 | 63 | 63 | 44 | 60 | 50 | 48 | 70 | 11 |
| 85 | 119 | 65 | 71 | 89 | 50 | 53 | 58 | 37 | 56 | 37 | 44 | 57 | 12 |
| 36283 | 51347 | 27795 | 49198 | 46019 | 64147 | 26000 | 32559 | 23668 | 23435 | 37363 | 19993 | 46575 | 13 |
| 87 | 119 | 70 | 127 | 127 | 120 | 61 | 94 | 54 | 61 | 100 | 54 | 100 | 14 |
| 16 | 23 | 14 | 24 | 23 | 22 | 11 | 17 | 11 | 12 | 18 | 11 | 20 | 15 |
| 58 | 70 | 52 | 61 | 74 | 76 | 64 | 82 | 63 | 60 | 53 | 61 | 60 | 16 |
| 73835 | 68895 | 17678 | 26145 | 92260 | 73742 | 55364 | 59160 | 39644 | 81189 | 24215 | 30360 | 54147 | 17 |
| 695 | 360 | 167 | 142 | 360 | 547 | 717 | 411 | 721 | 535 | 164 | 186 | 255 | 18 |
| 68 | 50 | 25 | 23 | 52 | 66 | 80 | 57 | 68 | 68 | 24 | 25 | 36 | 19 |
| 139 | 218 | 156 | 289 | 212 | 261 | 113 | 201 | 100 | 134 | 159 | 116 | 208 | 20 |
| 635 | 959 | 545 | 935 | 845 | 728 | 458 | 945 | 428 | 475 | 721 | 393 | 770 | 21 |
| 1579477 | 1679361 | 1395713 | 1567931 | 1712836 | 1543390 | 1569768 | 1532312 | 1553261 | 1699071 | 1302993 | 1541881 | 1678160 | 22 |
| 112373 | 111468 | 111016 | 132684 | 119603 | 113669 | 130809 | 124836 | 133732 | 124866 | 108092 | 110479 | 115379 | 23 |
| 1397179 | 1503586 | 1215718 | 1363118 | 1528419 | 1348358 | 1377074 | 1343121 | 1348853 | 1500447 | 1120549 | 1308470 | 1428582 | 24 |
| 30592 | 26386 | 17148 | 15500 | 19347 | 19057 | 23585 | 27087 | 31787 | 34406 | 23583 | 22989 | 20497 | 25 |
| 79037 | 77470 | 54250 | 63659 | 69295 | 66070 | 53830 | 69956 | 58460 | 63946 | 57131 | 61402 | 69567 | 26 |
| 1287550 | 1399729 | 1144320 | 1283958 | 1439778 | 1263230 | 1299659 | 1246079 | 1258606 | 1402094 | 1039835 | 1224079 | 1338518 | 27 |
| 147633 | 166909 | 121914 | 144178 | 170045 | 166073 | 160652 | 159021 | 187600 | 197580 | 155147 | 166074 | 210660 | 28 |
| 112859 | 106936 | 100312 | 102893 | 100631 | 94997 | 103814 | 96214 | 105315 | 105729 | 92315 | 110192 | 125804,813 | 29 |
| 113490 | 105996 | 97440 | 105262 | 118157 | 111705 | 92341 | 96028 | 93902 | 104801 | 80740 | 106065 | 106048 | 30 |
| 90791 | 123316 | 73308 | 78989 | 113320 | 119080 | 141208 | 98582 | 104992 | 121544 | 82416 | 98671 | 88437 | 31 |
| 102429 | 102867 | 94074 | 97798 | 105359 | 90904 | 88080 | 87989 | 96957 | 92351 | 76498 | 87579 | 96168 | 32 |
| 84209 | 91041 | 65146 | 88773 | 94547 | 96810 | 89499 | 93277 | 78675 | 98843 | 72634 | 99909 | 93268 | 33 |
| 897067 | 894231 | 810047 | 850551 | 901385 | 785629 | 809700 | 815180 | 809013 | 863122 | 664001 | 856578 | 888678 | 34 |
| 1598041 | 1850933 | 1735696 | 1687472 | 1744635 | 1376667 | 1506909 | 1520256 | 1488225 | 1728644 | 1270804 | 1496687 | 1543845 | 35 |
| 148720 | 172517 | 134586 | 172254 | 150749 | 145257 | 152925 | 71924 | 171410 | 166187 | 126606 | 154303 | 143584 | 36 |
| 1342212 | 1565173 | 1502670 | 1383607 | 1479573 | 1111038 | 1237555 | 1320676 | 1191349 | 1419422 | 1003459 | 1194327 | 1230907 | 37 |
| 7772 | 7691 | 6988 | 7626 | 8408 | 6277 | 8312 | 7432 | 6673 | 8776 | 6290 | 8198 | 8418 | 38 |
| 50374 | 49167 | 53938 | 54056 | 49410 | 45665 | 39040 | 49346 | 49398 | 42828 | 36245 | 43813 | 46933 | 39 |
| 1284065 | 1508315 | 1441743 | 1321925 | 1421755 | 1059097 | 1190203 | 1263898 | 1135278 | 1367817 | 960924 | 1142316 | 1175556 | 40 |
| 451440 | 603273 | 608708 | 522514 | 537498 | 310025 | 418474 | 448673 | 393560 | 448080 | 270738 | 377133 | 412678 | 41 |
| 116962 | 128055 | 112183 | 109317 | 117913 | 106121 | 118803 | 107978 | 113630 | 137648 | 93796 | 111299 | 106120 | 42 |
| 112901 | 116335 | 98748 | 115746 | 112629 | 99611 | 104074 | 75946 | 96404 | 103942 | 87064 | 110202 | 102124 | 43 |
| 92684 | 113891 | 82223 | 95965 | 98118 | 93560 | 85079 | 71056 | 105949 | 99817 | 81314 | 83593 | 94806,591 | 44 |
| 86705 | 95119 | 98928 | 84218 | 103673 | 79132 | 94238 | 108023 | 61615 | 140383 | 104837 | 94841 | 108443 | 45 |
| 78020 | 87229 | 74271 | 79581 | 84576 | 75532 | 71184 | 77295 | 84797 | 87445 | 62218 | 74320 | 77403 | 46 |
| 805631 | 867859 | 741891 | 804572 | 806133 | 730276 | 723329 | 690496 | 776225 | 835050 | 638704 | 761569 | 753008 | 47 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------|--|-----------------|--------------------|----------------|----------------|----------------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| | Einzelhandel¹⁾ | | | | | |
| 1 | Beschäftigte | 2015=100 | 105,6 | 106,0 | 107,3 | 108,3 |
| | darunter | | | | | |
| 2 | Einzelhandel mit Waren verschiedener Art | 2015=100 | 114,8 | 117,4 | 118,3 | 121,0 |
| 3 | Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren | 2015=100 | 95,7 | 94,9 | 94,0 | 95,0 |
| 4 | Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen) | 2015=100 | 88,6 | 90,9 | 93,7 | 99,7 |
| 5 | Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf | 2015=100 | 98,4 | 97,5 | 95,4 | 93,2 |
| 6 | Umsatz²⁾ | 2015=100 | 111,1 | 108,4 | 107,8 | 104,5 |
| | darunter | | | | | |
| 7 | Einzelhandel mit Waren verschiedener Art | 2015=100 | 115,2 | 115,1 | 110,2 | 107,6 |
| 8 | Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren | 2015=100 | 100,2 | 97,9 | 91,1 | 88,4 |
| 9 | Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen) | 2015=100 | 100,0 | 98,4 | 95,0 | 91,4 |
| 10 | Einzelhandel mit sonstigen Haushaltsgeräten, Textilien, Heimwerker- und Einrichtungsbedarf | 2015=100 | 103,3 | 84,2 | 88,6 | 76,2 |
| | Gastgewerbe | | | | | |
| 11 | Beschäftigte | 2015=100 | 84,2 | 78,1 | 83,2 | 89,2 |
| | davon | | | | | |
| 12 | Beherbergung | 2015=100 | 93,2 | 86,3 | 90,7 | 106,3 |
| 13 | Gastronomie | 2015=100 | 80,3 | 74,6 | 79,9 | 82,4 |
| 14 | Umsatz²⁾ | 2015=100 | 68,5 | 69,2 | 85,8 | 88,1 |
| | davon | | | | | |
| 15 | Beherbergung | 2015=100 | 75,6 | 73,3 | 101,0 | 116,4 |
| 16 | Gastronomie | 2015=100 | 64,4 | 66,5 | 79,6 | 76,3 |
| | Fremdenverkehr (einschl. Campingplätze) | | | | | |
| 17 | Gästeankünfte | Anzahl | 194 865 | 188 028 | 284 030 | 316 215 |
| 18 | darunter von Auslandsgästen | Anzahl | 8 047 | 8 513 | 15 978 | 19 331 |
| 19 | Gästeübernachtungen | Anzahl | 558 015 | 551 588 | 757 256 | 824 216 |
| 20 | darunter von Auslandsgästen | Anzahl | 20 770 | 24 633 | 38 984 | 46 035 |
| | Verkehr | | | | | |
| | Kraftfahrzeuge | | | | | |
| 21 | Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge³⁾ | Anzahl | 6 091 | 5 308 | 5 406 | 5 375 |
| | darunter | | | | | |
| 22 | Personen- und Kombinationskraftwagen | Anzahl | 4 715 | 3 984 | 3 967 | 3 951 |
| 23 | Lastkraftwagen | Anzahl | 658 | 618 | 594 | 584 |
| 24 | Krafträder einschl. Kraftroller | Anzahl | 393 | 349 | 516 | 514 |
| | Straßenverkehrsunfälle | | | | | |
| 25 | Unfälle insgesamt | Anzahl | 3 993 | 3 976 | 4 110 | 4 206 |
| | davon | | | | | |
| 26 | mit Personenschaden | Anzahl | 430 | 417 | 464 | 466 |
| 27 | mit nur Sachschaden | Anzahl | 3 563 | 3 559 | 3 646 | 3 741 |
| 28 | Getötete Personen | Anzahl | 7 | 7 | 7 | 8 |
| 29 | Verletzte Personen | Anzahl | 542 | 525 | 591 | 594 |

1) ohne Handel mit Kfz

2) Preisbasis 2015

3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|---------|---------|---------|---------|-----------|-----------|-----------|---------|----------|----------|---------|---------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| 108,3 | 108,1 | 108,2 | 108,1 | 108,1 | 108,1 | 108,2 | 108,4 | 108,6 | 108,8 | 108,8 | ... | ... | 1 |
| 121,1 | 120,8 | 120,7 | 120,2 | 120,4 | 120,6 | 120,9 | 121,0 | 121,2 | 121,7 | 122,3 | ... | ... | 2 |
| 95,2 | 95,2 | 96,1 | 96,8 | 96,9 | 94,7 | 95,0 | 94,7 | 94,5 | 93,9 | 92,8 | ... | ... | 3 |
| 95,6 | 96,6 | 97,4 | 97,6 | 98,3 | 100,5 | 101,8 | 101,4 | 102,0 | 104,0 | 105,0 | ... | ... | 4 |
| 93,2 | 93,5 | 93,7 | 94,8 | 93,7 | 93,4 | 93,0 | 92,9 | 93,0 | 91,9 | 91,1 | ... | ... | 5 |
| 93,7 | 109,5 | 100,4 | 108,3 | 108,0 | 103,2 | 104,6 | 102,2 | 101,8 | 111,7 | 113,8 | ... | ... | 6 |
| 97,0 | 112,0 | 104,0 | 109,8 | 110,3 | 105,2 | 107,7 | 104,8 | 104,1 | 114,5 | 122,5 | ... | ... | 7 |
| 77,7 | 88,0 | 89,7 | 98,1 | 97,8 | 92,5 | 90,2 | 87,6 | 83,2 | 83,9 | 92,9 | ... | ... | 8 |
| 82,5 | 89,7 | 87,0 | 94,8 | 96,3 | 93,4 | 95,3 | 94,4 | 94,0 | 94,2 | 91,8 | ... | ... | 9 |
| 69,8 | 85,5 | 80,3 | 87,4 | 78,9 | 75,6 | 75,6 | 73,0 | 74,3 | 78,5 | 69,4 | ... | ... | 10 |
| 84,3 | 85,7 | 87,9 | 90,1 | 91,8 | 92,8 | 91,8 | 91,5 | 91,0 | 89,7 | 89,3 | ... | ... | 11 |
| 100,2 | 102,1 | 104,8 | 105,9 | 107,9 | 110,1 | 110,3 | 109,4 | 109,0 | 108,0 | 107,7 | ... | ... | 12 |
| 77,9 | 79,1 | 81,1 | 83,7 | 85,3 | 85,9 | 84,5 | 84,4 | 83,9 | 82,5 | 82,1 | ... | ... | 13 |
| 74,9 | 83,9 | 87,3 | 95,6 | 95,3 | 92,9 | 92,2 | 100,5 | 93,7 | 83,4 | 87,1 | ... | ... | 14 |
| 91,1 | 103,0 | 115,1 | 131,1 | 127,7 | 121,0 | 127,3 | 139,4 | 133,7 | 112,5 | 119,5 | ... | ... | 15 |
| 68,2 | 76,0 | 75,7 | 80,7 | 81,8 | 81,3 | 77,5 | 84,1 | 76,8 | 71,2 | 73,6 | ... | ... | 16 |
| 214 710 | 259 003 | 306 020 | 394 190 | 392 604 | 370 586 | 409 145 | 396 726 | 344 047 | 268 536 | 257 240 | 195 223 | 215 841 | 17 |
| 12 517 | 13 054 | 15 957 | 21 880 | 24 459 | 33 053 | 28 461 | 24 378 | 18 507 | 15 609 | 13 307 | 12 275 | 12 555 | 18 |
| 612 737 | 662 692 | 806 239 | 987 570 | 958 312 | 1 029 172 | 1 129 808 | 969 510 | 916 452 | 666 442 | 646 949 | 525 829 | 597 436 | 19 |
| 36 306 | 32 902 | 38 154 | 51 025 | 58 053 | 72 186 | 66 685 | 56 145 | 44 986 | 37 169 | 32 499 | 30 853 | 31 064 | 20 |
| 5 149 | 7 360 | 4 780 | 5 635 | 6 548 | 5 131 | 5 920 | 4 834 | 4 413 | 5 317 | 5 137 | 4 197 | 4 890 | 21 |
| 3 566 | 4 869 | 3 280 | 3 956 | 4 817 | 3 781 | 4 463 | 3 720 | 3 384 | 4 135 | 4 140 | 3 223 | 3 513 | 22 |
| 484 | 775 | 468 | 642 | 658 | 453 | 643 | 494 | 510 | 708 | 651 | 608 | 715 | 23 |
| 792 | 1 339 | 693 | 698 | 646 | 549 | 443 | 368 | 246 | 170 | 77 | 113 | 342 | 24 |
| 3 539 | 4 018 | 3 915 | 4 461 | 4 506 | 4 150 | 4 355 | 4 404 | 4 291 | 4 800 | 4 162 | 4 015 | 3 372 | 25 |
| 322 | 354 | 367 | 527 | 615 | 546 | 552 | 601 | 516 | 455 | 390 | 379 | 297 | 26 |
| 3 217 | 3 664 | 3 548 | 3 934 | 3 891 | 3 604 | 3 803 | 3 803 | 3 775 | 4 345 | 3 772 | 3 636 | 3 075 | 27 |
| 5 | 6 | 12 | 13 | 8 | 6 | 11 | 7 | 9 | 7 | 5 | 7 | 4 | 28 |
| 414 | 488 | 470 | 652 | 766 | 721 | 685 | 769 | 639 | 558 | 522 | 487 | 377 | 29 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|---|--|----------|--------------------|-------|-------|-------|
| | | | Monatsdurchschnitt | | | |
| Preise | | | | | | |
| Preisindex für die Lebenshaltung | | | | | | |
| 1 | Verbraucherpreisindex | 2020=100 | 100,0 | 103,2 | 110,9 | 117,8 |
| | davon | | | | | |
| 2 | Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke | 2020=100 | 100,0 | 103,6 | 117,6 | 133,3 |
| 3 | Alkoholische Getränke, Tabakwaren | 2020=100 | 100,0 | 104,5 | 108,5 | 118,1 |
| 4 | Bekleidung und Schuhe | 2020=100 | 100,0 | 101,1 | 102,4 | 105,8 |
| 5 | Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe | 2020=100 | 100,0 | 101,6 | 108,6 | 113,4 |
| 6 | Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör | 2020=100 | 100,0 | 102,4 | 112,5 | 119,5 |
| 7 | Gesundheit | 2020=100 | 100,0 | 101,0 | 102,4 | 105,7 |
| 8 | Verkehr | 2020=100 | 100,0 | 107,7 | 119,8 | 123,6 |
| 9 | Post und Telekommunikation | 2020=100 | 100,0 | 99,4 | 99,4 | 99,7 |
| 10 | Freizeit, Unterhaltung, Kultur | 2020=100 | 100,0 | 102,8 | 108,8 | 115,4 |
| 11 | Bildungswesen | 2020=100 | 100,0 | 100,7 | 99,6 | 103,9 |
| 12 | Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen | 2020=100 | 100,0 | 102,6 | 110,2 | 120,3 |
| 13 | Andere Waren und Dienstleistungen | 2020=100 | 100,0 | 104,7 | 111,2 | 120,0 |
| Jahresteuerrate | | | | | | |
| Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat | | | | | | |
| 14 | Verbraucherpreisindex | Prozent | 1,2 | 3,2 | 7,5 | 6,2 |
| | davon | | | | | |
| 15 | Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke | Prozent | 2,5 | 3,6 | 13,5 | 13,4 |
| 16 | Alkoholische Getränke, Tabakwaren | Prozent | 1,9 | 4,5 | 3,8 | 8,8 |
| 17 | Bekleidung und Schuhe | Prozent | -1,0 | 1,1 | 1,3 | 3,3 |
| 18 | Wohnung, Wasser, Strom, Gas und Brennstoffe | Prozent | 3,0 | 1,6 | 6,9 | 4,4 |
| 19 | Möbel, Leuchten, Geräte und anderes Haushaltszubehör | Prozent | 0,4 | 2,4 | 9,9 | 6,2 |
| 20 | Gesundheit | Prozent | 1,1 | 1,0 | 1,4 | 3,2 |
| 21 | Verkehr | Prozent | -2,0 | 7,7 | 11,2 | 3,2 |
| 22 | Post und Telekommunikation | Prozent | -2,2 | -0,6 | 0,0 | 0,3 |
| 23 | Freizeit, Unterhaltung, Kultur | Prozent | -0,1 | 2,8 | 5,8 | 6,1 |
| 24 | Bildungswesen | Prozent | 0,9 | 0,7 | -1,1 | 4,3 |
| 25 | Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen | Prozent | 2,5 | 2,6 | 7,4 | 9,2 |
| 26 | Andere Waren und Dienstleistungen | Prozent | 3,6 | 4,7 | 6,2 | 7,9 |
| Preisindex für Bauleistungen | | | | | | |
| 31 | Preisindex für Wohngebäude (Brutto) | 2015=100 | 118,0 | 131,6 | 160,9 | 178,9 |

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|-------|-------|-------|-------|-------|--------|-----------|---------|----------|----------|--------|---------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| 116,2 | 117,2 | 117,8 | 117,5 | 117,7 | 118,2 | 118,6 | 118,8 | 118,9 | 118,4 | 118,6 | 118,5 | 119,1 | 1 |
| 133,3 | 135,4 | 134,5 | 133,2 | 133,0 | 133,2 | 132,6 | 133,0 | 133,6 | 134,0 | 134,2 | 134,5 | 134,3 | 2 |
| 114,7 | 115,8 | 116,9 | 117,6 | 118,2 | 119,3 | 119,7 | 120,2 | 120,5 | 120,4 | 120,3 | 121,4 | 122,0 | 3 |
| 101,4 | 106,3 | 107,4 | 107,4 | 106,1 | 102,8 | 103,8 | 106,7 | 108,5 | 108,7 | 108,9 | 105,0 | 106,7 | 4 |
| 113,0 | 113,5 | 113,4 | 113,2 | 113,4 | 113,4 | 113,5 | 113,7 | 113,6 | 113,4 | 113,6 | 114,3 | 114,6 | 5 |
| 118,0 | 118,9 | 119,3 | 119,0 | 119,4 | 119,5 | 120,4 | 120,4 | 120,4 | 120,7 | 120,5 | 120,6 | 120,7 | 6 |
| 105,1 | 105,2 | 105,5 | 105,4 | 105,7 | 106,0 | 105,9 | 106,0 | 106,2 | 106,1 | 106,1 | 106,8 | 108,0 | 7 |
| 122,0 | 122,6 | 124,6 | 122,1 | 122,4 | 123,8 | 125,6 | 125,7 | 125,8 | 123,5 | 124,0 | 122,1 | 122,8 | 8 |
| 99,2 | 98,9 | 99,0 | 99,8 | 99,8 | 99,9 | 100,0 | 100,0 | 100,1 | 99,9 | 100,2 | 100,0 | 100,0 | 9 |
| 112,5 | 114,1 | 114,3 | 115,3 | 116,3 | 118,3 | 118,7 | 117,3 | 116,9 | 114,7 | 115,5 | 113,2 | 114,9 | 10 |
| 103,9 | 104,0 | 104,4 | 104,4 | 104,4 | 104,4 | 102,6 | 103,8 | 104,0 | 104,0 | 104,0 | 106,9 | 107,3 | 11 |
| 117,8 | 118,4 | 119,6 | 120,2 | 120,6 | 121,3 | 120,9 | 121,5 | 121,9 | 121,9 | 122,3 | 124,5 | 125,8 | 12 |
| 116,5 | 116,7 | 119,1 | 119,5 | 120,1 | 121,5 | 122,0 | 122,1 | 122,4 | 122,2 | 122,1 | 123,2 | 123,4 | 13 |
| 8,5 | 7,7 | 7,4 | 6,2 | 6,6 | 6,4 | 6,5 | 4,9 | 4,0 | 3,6 | 4,4 | 2,7 | 2,5 | 14 |
| 23,1 | 23,4 | 18,5 | 15,7 | 14,7 | 12,4 | 9,8 | 8,0 | 6,7 | 5,7 | 5,8 | 3,8 | 0,8 | 15 |
| 8,3 | 8,6 | 8,6 | 8,7 | 8,5 | 9,4 | 9,7 | 10,0 | 9,3 | 8,9 | 8,0 | 6,6 | 6,4 | 16 |
| 3,0 | 5,0 | 4,8 | 4,1 | 4,3 | 2,5 | 3,0 | 2,4 | 3,4 | 2,7 | 3,7 | 3,3 | 5,2 | 17 |
| 5,8 | 5,0 | 4,8 | 4,3 | 4,3 | 4,6 | 4,4 | 3,9 | 2,3 | 2,5 | 5,2 | 1,2 | 1,4 | 18 |
| 9,0 | 9,0 | 8,2 | 6,3 | 6,1 | 4,9 | 5,6 | 5,0 | 4,3 | 4,3 | 3,3 | 2,7 | 2,3 | 19 |
| 3,1 | 3,0 | 3,3 | 3,0 | 3,4 | 3,5 | 3,3 | 3,3 | 3,1 | 3,0 | 2,8 | 1,5 | 2,8 | 20 |
| 6,8 | 1,3 | 3,6 | -0,1 | 4,1 | 5,4 | 8,1 | 0,4 | 0,7 | -0,2 | 2,1 | 0,6 | 0,7 | 21 |
| -0,6 | -0,9 | -0,6 | 0,3 | 0,3 | 0,3 | 1,0 | 1,3 | 0,9 | 0,8 | 0,9 | 0,7 | 0,8 | 22 |
| 7,6 | 8,4 | 7,6 | 7,8 | 6,4 | 6,3 | 6,5 | 5,5 | 5,1 | 3,3 | 2,1 | 2,2 | 2,1 | 23 |
| 4,6 | 4,7 | 4,9 | 4,9 | 5,6 | 5,5 | 3,7 | 4,3 | 3,9 | 3,9 | 3,9 | 3,5 | 3,3 | 24 |
| 11,7 | 11,9 | 11,5 | 10,3 | 10,1 | 9,0 | 7,5 | 8,0 | 6,9 | 6,7 | 6,2 | 6,1 | 6,8 | 25 |
| 7,5 | 7,5 | 8,7 | 8,4 | 8,8 | 8,8 | 8,8 | 8,4 | 7,3 | 7,0 | 6,8 | 6,1 | 5,9 | 26 |
| 176,9 | . | . | 178,7 | . | . | 179,6 | . | . | 180,5 | . | . | 183,2 | 31 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|--|--|-----------------------|---------------|-------------|-------------|-------------|
| | | | Jahresangaben | | | |
| Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände ¹⁾ | | | | | | |
| Ausgaben | | | | | | |
| 1 | Gesamtausgaben (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) | Millionen Euro | 6061 | 6316 | 6783 | 7383 |
| 2 | je Einwohner | Euro | 2852 | 2990 | 3196 | 3476 |
| | darunter | | | | | |
| 3 | Personalausgaben | Millionen Euro | 1679 | 1741 | 1853 | 1981 |
| 4 | je Einwohner | Euro | 790 | 824 | 873 | 932 |
| 5 | Laufender Sachaufwand | Millionen Euro | 1047 | 1082 | 1216 | 1311 |
| 6 | je Einwohner | Euro | 493 | 512 | 573 | 617 |
| 7 | Laufende Zuweisungen u. Zuschüsse, Schuldendiensthilfen | Millionen Euro | 3117 | 3244 | 3492 | 3840 |
| 8 | je Einwohner | Euro | 1467 | 1536 | 1645 | 1808 |
| 9 | Sachinvestitionen | Millionen Euro | 890 | 924 | 908 | 939 |
| 10 | je Einwohner | Euro | 419 | 437 | 428 | 442 |
| | davon | | | | | |
| 11 | Baumaßnahmen | Millionen Euro | 728 | 734 | 746 | 787 |
| 12 | je Einwohner | Euro | 342 | 347 | 351 | 370 |
| 13 | Erwerb von unbeweglichen und beweglichen Sachen | Millionen Euro | 163 | 190 | 162 | 152 |
| 14 | je Einwohner | Euro | 77 | 90 | 76 | 72 |
| Einnahmen | | | | | | |
| 15 | Gesamteinnahmen (ohne besondere Finanzierungsvorgänge) | Millionen Euro | 6361 | 6680 | 6975 | 7679 |
| 16 | je Einwohner | Euro | 2993 | 3162 | 3287 | 3615 |
| | darunter | | | | | |
| 17 | Steuern (netto) und steuerähnliche Einnahmen | Millionen Euro | 1738 | 1931 | 2088 | 2238 |
| 18 | je Einwohner | Euro | 818 | 914 | 984 | 1053 |
| | darunter | | | | | |
| 19 | Grundsteuer A und B | Millionen Euro | 250 | 252 | 255 | 254 |
| 20 | je Einwohner | Euro | 118 | 120 | 120 | 120 |
| 21 | Gewerbesteuer (netto) | Millionen Euro | 636 | 824 | 948 | 1036 |
| 22 | je Einwohner | Euro | 299 | 390 | 447 | 488 |
| 23 | Gemeindeanteil an der Einkommensteuer | Millionen Euro | 636 | 648 | 683 | 751 |
| 24 | je Einwohner | Euro | 299 | 307 | 322 | 354 |
| 25 | Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer | Millionen Euro | 195 | 189 | 179 | 172 |
| 26 | je Einwohner | Euro | 92 | 90 | 85 | 81 |
| 27 | Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb | Millionen Euro | 641 | 658 | 748 | 799 |
| 28 | je Einwohner | Euro | 302 | 311 | 352 | 376 |
| 29 | Laufende Zuweisungen und Zuschüsse ²⁾ | Millionen Euro | 4052 | 4134 | 4306 | 4766 |
| 30 | je Einwohner ²⁾ | Euro | 1906 | 1957 | 2029 | 2244 |
| 31 | Zuweisung und Zuschüsse für Investitionen | Millionen Euro | 608 | 650 | 596 | 686 |
| 32 | je Einwohner | Euro | 286 | 308 | 281 | 323 |
| 33 | Finanzierungssaldo | Millionen Euro | 300 | 363 | 193 | 296 |
| 34 | je Einwohner | Euro | 141 | 172 | 91 | 139 |
| 35 | Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums ³⁾ | Millionen Euro | 1377 | 1285 | 1211 | 1122 |
| 36 | je Einwohner ³⁾ | Euro | 648 | 608 | 571 | 528 |

1) Angaben kumulativ

2) einschließlich Ersätze zum Familienleistungsausgleich

3) einschließlich rückzahlungspflichtiger Altschulden; ohne Kassenkredit

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|-------------|-------|-----|-------------|------|--------|-------------|---------|----------|-------------|--------|---------|-----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| . | 1653 | . | . | 3388 | . | . | 5202 | . | . | 7383 | . | . | 1 |
| . | 779 | . | . | 1597 | . | . | 2451 | . | . | 3476 | . | . | 2 |
| . | 435 | . | . | 904 | . | . | 1389 | . | . | 1981 | . | . | 3 |
| . | 205 | . | . | 426 | . | . | 655 | . | . | 932 | . | . | 4 |
| . | 307 | . | . | 618 | . | . | 923 | . | . | 1311 | . | . | 5 |
| . | 145 | . | . | 291 | . | . | 435 | . | . | 617 | . | . | 6 |
| . | 917 | . | . | 1865 | . | . | 2820 | . | . | 3840 | . | . | 7 |
| . | 432 | . | . | 879 | . | . | 1329 | . | . | 1808 | . | . | 8 |
| . | 153 | . | . | 355 | . | . | 598 | . | . | 939 | . | . | 9 |
| . | 72 | . | . | 167 | . | . | 282 | . | . | 442 | . | . | 10 |
| . | 122 | . | . | 295 | . | . | 505 | . | . | 787 | . | . | 11 |
| . | 57 | . | . | 139 | . | . | 238 | . | . | 370 | . | . | 12 |
| . | 31 | . | . | 60 | . | . | 94 | . | . | 152 | . | . | 13 |
| . | 15 | . | . | 28 | . | . | 44 | . | . | 72 | . | . | 14 |
| . | 1535 | . | . | 3399 | . | . | 5292 | . | . | 7679 | . | . | 15 |
| . | 723 | . | . | 1601 | . | . | 2493 | . | . | 3615 | . | . | 16 |
| . | 355 | . | . | 947 | . | . | 1477 | . | . | 2238 | . | . | 17 |
| . | 167 | . | . | 446 | . | . | 696 | . | . | 1053 | . | . | 18 |
| . | 60 | . | . | 130 | . | . | 200 | . | . | 254 | . | . | 19 |
| . | 28 | . | . | 61 | . | . | 94 | . | . | 120 | . | . | 20 |
| . | 256 | . | . | 530 | . | . | 788 | . | . | 1036 | . | . | 21 |
| . | 121 | . | . | 250 | . | . | 371 | . | . | 488 | . | . | 22 |
| . | 32 | . | . | 230 | . | . | 385 | . | . | 751 | . | . | 23 |
| . | 15 | . | . | 108 | . | . | 181 | . | . | 354 | . | . | 24 |
| . | 1 | . | . | 44 | . | . | 85 | . | . | 172 | . | . | 25 |
| . | 1 | . | . | 21 | . | . | 40 | . | . | 81 | . | . | 26 |
| . | 191 | . | . | 384 | . | . | 592 | . | . | 799 | . | . | 27 |
| . | 90 | . | . | 181 | . | . | 279 | . | . | 376 | . | . | 28 |
| . | 1038 | . | . | 2235 | . | . | 3462 | . | . | 4766 | . | . | 29 |
| . | 489 | . | . | 1053 | . | . | 1631 | . | . | 2244 | . | . | 30 |
| . | 133 | . | . | 218 | . | . | 357 | . | . | 686 | . | . | 31 |
| . | 63 | . | . | 103 | . | . | 168 | . | . | 323 | . | . | 32 |
| . | -118 | . | . | 10 | . | . | 90 | . | . | 296 | . | . | 33 |
| . | -56 | . | . | 5 | . | . | 42 | . | . | 139 | . | . | 34 |
| . | 1182 | . | . | 1152 | . | . | 1132 | . | . | 1122 | . | . | 35 |
| . | 557 | . | . | 543 | . | . | 533 | . | . | 528 | . | . | 36 |

ZAHLENSPIEGEL

| Lfd. Nr. | Merkmal | Einheit | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 |
|----------|--|-----------------------|---------------|--------------|--------------|--------------|
| | | | Jahresangaben | | | |
| | Geld und Kredit ¹⁾ | | | | | |
| | Kredite und Einlagen ²⁾ | | | | | |
| 1 | Kredite an Nichtbanken | Millionen Euro | 38082 | 38932 | 40197 | 60043 |
| | davon | | | | | |
| 2 | kurzfristige Kredite | Millionen Euro | 1272 | 1246 | 1481 | 1780 |
| 3 | mittelfristige Kredite | Millionen Euro | 2141 | 2157 | 2360 | 2579 |
| 4 | langfristige Kredite | Millionen Euro | 34669 | 35529 | 36356 | 55684 |
| 5 | darunter an inländische Nichtbanken | Millionen Euro | 37375 | 38319 | 39382 | 59243 |
| | davon | | | | | |
| 6 | Unternehmen | Millionen Euro | 15745 | 16234 | 16920 | 27880 |
| 7 | wirtschaftlich selbständige Privatpersonen | Millionen Euro | 4902 | 4932 | 4944 | 4724 |
| 8 | wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen | Millionen Euro | 12888 | 13450 | 14059 | 14231 |
| 9 | öffentliche Haushalte | Millionen Euro | 3840 | 3703 | 3459 | 12408 |
| 10 | Einlagen von Nichtbanken | Millionen Euro | 46926 | 48423 | 49814 | 54318 |
| | davon | | | | | |
| 11 | Sichteinlagen | Millionen Euro | 31442 | 33532 | 35163 | 37823 |
| 12 | Termineinlagen | Millionen Euro | 1787 | 1480 | 1995 | 4064 |
| 13 | Sparbriefe | Millionen Euro | 793 | 722 | 709 | 1651 |
| 14 | Spareinlagen | Millionen Euro | 12904 | 12689 | 11947 | 10780 |
| 15 | darunter von inländischen Nichtbanken | Millionen Euro | 46757 | 48216 | 49639 | 54152 |
| | davon | | | | | |
| 16 | Unternehmen | Millionen Euro | 8544 | 8586 | 9166 | 10994 |
| 17 | wirtschaftlich selbständige Privatpersonen | Millionen Euro | 4090 | 4330 | 4348 | 4335 |
| 18 | wirtschaftlich nichtselbständige Privatpersonen | Millionen Euro | 31875 | 32779 | 33512 | 34102 |
| 19 | öffentliche Haushalte | Millionen Euro | 2248 | 2521 | 2613 | 4721 |
| | Sparverkehr ³⁾ | | | | | |
| 20 | Gutschriften auf Sparkonten | Millionen Euro | 696 | 599 | 528 | 841 |
| 21 | Zinsgutschriften | Millionen Euro | 18 | 15 | 15 | 28 |
| 22 | Lastschriften auf Sparkonten | Millionen Euro | 823 | 697 | 737 | 1057 |
| 23 | Bestand an Spareinlagen von Nichtbanken | Millionen Euro | 12904 | 12689 | 11947 | 10780 |
| | darunter bei | | | | | |
| 24 | Großbanken | Millionen Euro | 2053 | 2101 | 1985 | 1960 |
| 25 | Sparkassen | Millionen Euro | 8281 | 8011 | 7503 | 6717 |
| 26 | Kreditgenossenschaften | Millionen Euro | 2461 | 2466 | 2365 | 2032 |
| | Insolvenzen | | | | | |
| 27 | Insolvenzen | Anzahl | 1622 | 2470 | 2218 | 2273 |
| | davon | | | | | |
| 28 | Unternehmen einschließlich Kleingewerbe | Anzahl | 219 | 206 | 233 | 252 |
| | darunter | | | | | |
| 29 | Verarbeitendes Gewerbe | Anzahl | 30 | 21 | 33 | 30 |
| 30 | Baugewerbe | Anzahl | 39 | 35 | 47 | 41 |
| 31 | Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen | Anzahl | 27 | 27 | 28 | 37 |
| 32 | Gastgewerbe | Anzahl | 24 | 16 | 15 | 22 |
| 33 | übrige Schuldner | Anzahl | 1403 | 2264 | 1985 | 2021 |
| | darunter | | | | | |
| 34 | natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä. | Anzahl | 4 | 6 | 8 | 5 |
| 35 | ehemals selbständig Tätige mit Regelinsolvenzverfahren | Anzahl | 262 | 319 | 285 | 322 |
| 36 | Verbraucher | Anzahl | 985 | 1701 | 1450 | 1476 |
| 37 | eröffnete Verfahren | Anzahl | 1421 | 2323 | 2057 | 2102 |
| 38 | mangels Masse abwesene Verfahren | Anzahl | 166 | 123 | 137 | 150 |
| 39 | Schuldenbereinigungsplan angenommen | Anzahl | 35 | 24 | 24 | 21 |
| 40 | Voraussichtliche Forderungen | Tausend Euro | 378953 | 337563 | 330279 | 497092 |
| 41 | Beschäftigte | Anzahl | 2658 | 1494 | 1909 | 2268 |

1) Quelle: Deutsche Bundesbank, Hauptverwaltung Leipzig

2) am Jahres- bzw. Monatsende

3) Umsätze im Vierteljahr; Bestand am Jahres- bzw. Monatsende

ZAHLENSPIEGEL

| 2023 | | | | | | | | | | | 2024 | | Lfd. Nr. |
|---------|--------|-------|-------|-------|-------|--------|-----------|---------|----------|----------|--------|---------|----------|
| Februar | März | April | Mai | Juni | Juli | August | September | Oktober | November | Dezember | Januar | Februar | |
| . | 39726 | . | . | 40154 | . | . | 40083 | . | . | 60043 | . | . | 1 |
| . | 1560 | . | . | 1683 | . | . | 1701 | . | . | 1780 | . | . | 2 |
| . | 2297 | . | . | 2377 | . | . | 2448 | . | . | 2579 | . | . | 3 |
| . | 35869 | . | . | 36094 | . | . | 35934 | . | . | 55684 | . | . | 4 |
| . | 38930 | . | . | 39396 | . | . | 39295 | . | . | 59243 | . | . | 5 |
| . | 16868 | . | . | 17328 | . | . | 17248 | . | . | 27880 | . | . | 6 |
| . | 4617 | . | . | 4642 | . | . | 4611 | . | . | 4724 | . | . | 7 |
| . | 14023 | . | . | 14078 | . | . | 14093 | . | . | 14231 | . | . | 8 |
| . | 3422 | . | . | 3348 | . | . | 3343 | . | . | 12408 | . | . | 9 |
| . | 49140 | . | . | 49110 | . | . | 48813 | . | . | 54318 | . | . | 10 |
| . | 34262 | . | . | 33933 | . | . | 33475 | . | . | 37823 | . | . | 11 |
| . | 2553 | . | . | 3138 | . | . | 3532 | . | . | 4064 | . | . | 12 |
| . | 707 | . | . | 747 | . | . | 837 | . | . | 1651 | . | . | 13 |
| . | 11618 | . | . | 11292 | . | . | 10968 | . | . | 10780 | . | . | 14 |
| . | 48991 | . | . | 48967 | . | . | 48634 | . | . | 54152 | . | . | 15 |
| . | 8788 | . | . | 8866 | . | . | 8633 | . | . | 10994 | . | . | 16 |
| . | 4324 | . | . | 4272 | . | . | 4292 | . | . | 4335 | . | . | 17 |
| . | 33438 | . | . | 33400 | . | . | 33305 | . | . | 34102 | . | . | 18 |
| . | 2441 | . | . | 2429 | . | . | 2404 | . | . | 4721 | . | . | 19 |
| . | 630 | . | . | 635 | . | . | 690 | . | . | 841 | . | . | 20 |
| . | 10 | . | . | 6 | . | . | 5 | . | . | 28 | . | . | 21 |
| . | 967 | . | . | 967 | . | . | 1019 | . | . | 1057 | . | . | 22 |
| . | 11618 | . | . | 11292 | . | . | 10968 | . | . | 10780 | . | . | 23 |
| . | 1879 | . | . | 1868 | . | . | 1908 | . | . | 1960 | . | . | 24 |
| . | 7341 | . | . | 7119 | . | . | 6867 | . | . | 6717 | . | . | 25 |
| . | 2314 | . | . | 2228 | . | . | 2121 | . | . | 2032 | . | . | 26 |
| 182 | 209 | 175 | 195 | 211 | 134 | 216 | 187 | 179 | 198 | 195 | 196 | 141 | 27 |
| 33 | 17 | 20 | 27 | 19 | 21 | 18 | 21 | 26 | 14 | 25 | 24 | 29 | 28 |
| 2 | 3 | 1 | 3 | 1 | 2 | 5 | - | 7 | 2 | 3 | 3 | 3 | 29 |
| 4 | 2 | 5 | 5 | 5 | 3 | 1 | 3 | 3 | 3 | 4 | 7 | 8 | 30 |
| 5 | 2 | 2 | 4 | - | 4 | 4 | 4 | 6 | 1 | 3 | 2 | 5 | 31 |
| 7 | 1 | 2 | 3 | 2 | 2 | - | 1 | 2 | 1 | - | 1 | - | 32 |
| 149 | 192 | 155 | 168 | 192 | 113 | 198 | 166 | 153 | 184 | 170 | 172 | 112 | 33 |
| - | 1 | - | - | 1 | - | - | 1 | - | - | 1 | 1 | 1 | 34 |
| 25 | 26 | 25 | 21 | 26 | 26 | 32 | 32 | 16 | 29 | 37 | 37 | 18 | 35 |
| 109 | 142 | 106 | 130 | 146 | 76 | 151 | 112 | 116 | 136 | 116 | 113 | 83 | 36 |
| 166 | 197 | 160 | 181 | 198 | 118 | 203 | 175 | 171 | 184 | 167 | 175 | 127 | 37 |
| 13 | 12 | 15 | 14 | 10 | 13 | 12 | 11 | 6 | 11 | 25 | 20 | 12 | 38 |
| 3 | - | - | - | 3 | 3 | 1 | 1 | 2 | 3 | 3 | 1 | 2 | 39 |
| 21592 | 186467 | 13762 | 64767 | 17912 | 21764 | 18575 | 25694 | 60247 | 24158 | 27564 | 18155 | 20850 | 40 |
| 99 | 418 | 96 | 382 | 103 | 185 | 43 | 165 | 513 | 39 | 178 | 143 | 176 | 41 |

Veröffentlichungen im April 2024

| Titel | Periodizität | Bestellnummer | Preis in Euro |
|--|--------------|---------------|---------------|
| Bauhauptgewerbe Januar 2023 – Januar 2024 | m | 05 201 | 3,75 |
| Baugenehmigungen Februar 2024 | m | 06 207 | 5,00 |
| Straßenverkehrsunfälle Januar 2024 – vorläufige Ergebnisse | m | 08 102 | 6,25 |
| Straßenverkehrsunfälle Februar 2024 – Vorläufige Ergebnisse | m | 08 102 | 6,25 |
| Verbraucherpreisindex März 2024 | m | 12 101 | 6,25 |
| Statistisches Monatsheft Februar 2024 | m | 40 301 | 5,00 |
| Statistisches Monatsheft März 2024 | m | 40 301 | 5,00 |
| Energiewirtschaft 4. Vierteljahr 2023 | vj | 05 401 | 5,00 |
| Gemeindefinanzen 1.1. – 31.12.2023 | vj | 11 203 | 6,25 |
| Preisindizes für Bauwerke Februar 2024 | vj | 12 105 | 3,75 |
| Erwerbstätige 2013 – 2023 – Ergebnisse der Fortschreibung 2023, Jahresdurchschnittsberechnung - | j | 01 602 | 8,75 |
| Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am 30.6.2023 | j | 01 610 | 13,75 |
| Viehbestand und tierische Erzeugung 2023 | j | 03 308 | 3,75 |
| Hebesätze in Thüringen 2023 | j | 11 202 | 5,00 |
| Ausgaben und Einnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 2022 | j | 11 204 | 11,25 |
| Schulden des Landes und der kommunalen Körperschaften am 31.12.2022 | j | 11 301 | 7,50 |
| Personal des öffentlichen Dienstes am 30.6.2022 | j | 11 302 | 5,00 |
| Bruttoanlageinvestitionen 2011 – 2021 | j | 15 110 | 6,25 |
| Thüringer Kreise im Vergleich, Ausgabe 2023 | j | 40 407 | 12,50 |
| Faltblatt Thüringer Kreise im Vergleich 2023 | j | 80 128 | 0,00 |
| Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2022 | j | 11 401 | 0,00 |
| Steuerpflichtige und steuerbarer Umsatz 2022 nach Kreisen und Gemeinden | j | 11 402 | 0,00 |
| Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30.9.2023 | 3j | 01 605 | 6,25 |
| Agrarstrukturerhebung 2023: Struktur der Viehhaltung | 3j | 03 407 | 5,00 |
| Agrarstrukturerhebung 2023 – Betriebswirtschaftliche Ausrichtung der landwirtschaftlichen Betriebe | 3j | 03 408 | 3,75 |
| Agrarstrukturerhebung 2023 – Rechtsformen und sozialökonomische Betriebstypen | 3j | 03 409 | 3,75 |
| Agrarstrukturerhebung 2023 – Besitzverhältnisse und Pachtentgelte der landwirtschaftlichen Betriebe | 3j | 03 410 | 3,75 |
| Agrarstrukturerhebung 2023 - Personal- und Arbeitsverhältnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben | 3j | 03 411 | 5,00 |
| Agrarstrukturerhebung 2023: Ökologischer Landbau | 3j | 03 415 | 3,75 |

Abkürzungen: m - monatlich; vj - vierteljährlich; j - jährlich; 3j - dreijährlich

Die oben genannten Preise gelten für die gedruckten Statistischen Veröffentlichungen. Die Veröffentlichungen im PDF- und Excel-Format stehen - bis auf wenige Ausnahmen - zum kostenlosen Download im Internet zur Verfügung.



Link zum Webshop

